

Nora Räss, Ira Differding, Jasmin Odermatt

Jugend, politische Partizipation und Digitalisierung

Eine Analyse der digitalen politischen
Partizipation junger Menschen in der Schweiz

Liebe Leserin, lieber Leser

Wir freuen uns, dass Sie unsere Open-Access-Publikation heruntergeladen haben. Der vdf Hochschulverlag fördert Open Access aktiv und publiziert seit 2008 Gratis-eBooks in verschiedenen Fachbereichen:

[Übersicht Open-Access-Titel](#)

Möchten auch Sie Open Access publizieren?

Der vdf Hochschulverlag stellt Ihre Publikation u.a. im eigenen Webshop sowie der ETH-Research-Collection zum Download bereit!

Kontaktieren Sie uns unter verlag@vdf.ethz.ch

Gerne informieren wir Sie auch in Zukunft über unsere (Open-Access-)Publikationen in Ihrem Fachbereich.

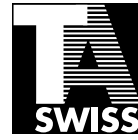
[Newsletter abonnieren](#)

Auch Sie können Open Access unterstützen.

[Hier geht's zum Spenden-Button](#)

Herzlichen Dank!





Brunngasse 36
CH-3011 Bern
www.ta-swiss.ch

TA-SWISS 76/2021

Nora Räss, Ira Differding, Jasmin Odermatt

Jugend, politische Partizipation und Digitalisierung

**Eine Analyse der digitalen politischen
Partizipation junger Menschen in der Schweiz**



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Dieses Werk einschliesslich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ausserhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

This work is licensed under creative commons license
CC BY 4.0.



Zitiervorschlag

Räss, N., Differding, I., Odermatt, J. (2021):
Jugend, politische Partizipation und Digitalisierung.
Eine Analyse der digitalen politischen Partizipation
junger Menschen in der Schweiz.
TA-SWISS Publikationsreihe (Hrsg.): TA 76/2021. Zürich: vdf.

Coverabbildungen:

© Links: Adobe Stock / Marc

© Rechts: iStock.com / smartboy10

© 2021 vdf Hochschulverlag AG an der ETH Zürich

ISBN 978-3-7281-4080-7 (Printausgabe)

Download open access:

ISBN 978-3-7281-4081-4 / DOI 10.3218/4081-4

www.vdf.ethz.ch

verlag@vdf.ethz.ch

Prolog

TA-SWISS untersucht Auswirkungen von neuen Technologien, weil diese die Gesellschaft ebenso stark verändern wie politische Visionen. Beide, Technologien und Überzeugungen, beeinflussen sich wechselseitig. Die Auswirkungen der Digitalisierung auf demokratische Strukturen und gesellschaftliche Grundhaltungen bilden ein enges Gewebe, aus dem Ursache und Wirkung kaum voneinander entflochten werden können. Diese Zusammenhänge analysieren zu wollen, gestaltet sich umso schwieriger, als weder Digitalisierung noch Demokratie klar umschriebene Begriffe darstellen.

Ursprünglich bedeutet Digitalisierung die Umwandlung von analogen Informationen in digitale Formate und wird also als Technologie begriffen. Oft wird sie aber mit sozialen Medien, dem Smartphone oder dem Internet gleichgesetzt.

Nicht minder vielfältig ist das Verständnis von Demokratie. Es reicht von der blossen Abstimmung über Mehr- und Minderheit bis hin zur inhaltlichen Gestaltung einer Gemeinschaft, die ohne rechtsstaatliche oder menschenrechtliche Garantien nicht demokratisch sein kann.

Es wäre daher vermessen, den digitalen Einfluss auf die Demokratie wissenschaftlich aufarbeiten und wertfrei ausleuchten zu wollen. Jede Arbeit zu diesem Thema bleibt zwangsläufig eine Momentaufnahme aus einem beschränkten Blickwinkel. Dennoch sieht es die Stiftung TA-SWISS als ihre Aufgabe an, die Thematik anzugehen. Jede Demokratie, ob repräsentativ oder direkt, verändert sich laufend in ihren Formen und Inhalten. Die stete Diskussion darüber, wie und warum dies geschieht, ist Bestandteil des demokratischen Prozesses selber.

Wir möchten digital bedingte Veränderungen politischer Abläufe allen aufzeigen, die in unserer Demokratie Verantwortung wahrnehmen: den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, den Parlaments- und Regierungsmitgliedern, den Verwaltungen und überhaupt allen, die das politische Geschehen beeinflussen.

TA-SWISS hat daher 2019 ein interdisziplinär ausgerichtetes Projekt ausgeschrieben, um die Chancen und Risiken der sich digitalisierenden Demokratie aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu untersuchen. Um Chancen zu nutzen und Risiken zu reduzieren, sollten Empfehlungen und Richtlinien erarbeitet und so eine Diskussion zum Thema angestoßen werden. Zwei Elemente stellten wir dabei in den Vordergrund: die politische Meinungsbildung und die politische Beteiligung (Partizipation).

Um eine einseitige Ausrichtung zu vermeiden, wurde das Projekt modular aufgebaut und mehrere Gruppen zur Eingabe von Offerten für Studien eingeladen. Beauftragt wurden schliesslich gfs.bern, der Dachverband Jugendparlamente DSJ und das Dezentrum.

- gfs.bern setzt sich mit den Auswirkungen digitaler Medien (social media) auf die Meinungsbildung und Partizipation auseinander.
- DSJ analysiert, wie die Jugend heute digital partizipiert und wie eine Plattform entwickelt werden könnte, die möglichst viele Menschen bedient.
- Dezentrum stellt sich mit fiktiven Szenarien und Geschichten mögliche künftige Demokratieformen vor und bringt diese in spekulativen Artefakten zum Ausdruck. Ziel dieses Ansatzes ist es, der Diskussion mit konkret vorstellbaren Beispielen eine Grundlage zu geben.

Die drei Studien von gfs.bern (Digitalisierung der Schweizer Demokratie – Technologische Revolution trifft auf traditionelles Meinungsbildungssystem), von DSJ (Jugend, politische Partizipation und Digitalisierung – eine Analyse der digitalen politischen Partizipation junger Menschen in der Schweiz) und von Dezentrum (Szenarien zu Demokratie und Digitalisierung in der Schweiz: Ein partizipatives Zukunftsexperiment) gehören zusammen und sind je Teil des TA-SWISS-Projektes «Digitalisierung und Demokratie». Im Rahmen dieses Projektes hat TA-SWISS auch eine Kurzfassung («Wenn Digitalisierung und Demokratie aufeinandertreffen») mit einem Vorwort des Präsidenten des Leitungsausschusses von TA-SWISS, Moritz Leuenberger, veröffentlicht.

Danksagung

Wir danken Melanie Eberhard und Flavio Eichmann ganz herzlich für ihre konzeptionelle und inhaltliche Vorarbeit, ohne die dieses Projekt nicht zustande gekommen wäre. Ebenfalls danken wir Yvonne Herzig Gainsford und Amina Ovcina Cajacob für ihre wertvolle Mitarbeit bei diesem Projekt. Weiter bedanken wir uns bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der qualitativen Datenerhebung für ihre spannenden Diskussionsbeiträge.

Ein grosser Dank gilt zudem der Stiftung TA-SWISS, insbesondere Moritz Leuenberger, Elisabeth Ehrensperger und Bénédicte Bonnet-Eymard, für die Projektfinanzierung sowie die Unterstützung in administrativer und inhaltlicher Hinsicht. Zudem danken wir der Begleitgruppe von TA-SWISS, welche die Studie regelmässig reflektiert und konstruktiv kritisiert hat. Dies sind Bruno Baeriswyl, Alenka Bonnard, Florian Evéquo, Fabrizio Gilardi, Olivier Glassey, Jürg Halter, Thomas Müller, Barbara Perriard, Reinhard Riedl, Cédric Roy, Lara Tarantolo, Anke Tresch und Monika Waldis.

Inhaltsverzeichnis

Prolog	3
Danksagung	5
Abbildungsverzeichnis	10
Tabellenverzeichnis	10
Zusammenfassung	11
Summary	17
Résumé	22
Sintesi	28
1. Einleitung	35
2. Spezifizierung der Fragestellung	41
2.1. Civic Tech	41
2.2. Die Plattform engage.ch.....	42
2.3. (Digitale) politische Partizipation	44
3. Theorie	49
3.1. Digitalisierung: Optimismus.....	50
3.2. Digitalisierung: Skepsis	51

4.	Forschungsstand	53
4.1.	Profil der Nutzerinnen und Nutzer	53
4.1.1.	Teilweise Mobilisierung neuer Gruppen	53
4.1.2.	Reproduktion bestehender Partizipationsmuster	55
4.2.	Anforderungen an digitale Partizipationsplattformen	56
5.	Synthese der theoretischen Vorüberlegungen und Anwendung auf die Fragestellungen	59
6.	Methode	63
6.1.	Quantitative Analyse	64
6.2.	Qualitative Analyse.....	66
6.2.1.	Gruppendiskussionen mit Nutzerinnen und Nutzern von engage.ch	67
6.2.2.	Diskussion der Ergebnisse mit Fachpersonen.....	67
7.	Analyse	69
7.1.	Profil der Nutzerinnen und Nutzer	69
7.1.1.	Verwendete Variablen	69
7.1.2.	Deskriptive Betrachtung	71
7.1.3.	Regressionsanalysen.....	75
7.1.4.	Zwischenfazit zur Frage 1: Profil der Nutzerinnen und Nutzer	81
7.2.	Anforderungen an digitale Partizipationsplattformen	82
7.2.1.	Resultate der Jugendumfragen und Gruppendiskussionen	82
7.2.2.	Zwischenfazit zur Frage 2: Anforderungen an digitale Partizipationsplattformen	93
7.3.	Verbesserung der Zugänglichkeit.....	95
7.3.1.	Resultate aus der Diskussion mit den Expertinnen und Experten	95
7.3.2.	Zwischenfazit zur Frage 3: Verbesserung der Zugänglichkeit	101

8. Diskussion 103

8.1. Frage 1: Profil der Nutzerinnen und Nutzer 103

8.2. Frage 2: Anforderungen an digitale Partizipationsplattformen 105

8.3. Frage 3: Verbesserung der Zugänglichkeit 108

8.4. Handlungsempfehlungen 110

8.4.1. Empfehlungen für Plattformbetreiberinnen und -betreiber 110

8.4.2. Selbstreflexion..... 112

9. Fazit 115

Annex..... 119

Verwendete Variablen..... 119

Fragebogen 121

Literatur 127

Begleitgruppe 133

TA-SWISS 134

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1:	Alter der Nutzerinnen und Nutzer von engage.ch	72
Abb. 2:	Geschlecht der Nutzerinnen und Nutzer von engage.ch.....	72
Abb. 3:	Stadt/Land-Zugehörigkeit der Nutzerinnen und Nutzer.....	73
Abb. 4:	Sprache der Nutzerinnen und Nutzer von engage.ch	74
Abb. 5:	Einschätzung Onlinemitwirkung	83
Abb. 6:	Gründe, die gegen Onlinemitwirkung sprechen	84
Abb. 7:	Gründe, die für Onlinemitwirkung sprechen	87
Abb. 8:	Anforderungen an eine digitale Partizipationsplattform.....	89

Tabellenverzeichnis

Tab. 1:	Übersicht Erhebungsarten	63
Tab. 2:	Typologie der Bevölkerung nach Migrationsstatus gemäss BFS	70
Tab. 3:	Logistische Regressionen	77
Tab. 4:	Mehrebenenanalysen.....	79

Zusammenfassung

Im November 2019 startete das interdisziplinäre Projekt der Stiftung für Technologiefolgen-Abschätzung TA-SWISS zur digitalen Demokratie. Als eine von drei Projektgruppen betrachtet der Dachverband Schweizer Jugendparlamente DSJ mit der vorliegenden Studie das digitale Partizipationsverhalten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen anhand der eigenen Onlineplattform engage.ch. Im Zentrum der Untersuchung stehen drei Forschungsfragen:

1. Wer partizipiert digital? (Alter, Geschlecht, Bildungs- und Migrationshintergrund, Stadt/Land, Sprachregion)
2. Welche Anforderungen und Erwartungen stellen Jugendliche und junge Erwachsene an digitale Partizipationsplattformen?
3. Wie können digitale Partizipationsplattformen zugänglicher gestaltet werden, um möglichst viele Nutzerinnen und Nutzer anzusprechen?

Beantwortet werden die drei Fragen anhand eines Mixed-Methods-Designs. Das heisst, die quantitativen Resultate aus der ersten Phase des Forschungsprozesses wurden durch qualitative Methoden vertieft. Zur Beantwortung der ersten Fragestellung wurden die soziodemografischen Merkmale der Nutzerinnen und Nutzer der digitalen Partizipationsplattform engage.ch analysiert. Die zweite Fragestellung wurde durch die Auswertung der engage-Jugendumfragen sowie durch die Ergebnisse aus zwei Gruppendiskussionen mit Nutzerinnen und Nutzern von engage.ch beantwortet. Zur Beantwortung der dritten Fragestellung wurde schliesslich noch eine Gruppendiskussion mit Expertinnen und Experten aus der Jugendarbeit und aus dem Bereich Civic Tech geführt.

Zusammenfassung der Resultate

Die Resultate dieser Studie lassen sich entlang der Fragestellungen in drei Abschnitten zusammenfassen.

Frage 1: Profil der Nutzerinnen und Nutzer

Die Frage nach dem Profil der Nutzerinnen und Nutzer von engage.ch wird vor dem Hintergrund der bestehenden Partizipationsforschung beantwortet. Diese besagt, dass es bei der politischen Partizipation typische Gräben entlang soziodemografischer Merkmale gibt. Studien zeigen, dass vor allem besser gebildete, ältere Männer mit hohem Einkommen partizipieren. Ob die digitale Partizipation diese Unterschiede überwinden kann, ist in der Literatur umstritten. Die einen sehen eine Chance in der Digitalisierung zur Überwindung dieser bestehenden Partizipationsmuster. Die anderen befürchten eine Verstärkung derselbigen. Empirische Erkenntnisse finden sich in der Forschung zu beiden Sichtweisen. Die vorliegende Studie reiht sich mit ihren Erkenntnissen in die Arbeiten ein, welche sowohl mobilisierende wie auch verstärkende Effekte bestehender Partizipationsmuster beobachtet. So zeigt sich, dass es die Onlineplattform engage.ch zwar schafft, Menschen unabhängig von ihrem Bildungsniveau oder Migrationshintergrund zur Partizipation zu mobilisieren. Gleichzeitig besteht bei engage.ch aber ein Gender Gap, das heisst, Jungen und junge Männer partizipieren eher als Mädchen und junge Frauen. Weiter können nicht alle Altersstufen der Zielgruppe gleich gut mobilisiert werden.

Frage 2: Anforderungen an digitale Partizipationsplattformen

Die Anforderungen der jungen Menschen lassen sich in fünf Hauptbereiche gliedern:

- **Inklusion:** Den Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist es ein grosses Anliegen, dass die digitale Partizipation offen für alle ist und dass ein besonderer Aufwand betrieben wird, um möglichst alle Gruppen einzubeziehen. Massnahmen für eine möglichst grosse Inklusion sind die Kombination digitaler und analoger Beteiligungsformen (damit auch weniger technikaffine Menschen nicht abgehängt werden), eine jugendgerechte Sprache und ausreichend Informationen über digitale Partizipationsmöglichkeiten. Bei der Informationsvermittlung wird den Schulen eine wichtige Rolle zugeschrieben.
- **Handhabung:** Eine einfache Handhabung digitaler Partizipationsplattformen ist zentral. Besonders bei einem jungen Zielpublikum ist zudem, neben der jugendgerechten Sprache, eine angemessene Wahl der Kommunikationsform zu beachten. Die Vermittlung von Inhalten muss den

verschiedenen Bedürfnissen junger Menschen (kurze Texte/Videos vs. lange Erklärungen mit Hintergrundinformationen) gerecht werden. Zudem schätzen die jungen Menschen den geringeren Aufwand von Onlinemitwirkung. Die Nutzung einer digitalen Partizipationsplattform sollte daher mit möglichst wenig Klicks und einem möglichst geringen administrativen Aufwand möglich sein.

- **Applikation:** Eine Mehrheit der jungen Menschen wünscht sich, dass eine digitale Partizipationsplattform als App verfügbar ist. Das würde nicht nur bedeuten, dass das Aufrufen eines Browsers und das Eintippen der Website entfallen würde, sondern auch, dass die Plattform prägnanter und einfacher in den Alltag einzubinden wäre.
- **Anonymität:** Die Frage, ob eine digitale Partizipationsplattform anonym genutzt werden soll, spaltet die jungen Gemüter. Ein Vorteil der Anonymität ist der Abbau einer Hemmschwelle für die Partizipation. Gleichzeitig bietet eine anonyme Teilnahme Menschen die Möglichkeit, unerkant Spam und Hasskommentare auf solchen Plattformen zu verbreiten – ein Problem, dass die jungen Menschen beschäftigt und weshalb sich einige gegen Anonymität aussprechen. Hinzu kommt, dass manche Personen nicht nur kein Problem mit fehlender Anonymität haben, sondern sich gar eine einfache Verknüpfung digitaler Partizipationsplattformen mit den sozialen Medien wünschen. So können die eigenen Beiträge auf der Plattform über soziale Medien geteilt werden. Die Bedürfnisse der jungen Menschen in Bezug auf die Anonymität sind also sehr divers. Um einen möglichst niederschweligen Zugang zur digitalen Partizipation zu gewährleisten, sollte Anonymität wo immer möglich gewährleistet werden. Hierbei ist sicherzustellen, dass die Netiquette von den Nutzerinnen und Nutzern zu jedem Zeitpunkt eingehalten und Spam und Hasskommentaren Einhalt geboten wird.
- **Datensicherheit/Datenschutz:** Fragen rund um die Datensicherheit und den Datenschutz beschäftigen die jungen Menschen. Es herrscht oftmals Unsicherheit in Bezug auf die Sicherheit von Websites. Weiter fehlen Informationen dazu, ob eine Website seriös ist. Im schlimmsten Fall hält dies die jungen Menschen davon ab, eine Plattform zu nutzen. Neben der persönlichen Ebene beschäftigt die Sicherheit auch auf nationaler Ebene, namentlich die Strategie des Bundes hinsichtlich der Cybersecurity.

Frage 3: Verbesserung der Zugänglichkeit

Die Diskussion der Expertinnen und Experten über eine bessere Zugänglichkeit zur Beantwortung der dritten Fragestellung lässt sich zu drei Hauptbereichen zusammenfassen:

- **Kombination von analog und digital:** Auch die Expertinnen und Experten sind sich einig, dass ein Partizipationsprozess nicht ausschliesslich digital stattfinden sollte. Dies, damit erstens Jugendliche und junge Erwachsene, die entweder keinen Zugang zu modernen Technologien oder aber keine Übung im Umgang mit selbigen haben, nicht ausgeschlossen werden. Zweitens ermöglicht eine Begleitung durch die Schule, durch Fachpersonen oder durch andere Jugendliche, dass der Einstieg in einen Partizipationsprozess anhand eines kreativen Brainstormings, eines Workshops oder durch eine kontextuelle Einbettung des Prozesses einfacher gelingt.
- **Anonymität:** Die Expertinnen und Experten beschäftigt, ebenso wie die jungen Menschen, die Anonymität. Sie gehen einig mit den Jugendlichen und jungen Erwachsenen und sprechen sich dafür aus, dass Anonymität dort erlaubt sein soll, wo sie möglich ist. So soll die Hemmschwelle zur Beteiligung möglichst tief gehalten werden. Besteht die Gefahr von Spam und Hasskommentaren, sollen Hosts zur Moderation von Diskussionen eingesetzt werden. Nach Wunsch soll die Teilnahme unter echtem Namen möglich sein, da auch die Expertinnen und Experten ein Bedürfnis der Jugend nach Vernetzungsmöglichkeiten und Verknüpfungen mit sozialen Netzwerken sehen. Wer also mit seinem Namen partizipieren möchte, soll das tun und auch über andere soziale Netzwerke darüber berichten können.
- **Sprachregionen:** In der Schweiz ist es wichtig, dass der Sprache und den unterschiedlichen Auffassungen von politischer Partizipation in den verschiedenen Sprachregionen Rechnung getragen wird. Es empfiehlt sich, bei der Entwicklung einer mehrsprachigen Plattform die Expertise von Expertinnen und Experten aller Sprachregionen einzubeziehen. Sonst besteht die Gefahr, dass einige Sprachregionen weniger von gewissen Plattformen profitieren können als andere.

Handlungsempfehlungen

Die Themenbereiche, welche die Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie die Expertinnen und Experten diskutiert haben, können zu neun Handlungsanweisungen kondensiert werden. Diese sollten bei der Entwicklung und Betreuung digitaler Partizipationsplattformen für Jugendliche und junge Erwachsene beachtet werden.

- Ein digitaler Partizipationsprozess sollte immer eine analoge Komponente aufweisen. Beispiele für eine analoge Komponente sind die Möglichkeit, analog an einem Partizipationsprozess teilzunehmen, die Werbung für eine Plattform per Brief oder Plakat sowie die Heranführung von Nutzerinnen und Nutzern an eine Plattform im Rahmen eines Workshops.
- Eine Zusammenarbeit mit Schulen ist bei einem digitalen Partizipationsprozess mit jungen Menschen wünschenswert: Sie ermöglicht, dass eine grosse Zahl junger Menschen erreicht und ein Prozess inhaltlich und technisch begleitet werden kann.
- Eine digitale Partizipationsplattform sollte einfach zu handhaben sein.
- Digitale Partizipationsplattformen sollten sich einer einfachen Sprache bedienen und verschiedene Informationsfüllen zur Verfügung stellen (kurze Texte als Einstieg, lange Texte für die Hintergrundinformationen).
- Eine digitale Partizipationsplattform sollte als App verfügbar sein.
- Ob eine digitale Partizipationsplattform anonym genutzt wird, sollte, wenn immer möglich, den Nutzerinnen und Nutzern überlassen werden. Besteht die Gefahr von Spam oder Hasskommentaren, sollte ein Host zur Moderation eingesetzt werden.
- Die Bewerbung einer digitalen Partizipationsplattform ist von grosser Bedeutung. Es muss klar werden, was man auf der Plattform genau erreichen kann. Zudem sollte auch hier eine einfache Sprache verwendet werden.
- Die Betreiberinnen und Betreiber einer digitalen Partizipationsplattform sollten transparent darüber informieren, wer hinter einer Plattform steht und wie mit den Daten auf einer Plattform umgegangen wird.
- Die unterschiedlichen Auffassungen von politischer Partizipation in den verschiedenen Sprachregionen der Schweiz sollten bei der Entwicklung und Bewerbung einer digitalen Partizipationsplattform beachtet werden.

Die Handlungsempfehlungen wurden ausgehend von der Onlineplattform engage.ch formuliert, also einer digitalen Partizipationsplattform mit einem jungen Zielpublikum, deren Nutzung grundsätzlich in einen begleiteten Partizipationsprozess eingebettet ist. Die Handlungsempfehlungen lassen sich jedoch auch auf andere Plattformen übertragen. Das zeigt sich darin, dass die Expertinnen und Experten, die noch nicht enger mit engage.ch zusammengearbeitet und eher Erfahrungen mit einem älteren Zielpublikum gemacht haben, ähnliche Empfehlungen formulierten wie Personen aus der Jugendarbeit, die schon engage-Prozesse begleitet haben. Hinzu kommt, dass man für die Überwindung bestehender Gräben in der Partizipationsbereitschaft Menschen mobilisieren muss, die erst wenig Erfahrung mit politischen Aktivitäten haben – eine Eigenschaft, die auch auf junge Menschen zutrifft. Es ist daher anzunehmen, dass bei der Mobilisierung dieser Gruppen ähnliche Mechanismen zum Tragen kommen wie bei jungen Menschen.

Relevanz

Mit diesen Erkenntnissen liefert die vorliegende Studie ein weiteres Puzzleteil für die Forschung im Bereich Civic Tech im Allgemeinen und digitaler Partizipationsplattformen im Speziellen. Die Erkenntnisse des Projekts leisten einerseits einen Beitrag zur Weiterentwicklung des zukunftsträchtigen Bereiches Civic Tech und der Erarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen für die Digitalisierung der Schweizer Demokratie. Andererseits können die Resultate helfen, digitale Partizipationsplattformen inklusiver zu gestalten und für neue Gruppen von Nutzerinnen und Nutzern zu öffnen. Damit kann die politische Partizipation von Menschen aller gesellschaftlichen Schichten und kulturellen Hintergründe gefördert werden. Wünschenswert ist dies vor dem Hintergrund der noch immer bestehenden Ungleichheit der politischen Partizipation zwischen verschiedenen Gruppen, beispielsweise Menschen unterschiedlichen Geschlechts, Bildungshintergrundes oder Einkommens. Dies verletzt eines der elementarsten Prinzipien der Demokratie, nämlich die staatsbürgerliche Gleichheit. Entsprechend soll die digitale Demokratie aktiv so gestaltet werden, dass sie allen die Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht.

Summary

The Foundation for Technology Assessment TA-SWISS launched its interdisciplinary project on digital democracy in November of 2019. As one of three project groups commissioned by TA-SWISS to conduct a study, the Dachverband Schweizer Jugendparlament DSJ – Switzerland’s umbrella organisation to promote youth political participation – analysed digital participation behaviours of adolescents and young adults based on their use of the DSJ platform engage.ch. The study sheds light on the following three questions:

1. Who participates online? (Demographics: age, gender, level of education, migration background, urban/rural, language region)
2. What features do adolescents and young adults expect and want from a digital participatory platform?
3. How can online platforms be made more accessible in order to reach as many users as possible?

To answer these questions, DSJ worked with a mixed methods research design in which quantitative results from the first research phase were further analysed using qualitative methods. To answer the first question, user data from the digital participation platform engage.ch were examined. The second question was addressed by evaluating youth surveys conducted on engage.ch and through group discussions with engage.ch users. Finally, a group discussion with experts from the fields of youth work and civic technology was held to find answers to the third question.

Summary of findings

The findings can be grouped in three categories, in line with the three questions.

Question 1: User profile

The profile of engage.ch users was investigated on the basis of existing research on participatory processes, which has identified typical behaviours along demographic lines. Studies have revealed that better educated, older men with higher incomes are most likely to participate in political processes. Opinion is divided on

whether online participatory formats could motivate more groups to participate, with some researchers seeing digitisation as an opportunity to overcome existing patterns of participation and others fearing that current trends will be reinforced. Empirical findings suggest that both views could be true. This study is situated in the context of findings that observe both a mobilising effect on people and an entrenchment of current participation patterns. In the case of engage.ch, it was found that the platform can encourage young people to participate, irrespective of their education or migration background. At the same time, however, a gender gap became apparent on the platform, with boys and young men being more likely to participate than girls and young women; in addition, not all ages of the target group could be mobilised equally well.

Question 2: Features of digital participation platforms

The features that young people want to see in a digital platform can be divided into five main categories:

- **Inclusion:** Adolescents and young adults feel strongly that digital participation should be open to all and that a great effort should be made to include as many demographics as possible. Measures to optimally ensure inclusion involve combining digital and conventional participation formats (to avoid leaving less tech-savvy people behind), using youth-friendly language, and providing adequate information on digital participation opportunities. Communicating information at schools is also given high importance.
- **Use:** It is critical that digital participation platforms are easy to navigate. In addition to the use of youth-friendly language, channels of communication capable of reaching a young audience must be chosen. Communicating content should meet the various needs of young people (short text messages/videos vs long explanations with background information). Young people also say they appreciate the simplicity of online participation. For this reason, users should be able to navigate online participatory platforms with a minimum number of clicks and as little administration as possible.
- **App:** Most young people would like to use an app for digital participation. With an app, opening a browser and entering a URL is no longer necessary, and the platform would be more visible and easier to integrate into everyday life.

- **Anonymity:** Young people were divided on the question of anonymity in digital participation. One advantage of anonymity is that it lowers the threshold to participate. At the same time, anonymity makes it easier to spread spam and abusive language with no consequences – an issue that causes young people concern and the reason that some oppose anonymity as a general principle. In addition, some young people not only have no problem with a lack of anonymity – they would also like digital participatory platforms to be linked to social media, as this would be an uncomplicated way to share personal posts from the platform. As such, young people's views on anonymity are not uniform. Nevertheless, they agree that anonymity should be guaranteed wherever possible to ensure low-threshold access to digital participation. Here, it is important that users observe netiquette at all times, and that spam and abusive language are stopped.
- **Data security/data protection:** Young people are concerned about data security and data protection. They often question the security of websites, and they criticise that no information on the trustworthiness of a website is available, which, in the worst case, causes young people to turn away from a platform. In addition to the concerns of individuals, security is also an issue in national politics, specifically in the Federal Council strategy on cybersecurity.

Question 3: Improving access

The expert discussion on better accessibility (the third question) can be broken down into three main areas:

- **Combination of digital and conventional participation:** The experts agree with young people that participation should not be restricted to a digital format, as not all adolescents and young adults have access to, or are skilled in using, modern technologies, and it is important that no one is excluded. In addition, support at school, from professionals or from other young people in the form of creative brainstorming, workshops, or other relevant settings makes gaining access easier.
- **Anonymity:** Like young people, the experts surveyed also expressed concerns about anonymity. They generally agree with adolescents and young adults, saying that anonymity should be allowed where it can ensure

that no one feels uncomfortable in joining the conversation. Where there is a risk of spam and abusive language, experts believe that online discussions should be moderated. If desired, however, they say participants should be able to use their real names, as it is understandable that young people will want to link this content to their social media accounts. Whoever wants to use their own name should therefore be able to do so, and they should also be able to link information on social media.

- **Language regions:** In Switzerland, language and the differing understandings of political participation prevalent in the individual language regions must be taken into account. When developing a platform, it is recommended that experts in all language regions are consulted; otherwise, there is a danger that some language regions will draw fewer benefits from certain platforms.

Recommended courses of action

The topics discussed by adolescents, young adults and experts alike have been condensed and formulated as recommendations for developing and operating digital participatory platforms for young people.

- Digital participation should always include off-line features, for instance, the possibility to participate in a conventional format, advertisement via regular mail or on posters, and workshops to introduce users to a digital platform.
- Collaboration with schools is recommended to promote digital participation in young people, as this would reach a high number of young people and would ensure that both technical features and content are supported.
- Digital participatory platforms should be easy to navigate.
- Digital participatory platforms should use simple language and provide information in various forms (short introductory texts, long articles with background information).
- An app for digital participatory platforms should be developed.
- Whenever possible, users should decide whether they want to use their names on digital participatory platforms. If there is a risk of spam or abusive language, the platform should be moderated.

- Advertising digital participatory platforms is very important. The goals of a platform must be clearly defined. Simple language should also be used for such purposes.
- Digital participatory platform providers must offer transparent information on who is behind a platform and how data is used.
- The differing conceptions of political participation in Switzerland's language regions must be considered when developing and advertising a digital platform.

The recommended courses of action were formulated on the basis of engage.ch – a digital participatory platform for a young target audience that generally monitors and moderates online participation. The recommendations are, however, applicable to other platforms. This is seen by the fact that experts who had previously worked mainly with older target audiences – and were not familiar with engage.ch – formulated similar recommendations as did professional youth workers who had experience with participation processes on engage.ch. In addition, to overcome existing gaps in the willingness to participate among some demographics, it is important to engage people who previously have had little experience in political activities – a characteristic that applies to young people. As such, it is expected that, to reach these groups, tools similar to those used when engaging young people will be effective.

Relevance

The findings of the study have implications for research in civic technology in general and digital participatory platforms in particular. On the one hand, the results contribute to further developing the promising field of civic technology and to establishing research-based evidence for the digitisation of democracy in Switzerland. On the other hand, the findings have the potential to help make digital participatory platforms more inclusive and to open them to new user groups, which would promote political participation among people from all social strata and cultural backgrounds. This is desirable in light of the persistent inequality in political participation among different demographics according to gender, level of education, or income. Indeed, this disbalance violates one of the most basic principles of democracy: civic equality. It is therefore important to actively shape digital democracy so that everyone can participate in political and social processes.

Résumé

Le projet interdisciplinaire sur la démocratie numérique de la Fondation pour l'évaluation des choix technologiques TA-SWISS a été lancé en novembre 2019. En s'appuyant sur sa propre plateforme en ligne engage.ch, la Fédération Suisse des Parlements des Jeunes (FSPJ), l'un des trois groupes de projet mandatés pour la présente étude, a examiné la manière dont les jeunes et jeunes adultes utilisent les outils numériques pour participer à la vie politique. L'étude vise à répondre aux trois questions de recherche ci-dessous.

1. Quel est le profil de celles et ceux qui participent à la vie politique numérique (données sociodémographiques : âge, sexe, niveau de formation, parcours migratoire, ville/pays, région linguistique) ?
2. Quelles sont les demandes et les attentes des jeunes et des jeunes adultes à l'égard des plateformes de participation numérique ?
3. Comment rendre les plateformes de participation numérique plus accessibles et faire ainsi en sorte qu'elles s'adressent au plus grand nombre possible de groupes d'utilisatrices et utilisateurs ?

La FSPJ a appliqué une méthode mixte pour répondre à ces trois questions, c'est-à-dire que les résultats quantitatifs de la première phase du processus de recherche ont été approfondis par des méthodes qualitatives. Pour répondre à la première question, les données des utilisatrices et utilisateurs de la plateforme de participation numérique engage.ch ont été analysées. Les réponses à la deuxième question se fondent d'une part sur l'analyse des sondages d'engage.ch auprès des jeunes, et d'autre part sur deux discussions de groupe entre des personnes utilisant engage.ch. Enfin, une autre discussion de groupe a été organisée avec des expertes et experts des activités de jeunesse et de la Civic Tech pour répondre à la troisième question.

Résumé des résultats

Les résultats de cette étude peuvent être résumés et regroupés en fonction des trois questions posées.

Question 1 : Profil des utilisatrices et utilisateurs

L'analyse du profil des utilisatrices et utilisateurs de engage.ch s'appuie sur la recherche actuelle sur les processus participatifs. Celle-ci indique que les clivages classiques entre les catégories sociodémographiques existent également en termes de participation à la vie politique. Certaines études montrent que ce sont surtout les hommes plus âgés, mieux éduqués et disposant de revenus élevés qui participent. La question de savoir si la participation numérique permettrait de combler ces différences fait l'objet d'un débat dans la littérature. Si certaines personnes voient dans la numérisation une occasion de dépasser les modèles de participation existants, d'autres craignent que ces derniers ne soient renforcés. La recherche empirique fournit des éléments étayant les deux points de vue. Les résultats de la présente étude s'inscrivent dans la continuité des travaux qui observent à la fois un effet mobilisateur et un renforcement des modèles de participation existants. En effet, ils indiquent notamment que la plateforme engage.ch réussit à décider les gens à participer, indépendamment de leur niveau de formation ou de leur parcours migratoire. Et en même temps, engage.ch présente un écart entre les sexes (les garçons et les jeunes hommes sont plus susceptibles de participer que les filles et les jeunes femmes) ; par ailleurs, il s'avère difficile d'obtenir une mobilisation équivalente de toutes les tranches d'âge au sein de ce groupe cible.

Question 2 : Attentes à l'égard des plateformes de participation numérique

Les attentes des jeunes peuvent être réparties en cinq catégories principales.

- **Inclusion** : Les jeunes et jeunes adultes tiennent beaucoup à ce que la participation numérique soit ouverte à toutes et tous et qu'un effort particulier soit fait pour impliquer autant de groupes démographiques que possible dans ces processus. Parmi les mesures permettant de maximiser l'inclusion, citons la combinaison de formes de participation numériques et analogiques (afin de ne pas laisser de côté les personnes moins technophiles), l'adoption d'un langage adapté aux jeunes et la diffusion d'informations adéquates en termes d'options à disposition – où les écoles ont un rôle important à jouer.
- **Utilisation** : Il est essentiel que les plateformes de participation numérique soient aisées à manier. En particulier avec un public cible jeune, il faut veiller à adopter un langage et une forme de communication qui leur convienne.

Le mode de diffusion du contenu doit répondre à leurs différents besoins (textes courts/vidéos plutôt que de longues explications contextuelles). En outre, les jeunes apprécient la simplicité et la rapidité de la participation en ligne. L'utilisation d'une plateforme de participation numérique doit donc ne demander que quelques clics et le moins possible d'efforts en termes administratifs.

- **App** : Une majorité de jeunes souhaitent utiliser une plateforme de participation numérique sous forme d'app. Cela permettrait non seulement d'accéder à la plateforme sans devoir ouvrir un navigateur et taper l'adresse du site Internet, mais aussi d'augmenter la présence de cette plateforme et de mieux l'intégrer dans la vie quotidienne.
- **Anonymat** : La question de savoir si les utilisatrices et utilisateurs d'une plateforme de participation numérique doivent rester anonymes divise les esprits. Pour les jeunes et jeunes adultes, l'anonymat présente notamment l'avantage de baisser le seuil d'inhibition, mais ouvre en même temps le champ à la diffusion de spams et de propos haineux sur ces plateformes sans être inquiété. Ce problème les préoccupe et les pousse parfois à se prononcer contre ce principe. Pourtant, l'absence d'anonymat ne gêne pas tout le monde, et certaines voix s'élèvent même pour réclamer que les plateformes de participation numérique soient faciles à connecter aux médias sociaux – ceci dans le but de partager leurs propres posts sur ces plateformes. Les besoins des jeunes en matière d'anonymat sont donc très disparates. La plupart se rejoignent néanmoins sur le fait qu'il faut, dans la mesure du possible, garantir l'anonymat afin de maintenir le seuil d'accès à la participation numérique aussi bas que possible. Cela implique de veiller à faire respecter la netiquette en tout temps et à bloquer les spams et propos haineux.
- **Sécurité/protection des données** : La sécurité et la protection des données sont une source de préoccupation pour les jeunes. La sécurité des sites Internet est souvent mise en doute, et les informations sur leur sérieux sont perçues comme lacunaires. Au pire, cela peut aller jusqu'à détourner les jeunes d'une plateforme. Au-delà des préoccupations au niveau personnel, la sécurité est également un enjeu au niveau national, en termes de stratégie de cybersécurité de la Confédération.

Question 3 : Amélioration de l'accessibilité

La discussion entre expertes et experts sur l'amélioration de l'accessibilité en réponse à la troisième question se résume pour l'essentiel à trois points principaux.

- **Combinaison d'outils analogiques et numériques :** Comme les jeunes, les expertes et experts sont d'avis qu'un processus participatif ne doit pas uniquement se dérouler sous une forme numérique. Il s'agit d'éviter d'exclure les jeunes et jeunes adultes qui n'ont pas accès aux technologies modernes ou qui n'ont pas l'habitude de les utiliser. Par ailleurs, l'école, les spécialistes ou les autres jeunes peuvent les aider à se lancer dans un processus participatif par le biais d'une session de brainstorming créatif, d'un atelier ou en inscrivant le processus dans un contexte précis.
- **Anonymat :** Les expertes et experts sont préoccupés par la question de l'anonymat autant que les jeunes et jeunes adultes et, à l'instar de ces derniers, soutiennent que l'anonymat doit être autorisé là où il est possible. Il s'agit de maintenir le seuil d'inhibition en termes de participation aussi bas que possible. S'il existe un risque de spams et de propos haineux, il convient de faire appel à un médiateur pour modérer les échanges. Toutefois, les expertes et experts constatent également le besoin chez les jeunes de se connecter et de créer des liens via les réseaux sociaux et estiment nécessaire de pouvoir participer sous son propre nom si l'on le souhaite. Cela signifie que toute personne qui désire apporter une contribution sur une plateforme de participation numérique doit pouvoir le faire sous son nom, comme elle doit être en mesure de s'y référer sur d'autres réseaux sociaux.
- **Régions linguistiques :** En Suisse, il est indispensable de tenir compte de la langue et des différentes conceptions de la participation politique qui prévalent dans les diverses régions linguistiques. Afin d'éviter que certaines d'entre elles en profitent moins que d'autres, il convient de faire appel à des expertes et experts de chaque région linguistique lors du développement d'une plateforme de participation politique.

Recommandations d'action

Les réflexions menées par les jeunes, les expertes et les experts sur ces sujets ont été résumées en neuf recommandations d'action dont il convient de tenir compte lors du développement et de l'exploitation de plateformes de participation numérique destinées aux jeunes et jeunes adultes.

- Tout processus participatif numérique devrait être assorti d'une composante analogique, comme par exemple la possibilité de participer hors ligne, la diffusion de publicité pour une plateforme par lettre ou affichette, ou encore l'initiation des utilisatrices et utilisateurs à une plateforme dans le cadre d'un atelier.
- Tout processus participatif numérique destiné aux jeunes devrait impliquer les écoles qui permettent d'atteindre une vaste partie de ce public et de soutenir le processus en termes de contenu et de technique.
- Toute plateforme de participation numérique devrait être facile à utiliser.
- Les plateformes de participation numérique devraient adopter un langage simple et fournir les informations sous différentes formes (textes courts en guise d'introduction, textes longs pour les informations générales).
- Une plateforme de participation numérique sous forme d'app devrait être développée.
- Les utilisatrices et utilisateurs devraient, autant que possible, être libres de décider de rester anonymes ou non sur les plateformes de participation numérique. S'il existe un risque de spams et de propos haineux, il convient de faire appel à un médiateur pour modérer les échanges.
- La communication promotionnelle d'une plateforme de participation numérique est d'une importance capitale. Elle doit énoncer clairement ses objectifs. Ici aussi, un langage simple est indiqué.
- L'opérateur d'une plateforme de participation numérique devrait fournir des informations transparentes sur l'identité des personnes qui se trouvent derrière celle-ci et sur la manière dont les données y sont traitées.
- Les différentes conceptions de la vie politique qui prévalent dans chaque région linguistique de Suisse devraient être prises en compte lors du développement et de la promotion d'une plateforme de participation numérique.

Ces recommandations d'action ont été formulées en s'appuyant sur engage.ch, une plateforme de participation numérique destinée aux jeunes et jeunes adultes qui vise à promouvoir les processus participatifs au sein de ce public cible. Elles peuvent cependant s'appliquer à d'autres plateformes. En effet, les expertes et experts qui n'avaient pas encore travaillé étroitement avec engage.ch, et dont l'expérience portait essentiellement sur un public cible plus âgé, ont abouti à des recommandations similaires à celles formulées par les spécialistes des activités de jeunesse qui avaient, pour leur part, déjà accompagné d'autres processus de participation à la vie politique. En outre, pour combler les lacunes existantes en matière de volonté de participation, il faut mobiliser des personnes qui n'ont encore que peu d'expérience face aux activités politiques – ce qui est couramment le cas des jeunes et jeunes adultes.

On peut donc supposer que des mécanismes similaires à ceux qui s'appliquent aux jeunes, entrent en jeu dans la mobilisation de ces groupes.

Pertinence

Les résultats de cette étude fournissent de nouveaux éléments pour la recherche sur la Civic Tech en général et sur les plateformes de participation numérique en particulier. D'une part, ces conclusions contribuent à développer le domaine prometteur de la Civic Tech et à élaborer les bases scientifiques pour la numérisation de la démocratie en Suisse. D'autre part, elles sont à même de contribuer à rendre les plateformes de participation numérique plus inclusives et à les ouvrir à de nouveaux groupes d'utilisatrices et utilisateurs, ce qui permet d'encourager les personnes issues de toutes les couches sociales et de tous les milieux culturels à participer à la vie politique. Cet effet serait souhaitable au vu des inégalités qui persistent en la matière entre les différents groupes démographiques (par exemple les personnes de sexe, de niveau de formation ou de revenu différents) et qui violent l'un des principes les plus fondamentaux de la démocratie, à savoir l'égalité civique. Il s'agit par conséquent de façonner la démocratie numérique de sorte à ce que chaque individu puisse participer à la vie politique et s'engager activement dans la société.

Sintesi

Il progetto interdisciplinare della Fondazione per la valutazione delle scelte tecnologiche TA-SWISS sulla democrazia digitale è stato avviato nel novembre 2019. La Federazione svizzera dei parlamenti dei giovani (FSPG), uno dei tre gruppi di progetto, ha analizzato il comportamento di partecipazione digitale dei giovani e dei giovani adulti in base alla propria piattaforma online engage.ch. L'indagine verteva su tre interrogativi:

1. Chi partecipa a livello digitale? (Caratteristiche sociodemografiche: età, sesso, formazione, passato migratorio, città/campagna, regione linguistica)
2. Che esigenze e aspettative hanno i giovani e i giovani adulti nei confronti delle piattaforme di partecipazione digitali?
3. Le piattaforme di partecipazione digitali come possono diventare più accessibili, in modo da attirare il maggior numero possibile di utenti?

A queste tre domande è stata fornita una risposta in base a un design a metodi misti. In altre parole, i risultati quantitativi emersi dalla prima fase del processo di ricerca sono stati approfonditi mediante metodi qualitativi. Per rispondere al primo interrogativo sono stati analizzati i dati degli utenti della piattaforma di partecipazione digitale engage.ch. La risposta al secondo interrogativo è stata cercata da un lato mediante l'analisi delle indagini giovanili engage e dall'altro mediante due discussioni di gruppo con utenti di engage.ch. Per rispondere al terzo interrogativo è infine stata organizzata una discussione di gruppo con esperti in materia di animazione giovanile e Civic Tech.

I risultati in breve

I risultati del presente studio possono essere riassunti in tre capitoli, seguendo gli interrogativi.

Domanda 1: Profilo degli utenti

Il profilo degli utenti si engage.ch è stato determinato partendo dai lavori di ricerca sulla partecipazione già condotti. Secondo questi lavori, la partecipazione politica è contraddistinta dai tipici fossati tracciati dalle caratteristiche sociodemografiche. Gli studi mostrano che a partecipare sono soprattutto uomini maturi, con una buona formazione e un reddito elevato. Quanto alla possibilità che la partecipazione digitale superi queste differenze, i pareri nella letteratura sono discordanti. Gli uni intravedono nella digitalizzazione un'opportunità per superare gli schemi di partecipazione esistenti, gli altri temono invece un loro rafforzamento. Nella ricerca si trovano risultati empirici a sostegno di entrambi i punti di vista. Con le sue conclusioni, il presente studio si iscrive tra i lavori che negli schemi di partecipazione esistenti osservano sia effetti mobilitatori sia effetti amplificatori. Emerge infatti che, pur riuscendo a mobilitare persone indipendentemente dal livello di formazione o dal passato migratorio, la piattaforma engage.ch evidenzia un divario di genere (i ragazzi e i giovani uomini tendono a partecipare maggiormente delle ragazze e delle giovani donne) e non mobilita nella stessa misura tutte le classi di età del gruppo target.

Domanda 2: Requisiti relativi alle piattaforme di partecipazione digitali

I requisiti formulati dai giovani possono essere suddivisi in cinque categorie.

- **Inclusione:** ai giovani e ai giovani adulti preme che la partecipazione digitale sia aperta a tutti e che si faccia un particolare sforzo per coinvolgere tutti i gruppi, per quanto possibile. Tra le misure per massimizzare l'inclusione figurano la combinazione di forme di partecipazione digitali e analogiche (in modo da non escludere le persone con una minor affinità con la tecnologia), una lingua adatta ai giovani e sufficienti informazioni sulle possibilità di partecipazione digitale. Per quanto riguarda la trasmissione di informazioni è attribuito un ruolo importante alle scuole.
- **Uso:** un uso facile delle piattaforme di partecipazione digitali è fondamentale. Soprattutto quando si ha a che fare con un pubblico target giovane, oltre che a una lingua adatta ai giovani occorre prestare attenzione alla scelta della forma di comunicazione. La trasmissione di contenuti deve soddisfare i vari bisogni dei giovani (testi brevi e video contro lunghe spiegazioni con

informazioni di approfondimento). I giovani apprezzano inoltre il minor onere della partecipazione online. L'uso di una piattaforma di partecipazione digitale dovrebbe quindi essere possibile con il minor numero possibile di clic e un onere amministrativo minimo.

- **Applicazione:** la maggior parte dei giovani auspica che una piattaforma di partecipazione digitale sia disponibile sotto forma di app. Ciò non significa solo non dover aprire un browser e digitare l'indirizzo del sito web, ma anche disporre di una piattaforma più presente e più facile da integrare nella quotidianità.
- **Anonimato:** una piattaforma di partecipazione digitale deve essere utilizzata in modo anonimo? Questa domanda divide i giovani. Un vantaggio dell'anonimato sta nell'abbassamento della soglia che frena la partecipazione. Al tempo stesso una partecipazione anonima offre la possibilità di diffondere su queste piattaforme spam e commenti di odio – un problema che non lascia indifferenti i giovani, inducendo alcuni di loro a schierarsi contro l'anonimato. A ciò si aggiunge il fatto che alcune persone non solo non hanno alcun problema con la mancanza di anonimato, bensì addirittura auspicano un collegamento semplice tra le piattaforme di partecipazione digitali e i social media. È così possibile condividere i propri contributi sulla piattaforma. I bisogni dei giovani in relazione all'anonimato sono quindi molto eterogenei. Per garantire un accesso il più possibile a bassa soglia alla partecipazione digitale bisognerebbe tuttavia garantire l'anonimato ovunque possibile. Occorre comunque assicurarsi che gli utenti rispettino in ogni momento la netiquette e si riesca a bloccare lo spam e i commenti di odio.
- **Sicurezza dei dati/protezione dei dati:** le questioni legate alla sicurezza e alla protezione dei dati preoccupano i giovani. Spesso vi è incertezza in relazione alla sicurezza dei siti web. Mancano inoltre informazioni sulla serietà dei siti web. Nella peggiore delle ipotesi, ciò dissuade i giovani dall'utilizzare una piattaforma. La sicurezza preoccupa anche a livello nazionale, oltre che a livello personale, come testimonia in particolare la strategia della Confederazione contro i cyber-rischi.

Domanda 3: Miglioramento dell'accessibilità

La discussione tra gli esperti su una miglior accessibilità per rispondere al terzo interrogativo può essere riassunta in tre punti.

- **Combinazione di analogico e digitale:** anche gli esperti concordano nel sostenere che i processi di partecipazione non devono limitarsi alla sfera digitale, anzitutto per non escludere i giovani e i giovani adulti che non hanno accesso alle moderne tecnologie o non hanno familiarità con esse. In secondo luogo un accompagnamento da parte della scuola, di specialisti o di altri giovani (mediante un brainstorming creativo, un workshop o un'integrazione contestuale del processo) permette di facilitare l'accesso a un processo di partecipazione.
- **Anonimato:** come i giovani, anche gli esperti riflettono sull'anonimato. Concordano con i giovani e i giovani adulti schierandosi a favore della possibilità dell'anonimato laddove possibile. La soglia che frena la partecipazione deve essere tenuta più bassa possibile. Se vi è il pericolo di spam e commenti di odio occorre incaricare host di moderare le discussioni. Per chi lo desidera deve però essere possibile anche una partecipazione con il vero nome: anche gli esperti intravedono infatti un bisogno da parte dei giovani di possibilità di connessione e collegamenti con i social network. Chi vuole partecipare con il proprio nome deve quindi poterlo fare e parlarne anche attraverso altri social network.
- **Regioni linguistiche:** in Svizzera è necessario tener conto della lingua e degli approcci distinti nei confronti della partecipazione politica nelle varie regioni linguistiche. Nello sviluppare una piattaforma si raccomanda di includere il know-how di esperti di tutte le regioni linguistiche, altrimenti vi è il pericolo che alcune regioni linguistiche potranno approfittare della piattaforma meno di altre.

Raccomandazioni di azione

I settori tematici affrontati dai giovani e dai giovani adulti nonché dagli esperti possono essere condensati in nove istruzioni per l'uso, da tener presenti quando si sviluppano e si gestiscono piattaforme di partecipazione digitali destinate ai giovani e ai giovani adulti.

- I processi di partecipazione digitale dovrebbero sempre includere anche una componente analogica. Esempi di componenti analogiche possono essere la possibilità di partecipare a un processo di partecipazione anche in modo analogico, la pubblicità per una piattaforma attraverso invii postali o manifesti nonché l'avvicinamento degli utenti alla piattaforma nell'ambito di un workshop.
- In un processo di partecipazione digitale che coinvolge giovani è auspicabile una collaborazione con le scuole: permette di raggiungere un numero elevato di giovani e di accompagnare il processo a livello contenutistico e tecnico.
- Le piattaforme di partecipazione digitali dovrebbero essere di facile impiego.
- Le piattaforme di partecipazione digitali dovrebbero avvalersi di una lingua facile e mettere a disposizione informazioni di densità variabile (testi brevi come primo approccio, testi lunghi per le informazioni di approfondimento).
- Le piattaforme di partecipazione digitali dovrebbero essere disponibili sotto forma di app.
- Nei limiti del possibile gli utenti dovrebbero essere liberi di decidere se vogliono utilizzare la piattaforma di partecipazione digitale in modo anonimo. Se vi è il pericolo di spam o commenti di odio, bisognerebbe affidare la moderazione a un host.
- La pubblicità per una piattaforma di partecipazione digitale è molto importante. Occorre chiarire cosa si può ottenere esattamente sulla piattaforma. Anche qui bisogna inoltre utilizzare una lingua facile.
- I gestori delle piattaforme di partecipazione digitali dovrebbero informare in modo trasparente su chi c'è dietro la piattaforma e come sono utilizzati i dati sulla piattaforma.
- Gli approcci distinti nei confronti della partecipazione politica nelle varie regioni linguistiche della Svizzera andrebbero tenuti presenti quando si sviluppa e si pubblicizza una piattaforma di partecipazione digitale.

Le raccomandazioni di azione sono formulate partendo dalla piattaforma engage.ch, ossia da una piattaforma di partecipazione digitale con un pubblico target giovane, il cui uso è per principio integrato in un processo di partecipazione accompagnato. Queste raccomandazioni sono tuttavia applicabili anche ad altre piattaforme. Lo dimostra da un lato il fatto che gli esperti che non hanno mai collaborato strettamente con engage.ch e hanno maturato esperienze tendenzialmente con un pubblico target meno giovane hanno formulato raccomandazioni simili a quelle delle persone attive nell'animazione giovanile, che hanno già accompagnato processi di engage. A ciò si aggiunge il fatto che, per superare i divari esistenti nella disponibilità a partecipare, bisogna mobilitare persone che non hanno ancora molta esperienza con le attività politiche – una caratteristica che contraddistingue anche i giovani. È pertanto ipotizzabile che in caso di mobilitazione di questi gruppi funzionino meccanismi simili a quelli che funzionano con i giovani.

Valenza

Con questi risultati, il presente studio fornisce un altro pezzo del puzzle per la ricerca in materia di Civic Tech in generale e di piattaforme di partecipazione digitali in particolare. Da un lato i risultati del progetto contribuiscono all'ulteriore sviluppo di un settore promettente come quello Civic Tech e all'elaborazione di basi scientifiche per la digitalizzazione della democrazia svizzera. Dall'altro i risultati possono aiutare a rendere più inclusive le piattaforme di partecipazione digitali e ad aprirle a nuovi gruppi di utenti. Ciò consentirà di promuovere la partecipazione politica di persone appartenenti a tutti i ceti sociali e a tutti gli ambienti culturali, il che è auspicabile soprattutto di fronte alle persistenti disparità nella partecipazione politica, ad esempio in base al sesso, alla formazione o al reddito. Ciò viola uno dei principi elementari della democrazia: l'uguaglianza di tutti i cittadini. La democrazia digitale va quindi plasmata attivamente affinché consenta a tutti di partecipare alla società.

1. Einleitung

ibironja ist der Meinung, dass Hausbesetzungen erleichtert werden müssen, um auf diese Weise leere Häuser zu retten. *Lulu3003* findet, dass es gratis Hygieneartikel für Frauen braucht. Und *polithde* würde die Neutralität der Schweiz in der Bundesverfassung verankern. Dies sind nur drei von 4180 Anliegen¹, welche auf engage.ch² bereits für die Politik in der Schweiz eingereicht wurden. Seit Sommer 2015 können Jugendliche und junge Erwachsene bis 25 Jahre ihre Anliegen und Ideen für ihre Gemeinde, ihre Region oder für die Schweiz auf der digitalen Partizipationsplattform engage.ch einreichen. Damit ist engage.ch eine von vielen solchen Plattformen in der Schweiz. Sie steht im Zentrum der vorliegenden Untersuchung.

Diese Studie wurde vom Dachverband Schweizer Jugendparlamente DSJ durchgeführt und ist Teil des interdisziplinären Projekts der Stiftung für Technologiefolgen-Abschätzung TA-SWISS zur digitalen Demokratie. Das Projekt hat zum Ziel, die Chancen und Risiken der Digitalisierung der Schweizer Demokratie aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu untersuchen. Dafür wurden von November 2019 bis April 2021 drei Teilstudien durchgeführt, namentlich vom Think & Do Tank Dezentrum, dem Meinungsforschungsinstitut [gfs.bern](https://gfs.bern.ch) und dem DSJ. Im Fokus stehen dabei verschiedene Teilaspekte der digitalen Demokratie: Das [gfs.bern](https://gfs.bern.ch) untersucht, welchen Einfluss die Digitalisierung in der Politik auf die Meinungsbildung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger hat. Das Dezentrum befasst sich mit der Entwicklung möglicher Zukunftsszenarien einer digitalen Demokratie und der Übersetzung dieser Szenarien in physisch anfassbare Objekte, die diese versinnbildlichen. Der DSJ untersucht mit der vorliegenden Studie das digitale Partizipationsverhalten Jugendlicher und junger Erwachsener anhand der eigenen Onlineplattform engage.ch. Im Zentrum stehen die Fragen, wer digital partizipiert, welche Anforderungen und Erwartungen junge Menschen an digitale Partizipationsplattformen haben und wie solche Plattformen möglichst zugänglich gestaltet werden können.

¹ Stand: 07.04.2021.

² www.engage.ch

Der DSJ stellt aus zwei Gründen die junge Generation ins Zentrum seiner Untersuchung: Das Internet stellt besonders für junge Menschen vermehrt einen Ort dar, an welchem sie ihre politischen Meinungen ausdrücken und wo sie sich über politische Angelegenheiten informieren können (Kim, Russo und Amna 2016: 1–2). Die junge Generation wendet sich vermehrt ab von Mitgliedschaften in traditionellen politischen Organisationen, langfristigen Verpflichtungen und der Mainstreampolitik. Dafür engagieren sich junge Menschen eher für ausgewählte Themen, in lose organisierten Gruppen und individualisierten Netzwerken, welche durch digitale Plattformen gestützt werden (Loader, Vromen und Xenos 2014: 143, Sloam 2014: 217, Ekström und Sveningsson 2017: 1, Allaste und Saari 2019: 2). Zudem sind sie generell eher online politisch aktiv als ältere Menschen (Best und Krueger 2005, Schlozman, Verba und Brady 2010, Jensen 2013, Kim et al. 2016: 1, Hoffman und Lutz 2019). Wie die Studie CH@Youpart des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation SBFJ im Jahr 2012 feststellte, nutzen Jugendliche und junge Erwachsene das Internet «ganz selbstverständlich» für verschiedene Formen der politischen Partizipation (Rothenbühler, Ehrler, Kissau 2012: 16). Auch was den Zugang zu digitalen Technologien angeht, ist eine breite Abdeckung bei der jungen Generation festzustellen: Bereits heute besitzen 99 % der 12- bis 19-Jährigen ein Handy, fast ausschliesslich Smartphones, und 97 % nutzen das Internet täglich oder mehrmals pro Woche (Bernath, Suter, Waller, Külling, Willemse und Süss 2020: 24). Neben dieser besonderen Rolle, die digitale Technologien für die junge Generation spielen, liegt der zweite Grund der Fokussierung dieser Studie auf jungen Menschen in den Tätigkeitsfeldern des DSJ. Dieser fördert mit seinen Aktivitäten die Jugendparlamente sowie die politische Partizipation aller Jugendlichen durch Angebote wie easyvote und engage.ch. Daher hat er ein besonderes Interesse an dem Forschungsfeld der (digitalen) politischen Partizipation junger Menschen.

Betrachtet man die rasante Entwicklung digitaler Technologien während der letzten Jahre, liegt der Schluss nahe, dass die Digitalisierung die politische Partizipation von jungen Erwachsenen weiter durchdringen und ihnen neue Möglichkeiten zur Teilhabe eröffnen wird. In diesem Zusammenhang ist oftmals vom Begriff «Civic Tech» die Rede, mit welchem Technologien bezeichnet werden, «die es den Bürgerinnen und Bürgern erlauben, sich aktiv in die politischen Prozesse einzuschalten» (Graf und Stern 2018: 15). Ein Beispiel für eine solche Technologie sind digitale Partizipationsplattformen. Sie bieten einer grossen Anzahl Menschen die Möglichkeit, sich unkompliziert politisch zu äussern und an politischen Entscheidungsprozessen direkt mitzuwirken. Civic

Tech birgt folglich ein grosses Potential zur Förderung politischer Teilhabe und kann, besonders auch für junge Menschen, einen einfachen Einstieg in die Politik darstellen und damit die Chance erhöhen, dass man sich in der Folge auch für weitere politische Partizipationsformen interessiert (Hug und Piersantelli 2015: 7, Kim et al. 2016: 14). Gleichzeitig sind die Folgen der Digitalisierung für demokratische Prozesse noch schwer abschätzbar (Schweizerischer Bundesrat 2020: 13). Um die langfristigen Konsequenzen dieser Entwicklung besser antizipieren zu können, sind fundierte Erkenntnisse über die Nutzung von Civic-Tech-Tools im Allgemeinen und digitalen Partizipationsplattformen im Speziellen nötig.

Um solche Erkenntnisse zu liefern, befasst sich die vorliegende Studie mit drei Forschungsfragen:

1. Wer partizipiert digital? (Alter, Geschlecht, Bildungs- und Migrationshintergrund, Stadt/Land, Sprachregion)
2. Welche Anforderungen und Erwartungen stellen Jugendliche und junge Erwachsene an digitale Partizipationsplattformen?
3. Wie können digitale Partizipationsplattformen zugänglicher gestaltet werden, um möglichst viele Nutzerinnen und Nutzer anzusprechen?

Bisherige Studien haben bereits ähnliche Fragestellungen untersucht. Im Hinblick auf die Frage, wer digital partizipiert, lässt sich jedoch keine eindeutige Antwort in der vorhandenen Forschung finden. Manche Studien stellen fest, dass durch digitale Partizipation teilweise Gruppen mobilisiert werden können, welche erfahrungsgemäss weniger politisch aktiv sind. Dazu gehören junge Menschen, Frauen sowie Menschen mit tieferem Einkommen oder tieferem Bildungsniveau (Schlozman et al. 2010: 486, Pfanzelt und Spies 2019: 34, Schöttle 2019: 41). Andere Arbeiten zeigen, dass bestehende Gräben entlang soziodemografischer Faktoren auch bei der digitalen Partizipation bestehen bleiben (Norris 2001, Banaji und Buckingham 2010, Büchi und Vogler 2017). Ein Grund für diese unterschiedlichen Erkenntnisse kann darin liegen, dass digitale politische Partizipation unterschiedlich gemessen wird (Boulianne 2009: 205). Je nach Art der digitalen Partizipation ist also das Potenzial der Mobilisierung grösser oder kleiner. Ein weiterer Grund für diese unterschiedlichen Erkenntnisse könnte das Umfeld sein, in welchem die digitale Partizipation stattfindet. Die Begleitung eines digitalen Partizipationsprozesses durch die Schule oder durch Expertinnen und Experten, sowohl in technischer wie auch in inhaltlicher Art und Weise, kann die Partizipation positiv beeinflussen. Insbesondere

wenn die Schule involviert ist, wird ein Einbezug möglichst aller jungen Menschen einer Gemeinde ermöglicht (Zimmermann 2016: 7, Rexhepi, Filiposka und Trajkovik 2017: 12). Es gilt herauszufinden, welche Aspekte die Mobilisierung von Gruppen fördern, die eine weniger hohe Wahrscheinlichkeit zur politischen Partizipation aufweisen. Daher braucht es eine Betrachtung dieser Fragestellung anhand verschiedener digitaler Partizipationsmöglichkeiten.

Auch in Bezug auf die Frage, was die Anforderungen und Erwartungen junger Menschen an digitale Partizipationsplattformen sind, gibt es erste Erkenntnisse aus der Forschung (Raynes-Goldie und Walker 2008, Banaji und Buckingham 2010, Cajacob 2014, Pietilä, Varsuoluoma und Väänen 2019). Da aber digitale Partizipationsplattformen unterschiedlichste Formen annehmen können und auf verschiedene Zwecke abzielen, ist es auch für diese Frage vonnöten, eine möglichst grosse Vielfalt verschiedener Plattformen zu betrachten und die Frage in diesen verschiedenen Kontexten zu beleuchten.

Der Kontext, in welchem die vorliegende Studie diese Fragen betrachtet, ist die digitale Partizipationsplattform *engage.ch*, die vom DSJ betrieben wird. Im Rahmen von Kampagnen auf kommunaler, regionaler oder nationaler Ebene haben Jugendliche und junge Erwachsene bis 25 Jahre die Möglichkeit, ihre Ideen und Anliegen für die entsprechende föderale Ebene einzureichen. Das Team von *engage.ch* stellt bei nationalen Kampagnen eine direkte Verbindung zu politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern her. Bei regionalen oder kommunalen Projekten geschieht dies im Rahmen eines *engage-Events* in der jeweiligen Partnergemeinde. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass die jungen Menschen bei der Umsetzung ihrer Anliegen unterstützt werden.

Die drei Fragestellungen dieser Studie werden anhand eines Mixed-Methods-Designs beantwortet. Das heisst, die quantitativen Resultate aus der ersten Phase des Forschungsprozesses werden durch qualitative Methoden vertieft. In einem ersten Schritt werden die Profile der Nutzerinnen und Nutzer von *engage.ch* zur Beantwortung der ersten Fragestellung (Wer partizipiert digital?) untersucht. Anschliessend werden durch die Auswertung der Jugendumfragen, welche im Rahmen von *engage-Prozessen* in Gemeinden bzw. Regionen durchgeführt wurden, erste Schlüsse über die Anforderungen und Erwartungen der jungen Menschen an digitale Partizipationsplattformen gewonnen. Das trägt zur Beantwortung der zweiten Fragestellung bei (Was sind die Anforderungen und Erwartungen der jungen Menschen an digitale Partizipationsplattformen?). Im qualitativen Teil wird zuerst die zweite Fragestellung anhand

von zwei Gruppendiskussionen mit Nutzerinnen und Nutzern der Plattform engage.ch im Detail erörtert. Diese zusätzliche qualitative Betrachtung der zweiten Forschungsfrage bietet den Vorteil, dass die Jugendlichen und jungen Erwachsenen ihre Anforderungen an digitale Partizipationsplattformen in eigene Worte fassen und Punkte einbringen können, die in der quantitativen Umfrage nicht bedacht wurden. Abschliessend folgt die Diskussion der dritten Fragestellung (Wie kann die Zugänglichkeit digitaler Partizipationsplattformen verbessert werden?) anhand eines Gesprächs mit Expertinnen und Experten aus den Bereichen der Jugendarbeit und Civic Tech.

Mit dem Entscheid, die Fragen anhand von engage.ch zu untersuchen, wurde bewusst der Fokus auf eine ganz spezifische Art der digitalen politischen Partizipation gelegt, nämlich die Partizipation anhand einer digitalen Partizipationsplattform. Zudem steht mit engage.ch eine einzelne Plattform im Fokus. Angesichts der bisherigen Forschung zur digitalen politischen Partizipation ergibt dieser Entscheid Sinn: Wie bereits erwähnt, unterscheiden sich die Resultate von Studien in diesem Bereich je nach Setting und Art der digitalen politischen Partizipation. Indem also die Partizipation anhand der Onlineplattform engage.ch im Detail beleuchtet wird, liefert diese Studie ein weiteres Puzzleteil für das Gesamtbild der Forschung zur digitalen politischen Partizipation. Aufgrund der Vielschichtigkeit der digitalen politischen Partizipation ist es wichtig, dass viele Studien den Fokus auf einzelne Aspekte dieses Phänomens legen, um so eine möglichst diverse Betrachtung des Forschungsfeldes zu erhalten.

Dank ihres dreifachen Erkenntnisinteresses generiert diese Studie zum einen differenzierte Erkenntnisse über die soziodemografischen Profile digital Partizipierender im Kontext von engage.ch. Zum anderen können Anforderungen an digitale Partizipationstools aus Sicht der Nutzerinnen und Nutzer identifiziert werden. Aus diesen Erkenntnissen können schliesslich Handlungsempfehlungen zur Gestaltung von Civic-Tech-Tools abgeleitet werden. Das Projekt leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung des zukunftssträchtigen Bereiches Civic Tech und trägt massgeblich zur Erarbeitung der wissenschaftlichen Grundlagen für die Digitalisierung der Schweizer Demokratie bei. Die Erkenntnisse des Projekts können zudem helfen, digitale Partizipationsplattformen inklusiver zu gestalten und für neue Gruppen von Nutzerinnen und Nutzern zu öffnen, womit die politische Partizipation von jungen Erwachsenen aller gesellschaftlichen Schichten und kulturellen Hintergründe gefördert werden kann. Wünschenswert ist dies vor dem Hintergrund der noch immer bestehenden Ungleichheit der politischen Partizipation zwischen verschiedenen

Gruppen, beispielsweise Menschen unterschiedlichen Geschlechts, Bildungshintergrundes oder Einkommens. Dies verletzt eines der elementarsten Prinzipien der Demokratie, nämlich die staatsbürgerliche Gleichheit (Krell, Meyer und Mörschel: 2012: 14).

Die restliche Arbeit gliedert sich wie folgt: Im zweiten Kapitel werden drei Aspekte der Fragestellungen spezifiziert, namentlich die Begriffe «Civic Tech» und die «digitale politische Partizipation» sowie die Funktionsweise der Plattform engage.ch. Es folgt in Kapitel 3 eine Betrachtung bestehender Theorien, welche zur Beantwortung der Fragestellungen beitragen. Anschliessend werden in Kapitel 4 der Forschungsstand dargestellt und in Kapitel 5 eine Synthese der theoretischen Vorüberlegungen vorgenommen. Das sechste Kapitel widmet sich der verwendeten Methode. Es folgen die Datenanalyse der quantitativen und der qualitativen Erhebungen in Kapitel 7 und eine Diskussion der Resultate in Kapitel 8, in welcher auch konkrete Handlungsempfehlungen zur Gestaltung von Civic-Tech-Tools dargestellt werden. Die Arbeit schliesst mit einem Fazit.

2. Spezifizierung der Fragestellung

Dieses Kapitel widmet sich den zentralen Begriffen der Studie und bildet somit die definitorische Grundlage für die vorliegende Untersuchung. Zuerst wird in Kapitel 2.1 der Begriff «Civic Tech» erläutert, da mit der Onlineplattform engage.ch eine spezifische Civic-Tech-Anwendung im Zentrum der vorliegenden Analyse steht. Anschliessend wird in Kapitel 2.2 die Funktionsweise von engage.ch erklärt. Wie in der Einleitung schon angesprochen, sind die verschiedenen Arten der digitalen politischen Partizipation divers und die genaue Ausgestaltung der Partizipationsform wirkt sich darauf aus, wen die Plattformen ansprechen und welches die Ansprüche an die Plattformen sind. Damit klar ist, wo im Feld der (digitalen) politischen Partizipation sich die Plattform engage.ch befindet, wird in Kapitel 2.3 die Nutzung von engage.ch in den unterschiedlichen Formen politischer Partizipation und digitaler politischer Partizipation verortet. Zudem wird die digitale politische Partizipation abgegrenzt von der analogen politischen Partizipation.

2.1. Civic Tech

Civic Tech wird von unterschiedlichen Stellen verschieden definiert. Eine allgemeingültige Definition existiert bisher nicht (Schweizerischer Bundesrat 2020: 17). Diese Studie orientiert sich an dem Verständnis des Bundesrats, welcher folgende drei Teilbereiche identifiziert:

1. Als Civic-Tech-Instrumente können Technologien bezeichnet werden, «die den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, auf elektronischem Weg an den politischen Prozessen teilzuhaben». Beispiele dafür sind E-Voting, E-Collecting, Onlinediskussionsforen und -websites zu politischen Fragestellungen (Schweizerischer Bundesrat 2020: 17).
2. Civic Tech kann die «Möglichkeiten zur digitalen Interaktion und Kommunikation bei der Abwicklung administrativer Interaktionen mit Behörden» bezeichnen. Beispiele dafür sind Smartphone-Apps, die eine unbürokratische Meldung defekter Infrastruktur an Behörden ermöglichen oder aber Instrumente, die es ermöglichen, behördliche Leistungen elektronisch einzubringen oder zu beziehen (Schweizerischer Bundesrat 2020: 17–18).

3. Mit Hilfe von Civic Tech «können der interessierten Öffentlichkeit Daten von Behörden verfügbar gemacht werden – Stichwort «Open Data.»» (Schweizerischer Bundesrat 2020: 18).

Als Beispiele für Civic-Tech-Anwendungen werden Teilnehmungsplattformen (Züri wie Neu³, Stadtmelder⁴), Anwendungen im Bereich Open Data (als kostenpflichtige Datenaufbereitung und -bereitstellung; politik.ch⁵) oder kollaborative Mitspracheinstrumente (Inilab⁶, Crossiety⁷) genannt. Zu dieser letzten Kategorie zählt der Bundesrat auch die Onlineplattform engage.ch (Schweizerischer Bundesrat 2020: 18).

2.2. Die Plattform engage.ch

Die Idee für die Onlineplattform engage.ch entstand 2014 im Austausch zwischen dem DSJ und der Hochschule für Technik und Wirtschaft HTW Chur (heute: Fachhochschule Graubünden). Ziel war es, Jugendlichen durch neue Medien und mithilfe eines digitalen Tools Politik näherzubringen. Im Rahmen des Pilotprojektes Scoop-it 2.0 konnte diese Idee konkretisiert werden. Zuerst vermochte die Durchführung von je einer qualitativen (Künzler und Herzig 2015) und einer quantitativen (Cajacob 2014) Studie das Potenzial für eine Onlineplattform aufzuzeigen und verdeutlichte auch, welchen Aspekten besondere Aufmerksamkeit zukommen sollte. Die Onlineplattform engage.ch wurde dann nach einer Konzeptionsphase ab Winter 2014 programmiert. Seit Sommer 2015 können Jugendliche und junge Erwachsene bis 25 Jahre auf einfache Art und Weise ihre Ideen und Anliegen für ihre Gemeinde, ihre Region oder für die Schweiz auf der Plattform einreichen. Das Team von engage.ch stellt anschliessend eine Verbindung zu politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern auf der entsprechenden

³ <https://www.zueriwieneu.ch/>

⁴ <https://stadt.winterthur.ch/themen/die-stadt/stadtmelder>

⁵ <https://politik.ch/>

⁶ <https://inilab.ch/sessions/new>

⁷ <https://www.crossiety.ch/>

politischen Ebene her, um den Jugendlichen und jungen Erwachsenen bei der Umsetzung ihrer Anliegen zu helfen. Seit 2015 wurden mehr als 4'000 Anliegen, Ideen und Fragen (Stand: April 2021) auf der Plattform eingereicht.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie eine engage-Kampagne vonstattengehen kann. Je nachdem, auf welcher föderalen Ebene die Kampagne angesiedelt ist, oder je nach Themenschwerpunkt, unterscheidet sich der Ablauf der Kampagnen. In diese Studie werden vier verschiedene Kampagnen bzw. Kampagnenarten einbezogen. Um eine genauere Vorstellung eines engage-Prozesses bzw. einer engage-Kampagne zu erhalten, werden diese vier Kampagnenarten im Folgenden kurz erläutert:

- **Verändere die Schweiz!:** Jeweils im Frühjahr findet seit 2017 die nationale Kampagne «Verändere die Schweiz!» während ungefähr sechs Wochen statt. Im Rahmen dieser Kampagne können Jugendliche und junge Erwachsene bis 25 Jahre ihre Ideen und Anliegen für die Zukunft der Schweiz posten. Die jüngsten National- und Ständerätinnen und -räte wählen jedes Jahr mindestens eines der eingereichten Anliegen aus und treffen sich persönlich mit den Autorinnen und Autoren ihres ausgewählten Anliegens, um die besten Umsetzungsmöglichkeiten zu besprechen. Im Anschluss versuchen die Politikerinnen und Politiker gemeinsam mit den Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die ausgearbeiteten Ideen in den politischen Prozess einzubringen.
- **Frag die Bundespräsidentin:** Im Rahmen der nationalen Kampagne «Frag die Bundespräsidentin» konnten im Jahr 2020 Jugendliche und junge Erwachsene bis 25 Jahre ihre Fragen an die Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga auf engage.ch posten. Eine Auswahl der Fragen wurde der Bundespräsidentin von den Jugendlichen selbst im Rahmen einer simulierten Pressekonferenz in Bern gestellt. Die Auswahl der Fragen wurde durch das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) getroffen. Dabei orientierte es sich unter anderem auch an der Möglichkeit der jungen Menschen, an der Pressekonferenz teilzunehmen. Die Fragen und die jeweiligen Antworten wurden anschliessend zu Videos zusammengeschnitten und auf der Webseite⁸ von engage.ch sowie auf sozialen Medien veröffentlicht.

⁸ Verfügbar unter <https://www.engage.ch/schweiz/news/frag-die-bundespraesidentin-die-fragen-und-antworten-im-video-format> (zuletzt besucht am 07.04.2021).

- **Die Schweiz updaten!:** Die nationale Kampagne «Die Schweiz updaten!» bot Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis 25 Jahre im Jahr 2020 die Möglichkeit, ihre Ideen zur Digitalisierung in die nationale Politik einzubringen. Alle eingegangenen Anliegen wurden von den Jugendlichen zusammen mit Nationalrätinnen und -räten der parlamentarischen Gruppe für digitale Nachhaltigkeit im Rahmen eines digitalen Events diskutiert.
- **Jugendumfragen in Gemeinden/Regionen:** Gemeinden und Jugendparlamente haben die Möglichkeit, in Zusammenarbeit mit engage.ch eine Jugendumfrage durchzuführen. Darin werden die Bedürfnisse nach Mitsprache und Engagement der jungen Bewohnerinnen und Bewohner erhoben. Im Rahmen dieser Jugendumfragen wurden im Jahr 2020 auch die Anforderungen und Erwartungen der jungen Menschen an digitale Partizipationsplattformen abgefragt, was die Datengrundlage für die zweite Fragestellung dieser Studie darstellt. In der Regel finden diese Jugendumfragen im Rahmen eines engage-Prozesses statt. Das bedeutet, dass neben der Jugendumfrage die Möglichkeit besteht, dass die Jugendlichen und jungen Erwachsenen ihre Anliegen und Ideen für ihre Gemeinde oder Region auf einem Onlinekanal von engage.ch posten können. Die Anliegen werden an einem engage-Event von jungen Menschen zusammen mit lokalen Politikerinnen und Politikern diskutiert. Einige Anliegen werden zu konkreten Projekten weiterentwickelt und zusammen mit interessierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen umgesetzt. Am Ende des engage-Prozesses steht die Entwicklung von nachhaltigen Strukturen zur Förderung der Jugendpartizipation. Der engage-Prozess wird von einer lokalen Begleitgruppe organisiert, an welcher immer auch Jugendliche und junge Erwachsene teilhaben.

2.3. (Digitale) politische Partizipation

Eine Herausforderung bei der Definition politischer Partizipation ist, dass politische Aktivitäten einem ständigen Wandel unterworfen sind. Aus diesem Grund entwickelte van Deth eine «conceptual map», eine Art Entscheidungsbaum zur Einordnung von Aktivitäten als politisch oder nicht (van Deth 2014). Da es in dieser Studie um digitale politische Partizipation geht, also einem Bereich der politischen Partizipation, der aufgrund technologischer Entwicklungen einer besonders raschen Veränderung unterworfen ist, ist die Anwendung der dynamischen Definition von politischer Partizipation gemäss van Deth

zu bevorzugen. So besteht die Möglichkeit, dass Dinge in Zukunft zu unserem politischen Alltag gehören, die wir uns heute noch gar nicht vorstellen können. Im Folgenden wird die «conceptual map» von van Deth erläutert.

In einem ersten Schritt formuliert van Deth vier Fragen, welche eine Aktivität gemäss einer minimalistischen Definition von politischer Partizipation als politisch definiert (van Deth 2014: 351–352):

1. Bei der Sache, die man betrachtet, muss es sich um eine Aktivität handeln. Fernzuschauen, Websites zu besuchen oder zu sagen, dass man politisch interessiert ist, ist noch keine Aktivität.
2. Die Aktivität muss von den Menschen in ihrer Rolle als Bürgerinnen oder Bürger ausgeführt werden, also nicht von professionellen Lobbyistinnen oder Lobbyisten respektive Politikerinnen oder Politikern.
3. Die Aktivität muss freiwillig erfolgen, das heisst, sie darf nicht gesetzlich oder durch Androhung von Gewalt erzwungen werden.
4. Die Aktivität muss in der Sphäre der öffentlichen Hand oder der Regierung, von politischen Prozessen oder dem Staat stattfinden.

Wenn der letzte Punkt nicht zutrifft, kann eine Aktivität trotzdem als politische Partizipation verstanden werden, wenn sie auf diese Sphäre abzielt oder aber wenn sie zum Ziel hat, Probleme in der Gemeinschaft zu lösen. In diesem Fall wird von zwei Formen der «targeted political participation» gesprochen. Als letzter Faktor, der politische Partizipation als solche einordnen kann, wird danach gefragt, ob eine (politische) Aktivität zum Ausdruck politischer Ziele genutzt wird. Wenn ja, dann wird von «motivational political participation» gesprochen (van Deth 2014: 354–360).

Das Einreichen eines Anliegens auf einer digitalen Partizipationsplattform, politische Posts oder Diskussionen auf sozialen Netzwerken, digitales Wählen und Abstimmen, digitale Informationsbeschaffung zu politischen Themen, Onlinedeliberationsplattformen ... «Die eine» digitale Partizipation gibt es nicht. Genauso wie die analoge Partizipation sollte die digitale Partizipation daher nicht als eindimensionales Konzept begriffen, sondern in die verschiedenen Aktivitäten, welche sie umfasst, aufgeschlüsselt werden (Vissers und Stolle 2014: 941). Gemäss dem Partizipationsverständnis dieser Studie wird eine Aktivität, on- oder offline, als politische Partizipation eingeordnet, wenn sie die Kriterien einer der Definitionen von politischer Partizipation der «conceptual map» von van Deth erfüllt.

Bei der Einordnung gewisser digitaler Aktivitäten in die Karte von van Deth sind einige Besonderheiten zu beachten. Besonders bei Aktivitäten, die sehr wenig zeitliche Ressourcen benötigen, kann kritisiert werden, dass diese lediglich einen «feel-good»-Onlineaktivismus darstellen, der keinerlei politische oder soziale Auswirkungen hätte.⁹ In diesem Fall wird der Begriff «Slacktivism» verwendet, ein Schachtelwort aus dem Englischen «slacker» für Faulenzerin oder Faulenzer und «activism», also Aktivismus. Typische Beispiele für «Slacktivism» sind die Nutzung eines politischen Filters (z.B. Regenbogenfahne) für das Social-Media-Profilbild, das Liken eines politischen Posts oder der Beitritt zu einer politischen Gruppe auf Facebook. Kritisiert werden bei solchen Aktionen neben den tiefen Kosten der Beteiligung (finanziell und zeitlich) der rein symbolische Aspekt einer Handlung und das Risiko, dass man zwar denkt, man habe politisch gehandelt, obwohl kaum eine oder gar keine Wirkung mit dieser Handlung erzielt wurde (Theocharis 2015: 8). Den Vertreterinnen und Vertretern des «Slacktivism» kann jedoch entgegengehalten werden, dass keine der traditionellen Definitionen von politischer Partizipation Aktivitäten rein aufgrund ihrer Kosten, ihrer symbolischen Natur oder ihrer geringen Wirkung als unpolitisch einstuft, solange die anderen Definitionskriterien erfüllt sind (Theocharis 2015: 8). Trotzdem kann argumentiert werden, dass beispielsweise das Liken eines Spendenaufrufs für eine Wahlkampagne auf Facebook gemäss der Definition von Van Deth nicht als politische Partizipation eingestuft werden kann. Der Grund hierfür sind jedoch nicht die geringen Kosten der Aktivität, sondern, dass man mit dem Liken lediglich seine Meinung ausdrückt, eine Handlung, die aber noch nicht zu einer Aktivität gemäss der Klassifizierung von van Deth qualifiziert (Theocharis 2015: 8). Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass «Slacktivism» nicht per se keine politische Partizipation darstellt. Entscheidend ist eine sorgfältige Einordnung von Handlungen in den Fragekatalog von van Deth.

Wird diese Diskussion auf die Nutzung von engage.ch angewendet, so kann das Einreichen eines Anliegens auf der Plattform engage.ch als «targeted political participation» eingeordnet werden. Es handelt sich dabei um eine Aktivität, welche freiwillig erfolgt und von Menschen in ihrer Rolle als Bürgerinnen und Bürger getätigt wird. Das Einreichen des Anliegens findet zwar ausserhalb institutioneller politischer Prozesse statt, doch das Ziel ist es, einen institutionellen politischen

⁹ Website von Foreign Policy. The brave new world of slacktivism. <https://foreignpolicy.com/2009/05/19/the-brave-new-world-of-slacktivism/> (zuletzt besucht am 15.02.2021).

Prozess auszulösen. Das reine Einreichen eines Anliegens weist kaum Kosten auf und hat auch noch kaum eine Wirkung. Hier könnte also, obwohl die Aktivität als politische Partizipation eingestuft wird, «Slackivism» vorgeworfen werden. Der Partizipationsprozess von engage.ch ist jedoch an dieser Stelle noch nicht abgeschlossen, da auf der Onlineplattform nur dann Anliegen eingereicht werden können, wenn im Hintergrund ein begleitender Prozess läuft. Möchte man ein Anliegen umsetzen bzw. bei der Umsetzung mitwirken, geht dies mit einem erhöhten zeitlichen Aufwand, sprich höheren Kosten, einher. Dafür kann damit auch eine messbare Wirkung erzielt werden, beispielsweise wird basierend auf einem Anliegen ein offener Jugendraum in einer Gemeinde eingerichtet. Entsprechend kann bei der Nutzung von engage.ch nicht von «Slackivism» gesprochen werden.

In den letzten Abschnitten wurde das Partizipationsverständnis, das dieser Studie zugrunde liegt, ausführlich diskutiert. Was noch fehlt, ist eine Einordnung des Einreichens eines Anliegens auf engage.ch in bestehende Kategorisierungen digitaler Partizipation. Eine solche Kategorisierung digitaler Partizipation findet sich bei Aichholzer und Rose. In Anlehnung an den «Policy Cycle» unterscheiden sie drei grundlegende Formen digitaler Partizipation, nämlich «Monitoring», «Agenda Setting» und «Decision-making» (Aichholzer und Rose 2020: 94). Das Monitoring umfasst die Überwachung und Kontrolle politischer Prozesse, von Akteurinnen und Akteuren sowie von Entscheidungen, indem die relevanten Informationen digital zugänglich gemacht und Beratungen und Diskussionen ermöglicht werden. Das Agenda Setting startet auch mit der Zugänglichkeit der relevanten politischen Informationen und einer Diskussion politischer Themen. Allerdings ist diese Kategorie um Aktivitäten wie die Mobilisierung für politische Projekte sowie die Einreichung formaler Anfragen an Regierungsinstitutionen erweitert. Schliesslich umfasst die Kategorie der Entscheidungsfindung das Einbringen von Inputs in Bezug auf politische Entscheidungen, die Prioritätensetzung bei Budgetentscheiden sowie digitales Abstimmen (Aichholzer und Rose 2020: 94). Ähnlicher Kategorien bedient sich auch das Civic-Tech-Ökosystem, welches in Zusammenarbeit des DSJ mit Rolf Rauschenbach von Procivis AG entstanden ist. Unterschieden werden Civic-Tech-Tools der Kategorien Information, Agenda Setting, Deliberation, Entscheidung und Projektplattformen.¹⁰ Nicht mit Kategorien, sondern mit

¹⁰ Website des DSJ. Rückblick Civic Tech-Konferenz 2020. <https://www.dsj.ch/veranstaltungen/fachveranstaltungen/civic-tech-konferenz/> (zuletzt besucht am 16.01.2021).

einem Spektrum arbeiten Lewandowsky, Similie, Garcia, Hertwig, Weatherall, Edigy, Robertson, O'Connor, Kozyreva, Lorenz-Spreen, Blaschke und Leiser. Dieses Spektrum zeigt auf, wie direkt politische Entscheidungsträgerinnen und -träger sowie politische Entscheidungen beeinflusst werden können. Eingeordnet werden Online- wie auch Offlineaktivitäten (Lewandowsky et al. 2020: 73).

Sowohl in der Kategorisierung von Aichholzer und Rose wie auch im Civic-Tech-Ökosystem ist die Onlineplattform engage.ch der Kategorie des Agenda Settings zuzuordnen. Mit dem Agenda Setting werden Inhalte oder der Ablauf der politischen Tagesordnung bestimmt, entweder, indem dafür gesorgt wird, dass ein bestimmtes Thema behandelt wird, oder aber, indem verhindert wird, dass bestimmte Entscheidungen getroffen werden (Schubert 2002: 5). Wie in Kapitel 2.2 genauer erläutert, bietet die Onlineplattform jungen Menschen die Möglichkeit, ihre Ideen und Anliegen für ihre Gemeinde, ihre Region oder die Schweiz einzureichen. Manche dieser Ideen werden von den Politikerinnen und Politikern der entsprechenden föderalen Ebene aufgenommen und in den politischen Prozess eingebracht. Die Jugendlichen haben also die Möglichkeit, ein Thema auf die Agenda der Politikerinnen und Politiker zu setzen.

Abschliessend ist das Verhältnis von Online- zu Offlinepartizipation zu betrachten. Dieses nimmt drei Formen an: Für manche Offlineaktivitäten gibt es das entsprechende Onlineäquivalent, beispielsweise für politischen Konsum oder das Unterzeichnen von Petitionen. Diese Aktivitäten funktionieren online ungefähr gleich wie offline (Vissers und Stolle 2014: 938, Theocharis 2015: 2). In gewissen Fällen werden die analogen Partizipationsformen durch ihre digitalen «Zwillinge» verdrängt, beispielsweise kontaktiert kaum mehr jemand Politikerinnen und Politiker per Post oder Telefon, sondern die Kommunikation läuft mehrheitlich digital ab (per E-Mail oder über soziale Netzwerke) (Vissers und Stolle 2014: 938). Und schliesslich entstehen komplett neue Formen der Partizipation, welche keine Offlineäquivalente aufweisen (Vissers und Stolle 2014: 938, Theocharis 2015: 2), so zum Beispiel digitale Partizipationsplattformen wie Decide Madrid¹¹, vTaiwan¹² oder auch engage.ch.

¹¹ Website von Decide_Madrid. Startseite. <https://decide.madrid.es/> (zuletzt besucht am 14.12.2020).

¹² Website von vTaiwan. Startseite. <https://vtaiwan.tw/> (zuletzt besucht am 14.12.2020).

3. Theorie

In der Literatur finden sich vor allem zur ersten Fragestellung dieser Arbeit, also der Frage nach dem Profil der Nutzerinnen und Nutzer, theoretische Vorüberlegungen. Zur zweiten und dritten Fragestellung, also den Fragen nach den Anforderungen und Erwartungen der Nutzerinnen und Nutzern sowie einer möglichst zugänglichen Gestaltung, gibt es zwar praktische Untersuchungen, weniger aber Theorien darüber, die für die Beantwortung der Fragestellungen hilfreich sein könnten. Aus diesem Grund widmet sich Kapitel 3 lediglich der Frage, wer digital partizipiert. Hierbei muss vorausgeschickt werden, dass die Frage, wer sich generell, also nicht nur digital, politisch beteiligt, Gegenstand zahlreicher Studien ist. Die bestehende Forschung zeigt, dass es in Bezug auf die politische Partizipation Gräben entlang soziodemografischer Merkmale wie dem Geschlecht, dem Alter, dem Bildungsniveau oder dem Migrationshintergrund gibt. So partizipieren vor allem die besser gebildeten, älteren, männlichen Bürger mit hohem Einkommen (Schlozman et al. 2010: 486, Pfanzelt und Spies 2019: 34, Schöttle 2019: 41). Problematisch ist dies angesichts der Tatsache, dass in einer Demokratie staatsbürgerliche Gleichheit herrschen sollte. Bestehen Ungleichheiten bei der politischen Partizipation, so kann der Anspruch, dass gleich starke Interessen auch gleichermassen bei politischen Entscheidungsfindungen berücksichtigt werden, nicht erfüllt werden (Krell et al. 2012: 14).

Die Frage, ob die Digitalisierung diese bestehenden Gräben in der Partizipationsbereitschaft schliessen kann, spaltet die Literatur. Während die einen eine Chance zur Überwindung dieser Gräben im Internet sehen, glauben die anderen, dass die Gräben online wie offline bestehen bleiben oder sich gar noch weiter vertiefen (Norris 2001: 97–98, Boulianne 2009: 194; Chadwick und Anstead 2009: 58, Schlozman et al. 2010: 488–489). Die Rede ist auch von «cyber-optimists» und «cyber-pessimists» (Norris 2001: 11). Im Folgenden werden die wichtigsten Erklärungsansätze beider Perspektiven, also der optimistischen wie auch der pessimistischen, dargelegt.

3.1. Digitalisierung: Optimismus

Auf der einen Seite stehen die Erklärungsansätze, welche in der Digitalisierung eine Chance sehen. So beschreiben diese Ansätze, dass sich auch Gruppen, welche sich bisher weniger an politischen Prozessen beteiligen, mehr engagieren. Häufig genannt wird in dieser Strömung die Mobilisierungsthese (im Original: mobilization hypothesis), welche auf Norris zurückzuführen ist. Diese besagt, dass das Internet zur Mobilisierung neuer Gruppen beiträgt, indem es Personen, die zurzeit vom politischen System ausgeschlossen werden, darin unterstützt, sich zu informieren, organisieren und engagieren. Dies sind beispielsweise junge Menschen, Personen, die in isolierten, peripheren Gemeinden leben oder politische Minoritäten, die vom traditionellen System benachteiligt werden (Norris 2001: 218). Physische Ressourcen verlieren online an Relevanz. Diese reduzierten Kosten der Informationsbeschaffung und Kommunikation können existierende Hürden in der politischen Partizipation beseitigen. Zudem erlaubt das Internet wechselseitige Kommunikation, was die Verbindung zwischen Bürgerinnen und Bürgern und anderen Akteurinnen und Akteuren, wie politischen Parteien, sozialen Bewegungen, Medien und Verwaltungs- sowie Regierungsvertreterinnen und -vertretern, stärken kann. Schliesslich nimmt die Wichtigkeit von Alter, Geschlecht, sozialem Status und Bildung ab, da man online anonym partizipieren kann (Norris 2001: 218, Jensen 2013: 3–4). Die «cyber-optimists» erhoffen sich dadurch, dass Einschränkungen der repräsentativen Demokratie überwunden werden können und eine breitere Partizipation in der direkten Demokratie ermöglicht wird (Norris 2001: 236).

Ähnlich kann argumentiert werden, wenn man sich des Erklärungsansatzes von Brady, Verba und Schlozman bedient. Sie sagen, dass sich Menschen aus drei Gründen nicht engagieren: Weil sie nicht können, nicht wollen oder weil sie niemand gefragt hat (Brady, Verba und Schlozman 1995: 271). Partizipation wird demnach erschwert, wenn jemandem Zeit, Geld oder Fähigkeiten fehlen (er/sie kann nicht), wenn jemand aufgrund politischen Desinteresses oder fehlenden Wissens nicht motiviert ist (er/sie will nicht) oder wenn jemand nicht mobilisiert wird (er/sie wurde nicht gefragt) (Schlozman et al. 2010: 488). Das Internet kann diese Barrieren beeinflussen. Politisches Engagement ist neu zu jeder Zeit und an jedem Ort möglich, was die Kosten der Partizipation senkt. Weiter erleichtert das Internet die Formierung politischer Gruppierungen, da auch Menschen vereint werden können, die geografisch weit voneinander entfernt sind. Das Internet bietet zudem eine Fülle an politischer Information, Interaktionsmöglichkeiten und Diskussion. Und wer politisch informiert ist, ist auch eher politisch interessiert und nimmt somit eher an der Politik teil.

Schliesslich wird durch das Internet die Mobilisierung für politische Zwecke erleichtert. Auch Kandidierende, Parteien und politische Organisationen können von den tiefen Kosten der Kommunikation mit vielen Menschen, unabhängig ihres Wohnorts, profitieren und Sympathisantinnen und Sympathisanten gewinnen sowie Anhängerinnen und Anhänger rekrutieren (Schlozman et al. 2010: 489).

3.2. Digitalisierung: Skepsis

Der optimistischen Sichtweise auf die Auswirkungen der Digitalisierung hinsichtlich der politischen Partizipation steht eine skeptischere Perspektive gegenüber, welche in verschiedenen Theorien bzw. Erklärungsansätzen manifestiert wird. Bei Norris ist die Gegenspielerin zur Mobilisierungsthese die Verstärkungsthese (im Original: reinforcement hypothesis) (Norris 2001: 218). Diese besagt, dass die Digitalisierung vor allem die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger verstärkt, welche sowieso schon aktiv sind, beispielsweise Journalistinnen und Journalisten, Lobbyistinnen und Lobbyisten, Parteimitglieder und Aktivistinnen und Aktivisten (Norris 2001: 218). Dadurch, dass das Internet vor allem den Aktivismus der Aktiven vereinfacht, besteht die Gefahr, dass sich die sozialen Lücken, die in der politischen Partizipation bereits vorhanden sind, vergrössern (Norris 2001: 238, Schöttle 2019: 150). Schlozman et al. bauen auf Norris' Argumentation auf und stellen eine Gegenthese zu ihrem Punkt, welcher unter 3.1 erläutert wurde, auf. Analog zu Norris sagen sie, dass das Internet die politische Aktivität möglicherweise nicht erhöht, sondern sie lediglich neu verpackt, sprich dass Menschen, die sich sowieso beteiligen würden, dies neu online tun (Schlozman et al. 2010: 489). Andere Begriffe für ein ähnliches Phänomen nutzen Chadwick und Anstead sowie Althaus und Tewksbury. Erstere verweisen auf die Normalisiererinnen und Normalisierer (im Original: normalizers), gemäss derer politische Beziehungen und Machtverteilungen online repliziert werden (Chadwick und Anstead 2009: 58). Letztere stellen die Ersatzthese (im Original: replacement hypothesis) auf, die besagt, dass das Internet dazu führt, dass alte Medien durch neue ersetzt werden (Althaus und Tewksbury 2000: 24). Entsprechend werden auch konventionelle Partizipationsformen durch das Internet ersetzt (Schöttle 2019: 147), was bedeutet, dass sich an den bestehenden Partizipationsmustern nichts ändert.

All diese verschiedenen Hypothesen lassen sich den «cyber-pessimists» zuordnen. Norris führt noch genauer aus, was diese pessimistische Sichtweise konkret bedeutet: Trotz des Potenzials neuer Technologien widerspiegelt die virtuelle Welt den Status Quo der Politik. Das heisst, dort dominieren die gleichen Akteu-

rinnen und Akteure, Aktivitäten und Abläufe wie offline. Anstelle der Schaffung neuer Möglichkeiten für deliberative und partizipative Politik überwiegen die etablierten Interessen. Konkret heisst dies, dass Parteien und Kandidierende das Internet nutzen, um ihre Ansichten zu verbreiten, ihre Unterstützung zu vergrössern und um Spenden zu sammeln. Parlamente und Regierungen stellen offizielle Dokumente online und sparen so Material- und Versandkosten, doch gleichzeitig vereinfachen sie kaum öffentliche Diskussionen oder entwickeln auch keine interaktiven «bottom-up»-Formate. Zeitungen und Magazine sind digital zugänglich, doch statt dass dadurch die Pluralität der Medien verbreitert wird, nutzen die Leute die gleichen Quellen, welche sie auch offline nutzen. Und jene, die sich digital politisch betätigen, also sich beispielsweise an digitalen Kampagnen beteiligen, Informationen einholen oder Politikerinnen und Politiker per Email kontaktieren, sind die, die sich auch im traditionellen Sinne am stärksten engagieren (Norris 2001: 236–237). Die Zunahme der politischen Partizipation bei den Personen bzw. derselben Art von Personen, die bereits aktiv sind, bedeutet also eine Replizierung oder gar Verstärkung bestehender politischer Ungleichheiten (Norris 2001: 230–231).

Die digitale Demokratie birgt zusätzlich die Gefahr, dass Menschen, die sich den Umgang mit Computern gewohnt, geschickt darin sind und einen einfachen Zugang zum Internet haben, die digitalen politischen Prozesse dominieren. Das widerspricht dem Ideal eines gleichberechtigten Einbezugs aller Bürgerinnen und Bürger (Delborne, Anderson, Kleinman, Colin und Powell 2009: 367; Smith, John, Sturgis und Nomura 2009: 4). Das Problem dieser Kluft wird in der sozioökonomischen Stratifikation begründet. Diese beeinflusst nämlich die Verteilung von langlebigen Gebrauchsgütern und die Teilnahme an anderen Formen der Informations- und Kommunikationstechnologien, on- wie auch offline (Norris 2001: 234). Es wird auch zwischen einer Kluft der ersten und der zweiten Ordnung (im Original: first-level und second-level divide) unterschieden. Während die Kluft der ersten Ordnung, welche durch einen unterschiedlichen Zugang zum Internet entsteht, mit dem Fortschreiten der Digitalisierung eher in den Hintergrund gerückt ist, so befassen sich neuere Arbeiten vor allem mit der Kluft der zweiten Ordnung, welche beispielsweise durch die Internetgeschwindigkeit, die Art der Nutzung oder die Fähigkeiten im Umgang mit dem Internet entsteht (Elliott und Earl 2018: 702).

Nachdem in diesem Kapitel die theoretische Diskussion um das Mobilisierungspotenzial digitaler Partizipationsformen zusammengefasst wurde, werden im folgenden Kapitel die empirischen Belege für die diskutierten Theorien dargestellt sowie der Forschungsstand für die Beantwortung der Frage nach der konkreten Ausgestaltung digitaler Partizipationsplattformen aufgearbeitet.

4. Forschungsstand

Die vorliegende Studie möchte verschiedene Fragestellungen beantworten. Sie untersucht einerseits, wer digitale Partizipationsplattformen nutzt, andererseits, welche Anforderungen Jugendliche an diese haben und wie sie zugänglicher gestaltet werden können, um einen möglichst grossen Personenkreis anzusprechen. Entsprechend ist auch der für diese Studie relevante Forschungsstand zweigeteilt. In Kapitel 4.1 werden jene Studien vorgestellt, welche sich mit dem Profil der Nutzerinnen und Nutzer digitaler Partizipation auseinandergesetzt haben. In Kapitel 4.2 geht es um die konkrete Ausgestaltung digitaler Partizipationsplattformen.

4.1. Profil der Nutzerinnen und Nutzer

Wie das Kapitel 3 zeigt, gibt es verschiedene Hypothesen, ob und wie Gruppen, welche erfahrungsgemäss weniger politisch aktiv sind, durch das Internet politisch mobilisiert werden können. Für alle diese Erklärungsansätze finden sich auch empirische Belege. Die Kapitel 4.1.1 und 4.1.2 geben eine Übersicht über die bestehende Forschung.

4.1.1. Teilweise Mobilisierung neuer Gruppen

Eine erste Gruppe von Studien findet Belege für eine teilweise mobilisierende Wirkung des Internets. Das bedeutet, dass die digitale Partizipation einerseits Personen erreicht, welche typischerweise weniger politisch partizipieren, beispielsweise junge Menschen, Frauen oder Menschen mit tieferem Bildungsniveau (vgl. Kapitel 3). Gleichzeitig fördert sie aber auch die Beteiligung der Menschen, welche sowieso schon politisch aktiv sind. Diese Studien lassen sich in verschiedene Gruppen unterteilen.

Eine erste Gruppe von Autorinnen und Autoren vergleicht verschiedene Gruppen von (Nicht-)Partizipierenden, also beispielsweise Leuten, die sich nicht politisch beteiligen, die sich online beteiligen oder die sich sowohl on- wie auch offline beteiligen (Nam 2011, Vissers und Stolle 2014, Leyva 2016). Die Studien zeigen, dass sich die Personen, welche digital partizipieren, in ihren soziodemografischen Merkmalen nicht signifikant von den nicht-partizipierenden Personen

unterscheiden bzw. dass Onlinepartizipation die dominante und meist einzige Partizipationsform unter den Personen ist, welche sich erfahrungsgemäss weniger engagieren. Dies ist ein Hinweis darauf, dass das Internet Personen mobilisieren kann, welche sich sonst nicht beteiligen würden (Nam 2011: S96, Vissers und Stolle 20014: 949, Leyva 2016: 11; 15). Gleichzeitig finden diese Studien aber auch Belege für die Verstärkungsthese, die besagt, dass die Digitalisierung die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger verstärkt, welche sowieso schon politisch aktiv sind. So zeigen die Studien, dass sich die Befragten, welche offline aktiv sind, auch online beteiligen. Diese Gruppe von Menschen, die online und offline partizipieren, unterscheidet sich entlang der typischen soziodemografischen Ausprägungen von den Nicht-Partizipierenden (Nam 2011: S95–S96, Vissers und Stolle 2014: 950, Leyva 2016: 15).

Eine zweite Gruppe von Studien liefert ähnliche Erkenntnisse. Auch sie finden mobilisierende und verstärkende Effekte, sie vergleichen jedoch dafür nicht Partizipationsgruppen, sondern betrachten lediglich verschiedene soziodemografische Einflussfaktoren (Best und Krueger 2005, Schlozman et al. 2010, Hirzalla, van Zoonen und de Ridder 2011, Carlisle und Patton 2013, Jensen 2013, Oser, Hooghe und Marien 2013, Feezell 2016, Hoffman und Lutz 2019). Eine deutliche Mehrheit dieser Studien zeigt, dass sich der Faktor «Alter» in der digitalen Partizipation nicht so verhält, wie es die bisherige Partizipationsforschung erwarten lässt. Diese besagt, dass die Bereitschaft, sich politisch zu beteiligen, mit steigendem Alter tendenziell zunimmt. Die Studien im digitalen Bereich zeigen aber, dass das Internet es schafft, junge Menschen zu mobilisieren, so dass diese mit grösserer Wahrscheinlichkeit digitale Partizipationsformen nutzen als ältere Generationen. Abgesehen davon replizieren sich bestehende Muster in den Profilen der Partizipierenden hinsichtlich ihrer soziodemografischen Merkmale, jedoch mit einigen Ausnahmen hinsichtlich des Geschlechts (Hirzalla et al. 2011: 11, Carlisle und Patton 2013: 892, Oser et al. 2013: 91), des Einkommens (Feezell 2016: 495), des Bildungsniveaus (Hirzalla et al. 2011: 11) oder des Einkommens der Eltern und der Ethnizität (Carlisle und Patton 2013: 892).

Eine letzte Gruppe von Studien betrachtet das Umfeld, in welchem digitale Partizipationsprozesse durchgeführt werden. Die Studien zeigen, dass dieses Umfeld ein Faktor ist, welcher die Mobilisierung neuer Gruppen beeinflussen kann. So kann der Einbezug von Schulen im Rahmen digitaler Partizipationsprozesse bei jungen Menschen einen wichtigen Erfolgsfaktor darstellen. Wenn das Thema in der Schule aufgenommen wird, kann dies die Partizipation stimulieren und es kann dazu führen, dass eine Plattform auch von Eltern ernster genommen wird. Zudem können so möglichst viele Schülerinnen und Schüler erreicht werden

(Zimmermann 2016: 7). Dies nimmt wiederum auf, wie Kapitel 3.1 erklärt, dass Menschen angefragt werden müssen, damit sie sich politisch engagieren (Brady et al. 1995). Dies wurde durch verschiedene Studien bestätigt (Vissers, Hooghe, Stolle und Mahéo 2012: 152). Ebenfalls einen positiven Einfluss auf den Outcome eines Partizipationsprozesses kann eine pädagogische oder technische Begleitung durch Expertinnen und Experten haben. Dabei gilt jedoch aufzupassen, dass die Expertinnen und Experten die jungen Partizipierenden nicht einschüchtern (Rexhepi et al. 2017: 12). Eine Mobilisierung kann neben der Schule auch über andere Offline-Massnahmen erfolgen. Eine weitere Möglichkeit ist die Streuung einer digitalenpartizipationskampagne per Brief (van den Berg, Giest, Groeneveld und Kraaij 2020). Generell zeigen diese Studien, dass eine Kombination von On- und Offlinemassnahmen zum Erreichen von möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern eine vielversprechende Strategie für eine möglichst breite Nutzung neuer Partizipationstechnologien darstellt.

4.1.2. Reproduktion bestehender Partizipationsmuster

Der ersten Gruppe, welche gewisse Mobilisierungseffekte durch das Internet beobachtet, steht eine zweite Gruppe von Studien gegenüber. Diese zeigt, dass durch das Internet bestehende Partizipationsmuster nicht überwunden bzw. in gewissen Fällen sogar verstärkt werden (Norris 2001, Di Gennaro und Dutton 2006, Vromen 2007, Banaji und Buckingham 2010, Büchi und Vogler 2017, Mahmood, Bhutta und ul Haq 2018). Hinzu kommen die in Kapitel 4.1.1 bereits erwähnten Studien, welche zwar einen Mobilisierungseffekt bei der jungen Generation beobachten, sonst aber ebenfalls eine Verstärkung der bestehenden Determinanten politischer Partizipation feststellen (Best und Krueger 2005, Schlozman et al. 2010, Hoffman und Lutz 2019).

Wie in Kapitel 3.2 beschrieben, beeinflussen der Zugang zum Internet und die Fähigkeiten im Umgang mit dem Internet die digitale Partizipation massgeblich. Im Jahr 2001 beschrieb Norris den «digital divide», also die digitale Kluft einerseits zwischen verschiedenen Ländern, andererseits auch innerhalb von Ländern zwischen Menschen mit unterschiedlichem Zugang zu neuen Technologien (Norris 2001: 233–234). Seit dieser ersten prominenten Erwähnung des «digital divide» ist viel geschehen. Der Zugang zum Internet als Einflussfaktor auf die digitale Partizipation, also die Kluft erster Ordnung (vgl. Kapitel 3.2), ist eher in den Hintergrund gerückt. In neueren Arbeiten stehen andere Dinge wie die Internetgeschwindigkeit, die verschiedenen Nutzungsarten des Internets (Kapitalsteigerung oder Erholung), die Fähigkeiten im Umgang mit dem Internet und die

Nutzungshäufigkeit im Fokus, was sich in der Kluft zweiter Ordnung manifestiert (vgl. Kapitel 3.2) (Elliott und Earl 2018: 702). Beispielsweise gibt es Hinweise darauf, dass Menschen mit tieferem sozioökonomischem Hintergrund das Internet weniger nutzen und auch über weniger Breitband-Internetzugang verfügen (Schlozman et al. 2010: 503). Zudem können die Erfahrung und die Fähigkeiten im Umgang mit dem Internet die digitale Partizipation beeinflussen (Büchi und Vogler 2017: 9, Earl und Elliott 2018: 714).

4.2. Anforderungen an digitale Partizipationsplattformen

Zur Frage, was die Anforderungen junger Menschen an digitale Tools sind, liefern verschiedene Autorinnen und Autoren erste Antworten (Raynes-Goldie und Walker 2008, Banaji und Buckingham 2010, Cajacob 2014, Pietilä, Varsuoluoma und Väänen 2019).

Eine Funktion, die von jungen Menschen geschätzt wird, die sich für staatsbürgerliche, gemeinschaftliche oder aktivistische Angelegenheiten interessieren, ist das Internet als Informationsquelle für Anlässe, die Vernetzung mit ähnlich gesinnten Peers und die Möglichkeiten zur Mobilisierung anderer (Raynes-Goldie und Walker 2008: 170). Wichtig ist auch hier eine Kombination der digitalen mit der analogen Welt, wobei das Internet als Hilfe zur Mobilisierung für Offlineanlässe und Aktivitäten genutzt wird (Raynes-Goldie und Walker 2008: 171). Entsprechend wird die Onlinepartizipation von jungen Menschen oftmals nicht als separate Sphäre verstanden, sondern sie wird mit der Offlinepartizipation kombiniert (Banaji und Buckingham 2010: 20).

Ein weiterer Erfolgsfaktor für die Nutzung von digitalen Partizipationsplattformen ist, dass das staatsbürgerliche Engagement die jungen Menschen unmittelbar betrifft. Selbst die am besten gestaltete und finanzierte Website wird nicht genutzt, wenn ein aktuelles Problem bzw. ein sozialer oder politischer Kontext fehlen. Dies gilt nicht nur für die Online-, sondern auch für die Offlinepartizipation. Zudem ist wichtig, dass sowohl ein Peer-to-peer-Austausch wie auch ein Austausch mit den Entscheidungsträgerinnen und -trägern stattfindet. Findet kein solcher statt, kann dies junge Menschen davon abhalten, sich online zu engagieren. Dies, weil so das Gefühl entsteht, dass das Engagement keine Wirkung zeigt (Banaji und Buckingham 2010: 20). Visuelle Indikatoren auf der Plattform oder Belohnungen tragen dazu bei, dass die Wirkung ihrer eigenen Aktivitäten für junge Menschen sichtbar wird (Pietilä et al. 2019: 469).

Ein Risikofaktor von digitalen Partizipationsplattformen ist deren Anfälligkeit für Spam und Hasskommentare (Banaji und Buckingham 2010: 19, Pietilä et al. 2019: 468). Es muss daher ein sicheres Umfeld für die Partizipation junger Menschen im Internet geschaffen werden. Das bedeutet einerseits, dass Diskussionen klar geregelt und gut moderiert werden, so dass unangemessenes Verhalten oder Spam verhindert werden können. Andererseits muss das Umfeld bedienungsfreundlich sein und auch Erstnutzende müssen sich gut zurechtfinden (Pietilä et al. 2019: 468).

Die Bedienungsfreundlichkeit ist ein wichtiger Punkt in allen Studien: Die Plattformen sollen zweckgemäss sein. Der Einbezug der neusten Features und Spielereien kann eine Website zwar gut aussehen lassen, doch es macht sie nicht unbedingt bedienungsfreundlicher (Banaji und Buckingham 2010: 20). Wichtig ist, dass eine Website einfach zu benutzen ist, ansprechend aussieht und die Nutzerinnen und Nutzer ihre Ziele einfach erreichen können (Raynes-Goldie 2008 und Walker: 176).

Weiter sollte eine Plattform einen einfachen Zugang zu ansprechend aufbereiteten Informationen bieten und diese sollten nach den eigenen Interessen gefiltert werden können. Dies, weil fehlende Informationen für viele eines der Haupthindernisse für Partizipation darstellen. Zudem muss es eine Plattform schaffen, dass sie den verschiedenen Ansprüchen, welche junge Menschen an digitale Partizipation haben, gerecht wird. Die einen möchten nur wenig Zeit und Aufwand für die digitale Partizipation aufbringen, andere sind motiviert, sich tiefer in die Themen einzulesen. Eine digitale Plattform sollte Raum für beides bieten und es ermöglichen, dass sich jene Personen vernetzen können, welche ähnliche Vorstellungen von ihrem Engagement haben. Jedoch sollte vermieden werden, dass die Jungen sich nur in ihren Filterblasen bewegen (Pietilä 2019: 468–469).

In Hinblick auf die Schaffung der Plattform engage.ch wurden 2014 Jugendliche und junge Erwachsene konkret danach befragt, was eine Plattform, auf der Anliegen und Ideen eingebracht werden können, erfüllen muss. Fast die Hälfte aller Befragten war der Meinung, dass die Plattform auch als App verfügbar, die Anonymität gewährleistet sein und dass man sich mit anderen Jugendlichen austauschen können sollte (Cajacob 2014: 97).

Die erwähnten Erkenntnisse stammen alle aus Studien, die die Bedürfnisse Jugendlicher und junger Erwachsener untersucht haben. Antworten auf die Frage, wie digitale Partizipationstools möglichst zugänglich gestaltet werden können, finden sich jedoch auch in Untersuchungen, die nicht nur die junge Generation

betrachten (Rathenau Institut 2020). Wichtig sind auch hier die Kombination von On- und Offlinetools sowie der Austausch mit politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern (Rathenau Institut 2020: 5–6). Weiter wird festgehalten, dass ein besonderer Aufwand dafür betrieben werden muss, dass die gesamte Bevölkerung digitale Partizipationsplattformen kennt und weiss, wie sie funktionieren. Diversität und eine breite Inklusion zu erreichen, wird als Herausforderung angesehen (Rathenau Institut 2020: 5). Empfohlen wird ausserdem, dass die Erwartungen an Werkzeuge der digitalen Demokratie realistisch gehalten werden und gut kommuniziert wird, was damit möglich ist und was nicht. Des Weiteren ist es wichtig, dass die Partizipationsprozesse konstant reflektiert und somit ständig angepasst und verbessert werden. Schliesslich wird darauf hingewiesen, dass man sich möglicher Sicherheitsrisiken bewusst sein muss und entsprechende Expertise im IT-Bereich aufbauen muss, wenn man solche digitalen Partizipationstools bereitstellt (Rathenau Institut 2020: 6–7).

5. Synthese der theoretischen Vorüberlegungen und Anwendung auf die Fragestellungen

Bisherige Arbeiten liefern verschiedene Hinweise darauf, wie die dieser Arbeit zugrundeliegenden Fragestellungen beantwortet werden können. Dieses Kapitel stellt eine Synthese der vorangegangenen Kapitel dar und lässt, wo möglich, die Formulierung von Erwartungen im Hinblick auf die Beantwortung der Fragestellungen zu.

Die Theorie bietet zwei Modelle, welche gegensätzliche Antworten auf die Frage liefern, wer digital partizipiert. Die «cyber-optimists» sehen eine Chance in der Digitalisierung, neue Gruppen für die politische Partizipation zu mobilisieren, indem die digitale Partizipation typische Barrieren für das politische Engagement senkt. Dank der Digitalisierung ist politisches Engagement neu zu jeder Zeit und an jedem Ort möglich, es können auf einfache Weise grosse Gruppen von Menschen unabhängig von ihrem Wohnort mobilisiert werden und Informationen sind jederzeit und in grosser Menge verfügbar. Gerade die einfachere Mobilisierung sowie die reduzierten Kosten in Bezug auf die zeitlichen und finanziellen Ressourcen haben das Potenzial, mehr Menschen zum digitalen politischen Engagement zu bewegen (Schlozman et al. 2010, 488–489). Die «cyber-pessimists» hingegen gehen davon aus, dass durch die Digitalisierung lediglich konventionelle Partizipationsformen durch das Internet ersetzt werden. Das bedeutet, dass Menschen, die sich sowieso beteiligen würden, dies neu einfach online erledigen. Die Zunahme der politischen Partizipation bei den bereits Engagierten bedeutet im schlimmsten Fall gar eine Verstärkung bestehender politischer Ungleichheiten (Norris 2001: 218; 230–231, Schlozman et al. 2010: 489).

In der bestehenden Forschung finden sich Belege für beide Sichtweisen. Was jedoch auffällt, ist, dass diverse Studien mobilisierende Effekte hinsichtlich des Alters finden, dass also junge Menschen mit grösserer Wahrscheinlichkeit digital partizipieren (Best und Krueger 2005, Schlozman et al. 2010, Carlile und Patton 2013, Jensen 2013, Oser et al. 2013, Feezell 2016, Hoffman und Lutz 2019). Zudem zeigen Hirzalla et al. (2011) am Beispiel von Onlinewahlhilfen, dass diese nicht nur von jungen Menschen mehr genutzt werden, sondern dass auch innerhalb der jungen Gruppe Menschen mobilisiert werden, welche sonst eine eher

tiefere Partizipationswahrscheinlichkeit haben, nämlich Frauen und Menschen mit tieferem Bildungsniveau. Wie einleitend und in Kapitel 2.3 bereits erläutert wurde, spielt die Art der digitalen politischen Partizipation eine wichtige Rolle dafür, wie mobilisierend die digitalen Partizipationsmöglichkeiten tatsächlich sind. Dasselbe gilt, wie in Kapitel 4.1.1 erklärt, für das Setting, in welchem digitale Partizipationsprozesse stattfinden. Gerade wenn die Zielgruppe eines solchen Partizipationsprozesses noch jung ist, kann sich eine Begleitung durch die Schule positiv auf die Mobilisierungskraft auswirken (Zimmermann 2016, Rexhepi et al. 2017, van den Berg et al. 2020). Zudem ermöglicht eine Begleitung des Prozesses in technischer Hinsicht, dass die digitale Kluft zweiter Ordnung im Umgang mit neuen Technologien, welche in den Kapiteln 3.2 und 4.1.2 erläutert wurde, teilweise überwunden werden kann.

Die engage-Kampagnen werden auf lokaler Ebene jeweils in enger Zusammenarbeit mit Akteurinnen und Akteuren der betroffenen Gemeinde oder Region durchgeführt. In der Regel findet eine Begleitung des Prozesses durch die Jugendarbeit, die Verwaltung oder, wenn vorhanden, das lokale Jugendparlament oder die lokale Jugendkommission statt. Auch auf nationaler Ebene wird auf eine Kombination von On- und Offlinemobilisierungsmassnahmen gesetzt, wie zum Beispiel Workshops in Partnerfirmen oder Werbung in den sozialen Medien, um möglichst viele junge Menschen direkt anzusprechen. Die Studien zum Mobilisierungspotenzial junger Menschen sowie zum Setting, in welchem Partizipationsprozesse stattfinden, lassen vermuten, dass im Kontext von engage.ch eine breite Mobilisierung aller jungen Menschen unabhängig von ihren soziodemografischen Merkmalen möglich ist. Es wird daher erwartet, dass engage.ch von allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit gleich hoher Wahrscheinlichkeit genutzt wird, unabhängig ihres Alters, Geschlechts, Bildungs- und Migrationshintergrunds, ihrer Sprache und ihres Wohnsitzes. Sollte sich diese Erwartung bewahrheiten, würde dies für die dritte Fragestellung bedeuten, dass bereits eine sehr hohe Zugänglichkeit der Plattform engage.ch besteht. Trotzdem verliert die dritte Fragestellung, also die Frage nach der möglichst zugänglichen Gestaltung der Plattform, dadurch nicht an Relevanz. Diese Erkenntnis würde erstens bestätigen, dass über die Begleitung eines digitalen Partizipationsprozesses durch die Verwaltung oder die Jugendarbeit Unterschieden in der Nutzungswahrscheinlichkeit verschiedener Gruppen entgegengewirkt wird. Zweitens soll diese Studie nicht nur für die Plattform engage.ch Handlungsempfehlungen im Hinblick auf die Zugänglichkeit formulieren, sondern für digitale Partizipationsplattformen im Allgemeinen, also auch für solche, bei denen keine so enge analoge Begleitung gegeben ist wie bei engage.ch.

Studien, die sich mit ähnlichen Fragen wie der zweiten Fragestellung nach den Anforderungen und Erwartungen, sowie der dritten Fragestellung nach der zugänglichen Gestaltung auseinandergesetzt haben, wählen dafür ein empiriegeleitetes Vorgehen. Das heisst, sie bilden ausgehend von den Daten die wichtigsten Anforderungen und Erwartungen ab. In der Regel geschieht dies anhand eines induktiven Vorgehens ohne die a priori Aufstellung von Hypothesen. Die vorliegende Studie orientiert sich für die Beantwortung der verbleibenden zwei Fragen an diesem Ansatz, unter anderem auch, weil die digitale Partizipation bzw. digitale Partizipationsplattformen so unterschiedlich ausgestaltet sind (siehe Kapitel 2.3). Durch die Jugendumfragen, die Gruppendiskussionen mit den engage-Nutzerinnen und -Nutzern sowie das Gespräch mit den Expertinnen und Experten soll herausgefunden werden, welche Ansprüche und Erwartungen junge Menschen an eine digitale Partizipationsplattform wie engage.ch haben und wie solche Plattformen möglichst zugänglich gestaltet werden können. So wird ein ergebnisoffenes Vorgehen ermöglicht, wobei die Erkenntnisse aus anderen Studien als heuristische Hilfsinstrumente dienen. Sie wurden beispielsweise für die Ausarbeitung des Fragebogens und des Leitfadens für die Gruppendiskussionen genutzt. Auf die Formulierung von Erwartungen in Bezug auf die Frage nach den Anforderungen und Erwartungen der jungen Menschen sowie nach einer möglichst zugänglichen Gestaltung, wie es für die Frage nach dem Profil der Nutzerinnen und Nutzer im letzten Abschnitt gemacht wurde, wird verzichtet.

6. Methode

Die Forschungsfragen werden anhand eines Mixed-Methods-Designs beantwortet, also anhand von quantitativen und qualitativen Methoden. Die quantitativen Resultate aus der ersten Phase des Forschungsprozesses werden durch qualitative Methoden vertieft, namentlich durch Gruppendiskussionen und ein Gespräch mit Expertinnen und Experten. Es handelt sich um ein sequenziell erklärendes Vorgehen (Creswell, Clark, Gutmann und Hanson 2003: 227). Für die Beantwortung der Fragen wurde auf unterschiedliche Datenquellen zurückgegriffen. Tabelle 1 liefert eine Übersicht, welche Fragen anhand welcher Daten beantwortet werden.

Tab.1: Übersicht Erhebungsarten

	Frage 1: Wer	Frage 2: Anforderungen und Erwartungen	Frage 3: Zugängliche Gestaltung
Verändere die Schweiz!	X		
Frag die Bundespräsidentin	X		
Die Schweiz updaten	X		
Jugendumfragen in Gemeinden	X	X	
Gruppendiskussionen mit Jugendlichen		X	X
Gruppendiskussion mit Expertinnen und Experten		X	X

Quelle: Eigene Darstellung

Die einzelnen Erhebungsschritte werden im Folgenden im Detail ausgeführt.

6.1. Quantitative Analyse

Die quantitative Analyse besteht aus verschiedenen Teilerhebungen. Drei nationale Kampagnen erlauben in einem ersten Schritt eine deskriptive Auswertung der Daten der Nutzerinnen und Nutzer der Plattform engage.ch. Dabei handelt es sich um folgende Kampagnen, welche in Kapitel 2.2 bereits erläutert wurden:

- Verändere die Schweiz!: 10. Februar bis 29. März 2020
- Frag die Bundespräsidentin: 24. August bis 13. September 2020
- Die Schweiz updaten!: 10. August bis 8. November 2020

An diesen Kampagnen haben gesamthaft 220 Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 10 und 25 Jahren teilgenommen. Die Corona-Pandemie erschwerte die Durchführung der Kampagnen, da ein Grossteil der Begleitveranstaltungen, welche einen wichtigen Teil der Bewerbung einer Kampagne ausmachen, aufgrund des Lockdowns abgesagt werden mussten. Dies bietet für diese Studie sowohl einen Vor- wie auch einen Nachteil. Negativ ist, dass gerade bei «Verändere die Schweiz!» aufgrund des Ausfalls der Begleitveranstaltungen weniger Eingaben gemacht wurden, als dies aufgrund der Vorjahre zu erwarten war. Gleichzeitig bedeutet dieser Ausfall aber auch ein Wegfall der Verzerrung der Daten, welche durch die Begleitveranstaltungen gegeben wäre. Wenn beispielsweise Workshops mit überdurchschnittlich vielen 15-Jährigen stattfinden würden, würde das die deskriptive Betrachtung des Alters verzerren. Die Kampagnen wurden dieses Jahr grösstenteils über die sozialen Medien beworben, ergänzt um Beiträge bzw. Werbung in Zeitung, Radio, Fernsehen und über Onlinemedien. Hinzu kam die Streuung von Postkarten und Plakaten über Jugendarbeiterinnen und -arbeiter, Jugendparlamente, Jugendorganisationen und Schulen.

In einem zweiten Schritt werden die engage-Jugenderhebungen (vgl. Kapitel 2.2) betrachtet, sowohl zur Beantwortung der ersten Fragestellung nach dem Profil der Nutzerinnen und Nutzer wie auch zur Beantwortung der zweiten Fragestellung nach den Anforderungen und Erwartungen der jungen Menschen an digitale Partizipationsplattformen. Zur Beantwortung der ersten Frage wird untersucht, ob gewisse soziodemografische Faktoren einen Einfluss auf die Partizipationsbereitschaft der Umfrageteilnehmenden haben. Dafür wurden Regressionsanalysen durchgeführt (logistische Regressionen und Mehrebenenanalysen). Die abhängige Variable ist die Partizipationsbereitschaft, die sich dadurch ausdrückt, ob die Umfrageteilnehmenden am Ende der Um-

frage ein Anliegen einreichen oder nicht, ob sie die Plattform also tatsächlich für die politische Partizipation nutzen. Zur Beantwortung der zweiten Frage erfolgt eine deskriptive Auswertung der Fragen nach den Anforderungen und Erwartungen der jungen Menschen an digitale Partizipationsplattformen. Um sicherzustellen, dass die Umfrage verständlich ist, wurde im Herbst 2019 ein Pretest mit Siebtklässlerinnen und Siebtklässlern in der Gemeinde Regensdorf durchgeführt. Ihre Rückmeldungen flossen in die finale Version des Fragebogens ein, welcher im Anhang zu finden ist.

Folgende 10 Gemeindeumfragen konnten in dieses Forschungsprojekt und zur Beantwortung der ersten beiden Forschungsfragen miteinbezogen werden:

- Binningen: 177 Personen
- Fehraltorf: 6 Personen
- Grenchen: 16 Personen
- Illnau-Effretikon: 136 Personen
- Magden: 21 Personen
- Matten: 34 Personen
- Perly-Certoux,
Bardonnex,
Plan-les-Ouates: 25 Personen
- Val de Travers: 32 Personen
- Wettingen: 35 Personen
- Würenlingen: 58 Personen

Insgesamt haben somit 540 Jugendliche und junge Erwachsene an den Jugendumfragen teilgenommen. Auch hier erschwerte die Pandemie die Datenerhebung. Diese war ursprünglich bereits im Frühling geplant, doch sie wurde aufgrund des Lockdowns und der anschliessenden Sommerferien in sämtlichen Projektgemeinden verschoben. Die meisten Gemeinden führten ihre Umfrage neu im Herbst 2020 durch. Manche Gemeinden hingegen starteten ihre Umfrage erst Ende 2020, so dass die Kampagnen entsprechend während des Stichtags für die quantitative Analyse noch liefen, oder sie verschoben die Kampagne ganz ins Jahr 2021. Dies führte dazu, dass weniger Gemeinden in die Untersuchung einbezogen werden konnten als ursprünglich geplant.

Die Umfragen werden in der Regel in Zusammenarbeit mit Gemeindebehörden, die sich für die Bedürfnisse der jungen Bewohnerinnen und Bewohner ihrer Gemeinde oder Region an Mitsprache und Engagement interessieren, durchgeführt. Die genaue Bewerbung der Umfrage unterscheidet sich von Gemeinde zu Gemeinde. Oftmals bekommen sämtliche Jugendlichen und jungen Erwachsenen einer Gemeinde eine Postkarte nach Hause geschickt, mit welcher sie aufgefordert werden, an der Umfrage teilzunehmen. Hinzu kommt Werbung auf Social Media, wobei in der Regel mit der lokalen Jugendarbeit zusammengearbeitet wird. Möglich sind auch gesponserte Beiträge. Weiter wird klassische Medienarbeit über Medienmitteilungen, Radio- und Zeitungsbeiträge etc. betrieben. Wichtig ist zudem die Mund-zu-Mund-Propaganda, wobei die lokale Begleitgruppe, in der immer auch Jugendliche vertreten sind, selbst Werbung für die Umfrage macht. Schliesslich wird teilweise mit den Schulen der Gemeinden zusammengearbeitet. In diesem Fall wird die Umfrage von interessierten Lehrpersonen in den Unterricht eingebaut und von ganzen Klassen ausgefüllt.

6.2. Qualitative Analyse

Die qualitative Analyse besteht einerseits aus Gruppendiskussionen mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen, andererseits aus einem Gespräch mit Fachpersonen aus den Bereichen der Jugendarbeit, Jugendpolitik und Civic Tech. Die qualitative Erhebung und Analyse wurden von MA Yvonne Herzig Gainsford und Prof. Dr. Amina Ovcina Cajacob vom Institut für Multimedia Production der Fachhochschule Graubünden FHGR konzipiert und durchgeführt. Diese Auslagerung erfolgte, da das Institut ausgewiesene Kompetenzen in qualitativen Analysen und Gruppendiskussionen im Bereich digitale Medien aufweist, was die Analyse bereicherte. Zudem hat der DSJ bereits im Rahmen der Studie Scoop it 2.0 (Cajacob 2014), aus dem die Onlinepartizipationsplattform engage.ch entstanden ist, erfolgreich mit Cajacob und Herzig zusammengearbeitet. Sie sind daher auch mit der Plattform engage.ch vertraut. Hinzu kommt, dass besonders beim Gespräch mit den Expertinnen und Experten ein Umfeld geschaffen werden sollte, welches eine offene Kommunikation über engage.ch ermöglicht. Hätte jemand von engage.ch selbst die Diskussion geleitet, hätte dies zu einer gewissen Befangenheit der Diskussionsteilnehmenden führen können.

6.2.1. Gruppendiskussionen mit Nutzerinnen und Nutzern von engage.ch

Auf Grundlage der vorläufigen Ergebnisse der quantitativen Analysen wurden die Gruppendiskussionen (Nentwig-Gesemann 2010) mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen konzipiert. Die Gespräche basierten auf einem deduktiv formulierten Leitfaden. Die Teilnehmenden der Diskussionen wurden aus den Befragten der quantitativen Erhebung rekrutiert. Aufgrund der Pandemie fanden die Gruppendiskussionen in digitaler Form statt. Es konnten sieben Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 23 Jahren für die Diskussionen gewonnen werden. Die Gruppengrösse von vier bzw. drei Personen bot den Vorteil, dass gut auf die einzelnen Personen eingegangen werden konnte, trotz des digitalen Settings. Ein solches Gespräch stellt eine ungewohnte Situation für die meisten jungen Menschen dar und bedurfte daher einer angepassten Gesprächsführung, was durch die kleine Gruppengrösse erleichtert wurde. Der Nachteil der kleinen Gruppengrösse ist, dass so womöglich weniger Diskussionen entstanden sind, als es bei einer Gruppengrösse von sechs oder sieben Personen der Fall gewesen wäre. Zudem hätten grössere Gruppen mehr Heterogenität der Diskussionsteilnehmenden bedeutet, was ebenfalls kontroversere Diskussionen gefördert hätte.

Die Gruppendiskussionen erlauben es, die Ergebnisse der quantitativen Analysen zu diskutieren und zu vertiefen. Im Zentrum der Gruppendiskussionen standen vor allem die Anforderungen der Nutzerinnen und Nutzer an digitale Partizipationsplattformen. In den quantitativen Erhebungen können diesbezüglich zwar bereits gewisse Aspekte abgedeckt werden, die den Jugendlichen und jungen Erwachsenen wichtig sind. Doch eine quantitative Umfrage bietet den Befragten nur begrenzt Möglichkeiten, von sich aus erklären zu können, worauf sie bei digitaler Partizipation Wert legen. Die Gruppendiskussionen ermöglichen hingegen eine weitergehende Analyse der Anforderungen an digitale Partizipationsplattformen, die die quantitativen Ergebnisse um wichtige Erkenntnisse ergänzen.

6.2.2. Diskussion der Ergebnisse mit Fachpersonen

Am Ende der qualitativen und quantitativen Analysen wurde eine Diskussion mit Expertinnen und Experten aus der Jugendarbeit und Fachleuten aus dem Bereich Civic Tech durchgeführt. Auch diese Diskussion basierte auf einem deduktiv formulierten Leitfaden und fand digital statt. Sie diente dazu, die bisherigen Ergebnisse zu reflektieren, um die Inputs der Fachpersonen zu ergänzen

und konkrete Handlungsempfehlungen zu formulieren, wie die Zugänglichkeit digitaler Partizipationsplattformen verbessert werden kann. Aus dem Bereich der Jugendarbeit wurden Personen zum Gespräch eingeladen, welche direkt in einen engage-Prozess einer Gemeinde involviert waren, sowie Personen, die auf Kantonsebene mit engage.ch Berührungspunkte haben. Aus dem Bereich Civic Tech wurden Personen eingeladen, die selbst bereits Erfahrungen mit digitalen Partizipationsplattformen oder digitalen politischen Prozessen gesammelt haben. Bei der Auswahl der Expertinnen und Experten spielten zudem Sprachkenntnisse eine Rolle: Da das Gespräch zweisprachig (DE/FR) war, mussten die angefragten Personen die jeweilige andere Sprache zumindest verstehen.

- Anna Mrazek, Mitarbeiterin «Jaiunprojet.ch»
- Cédric Bonnébault, Jugenddelegierter des Kantons Wallis
- Cosima Oesch, Jugendarbeiterin der Gemeinde Kerzers
- Florentin Jäggi, Fachexperte des Amts für soziale Sicherheit, Abteilung soziale Förderung und Generationen Kanton Solothurn
- Lars Kaiser, Teil der Urban Equipe und Co-Gründer des Forums E-Partizipation Schweiz
- Maximiliane Basile, Gründerin von «Five up – Connect your help»
- Rafael Freuler, Projektleiter jugendarbeit.digital

7. Analyse

Die Datenanalyse gliedert sich entlang der drei Fragestellungen in drei Teile. In Kapitel 7.1 werden die Befunde zur Frage dargestellt, wer digital partizipiert. Kapitel 7.2 widmet sich der Frage, was die Anforderungen und Erwartungen junger Menschen an digitale Partizipationsplattformen sind und in Kapitel 7.3 wird die Frage nach der Zugänglichkeit digitaler Partizipationsplattformen untersucht.

7.1. Profil der Nutzerinnen und Nutzer

Die Frage, wer die digitale Partizipationsplattform engage.ch nutzt, wird zuerst deskriptiv anhand der Daten der drei nationalen Kampagnen, welche 2020 stattgefunden haben, beantwortet. Anschliessend wird sie um Regressionsanalysen anhand der Daten der Jugendumfragen ergänzt. Bevor die Analyse präsentiert wird, werden die verwendeten Variablen im Detail erläutert.

7.1.1. Verwendete Variablen

In der deskriptiven Auswertung werden das Alter, das Geschlecht, die Zugehörigkeit zur Stadt oder dem Land sowie die Sprache der Nutzerinnen und Nutzer von engage.ch betrachtet. Der Einbezug des Bildungsniveaus und des Migrationshintergrunds erfolgt erst bei den Regressionsanalysen, da diese beiden Variablen bei der Einreichung von Anliegen nicht abgefragt wurden. Dies, da das Einreichen eines Anliegens so einfach wie möglich bleiben sollte.

In den Regressionsanalysen werden das Alter, das Geschlecht, das Bildungsniveau und der Migrationshintergrund als unabhängige Variablen verwendet. Diese Variablen wurden gewählt, da basierend auf bisherigen Arbeiten aus der Partizipationsforschung, wenn überhaupt, bei diesen Faktoren ein Effekt zu erwarten ist (vgl. Kapitel 4.1). Das Einkommen bzw. das Einkommen der Eltern wurde nicht aufgenommen, da anzunehmen ist, dass vor allem die minderjährigen Befragten keine verlässliche Angabe dazu hätten machen können. Die Sprache und die Zugehörigkeit zur Stadt oder zum Land dienen als Kontroll-

variablen. Die abhängige Variable ist eine binäre Variable, die angibt, ob die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die die Jugendumfrage ausgefüllt haben, am Ende der Umfrage ein Anliegen eingereicht haben. Bei gewissen Variablen benötigt es noch zusätzliche Erklärungen:

- Das Alter wird nicht als ratioskalierte Variable in die Analyse einbezogen, da kein linearer Zusammenhang zwischen dem Alter und der abhängigen Variable vorliegt. Aus diesem Grund werden, basierend auf einer grafischen Analyse, Splines mit den Knotenpunkten 12, 13, 14, 15 und 16 Jahren gebildet.
- Die Einordnung des Migrationshintergrunds erfolgt anhand der Typologie des Bundesamts für Statistik BFS, welches den Migrationsstatus anhand des Geburtslandes, der Staatsangehörigkeit (aktuell und bei der Geburt) sowie des Geburtslandes beider Elternteile bestimmt. Dabei kommt folgendes Schema zur Anwendung:¹³

Tab. 2: Typologie der Bevölkerung nach Migrationsstatus gemäss BFS

Geburtsort	Staatsangehörigkeit	Geburtsort der Eltern		
		2 im Inland	1 im Inland 1 im Ausland	2 im Ausland
Im Inland	Gebürtige Schweizer/-innen	0	0	II
	Eingebürgerte	0	II	II
	Ausländer/-innen	0	II	II
Im Ausland	Gebürtige Schweizer/-innen	0	0	I
	Eingebürgerte	I	I	I
	Ausländer/-innen	I	I	I
I Bevölkerung mit Migrationshintergrund der 1. Generation II Bevölkerung mit Migrationshintergrund der 2. Generation 0 Bevölkerung ohne Migrationshintergrund				

Quelle: Bundesamt für Statistik

¹³ Website des Bundesamtes für Statistik. Bevölkerung nach Migrationsstatus. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/migration-integration/nach-migrationsstatuts.html> (zuletzt besucht am 14.01.2021).

- Für das Bildungsniveau werden die Angaben der Umfrageteilnehmenden zu den Kategorien Primarschule, Gymnasium, Sekundarschule A, B und C, Berufslehre (mit Berufsmatur), FMS und berufstätig/Fachhochschule/Universität zusammengefasst.
- Für die Zugehörigkeit zur Stadt oder zum Land werden die Postleitzahlen der Wohnorte der Nutzerinnen und Nutzer in die Gemeindetypologie des BFS mit neun Kategorien eingeordnet.¹⁴ Unterschieden werden drei städtische, drei periurbane und drei ländliche Gemeindearten. Diese wurden jeweils zu einer Kategorie (städtisch, periurban und ländlich) zusammengefasst.

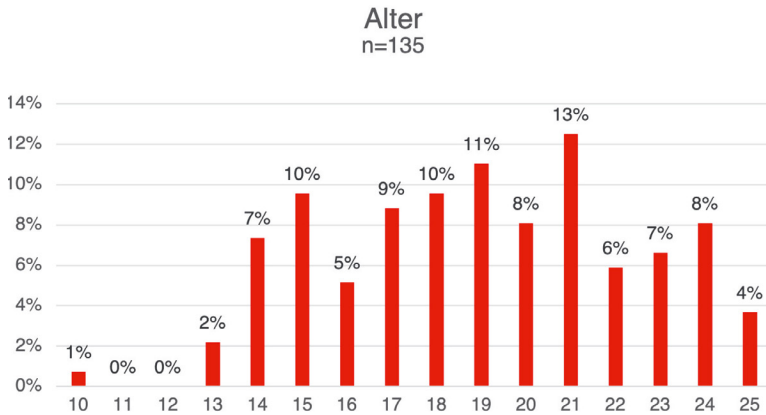
Eine Übersicht der verwendeten Variablen mit allen Ausprägungen findet sich im Anhang.

7.1.2. Deskriptive Betrachtung

Von den 220 jungen Menschen, die an den nationalen Kampagnen 2020 teilgenommen haben, haben jeweils zwischen 114 und 136 Personen die Fragen nach den persönlichen Merkmalen beantwortet. Diese Antworten bilden die Grundlage für die erste Auswertung.

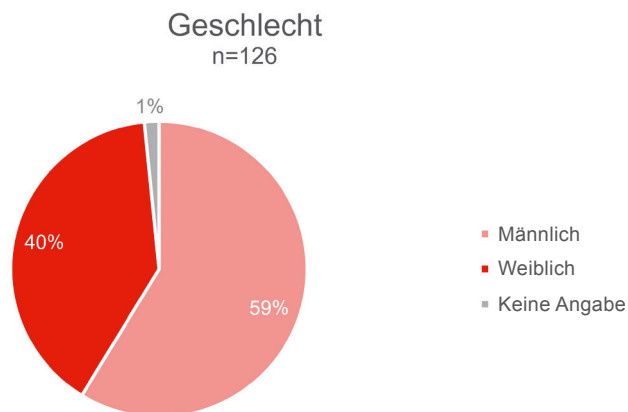
Beim Alter ist ein klarer Anstieg zwischen 13 und 14 Jahren zu beobachten. Während es kaum Anliegen von 10- bis 13-Jährigen gibt, erfolgt bei 14 Jahren ein deutlicher Sprung von 2% auf 7% und dann nochmals ein Anstieg auf 10% bei 15 Jahren. Hierbei muss jedoch angemerkt werden, dass die nationalen Kampagnen für junge Menschen ab 14 Jahren beworben werden, was diesen Anstieg erklärt. Es folgt ein Rückgang bei 16 Jahren auf 5% und ein erneuter Anstieg auf 9% bis 13% zwischen 17 und 21 Jahren mit einem Zwischentief bei 20 Jahren mit 8%. 22 bis 25 Jahre alt sind 4% bis 8% der Befragten.

¹⁴ Website des Bundesamtes für Statistik. Applikation der Schweizer Gemeinden. [https://www.agvchapp.bfs.admin.ch/de/typologies/results?SnapshotDate=01.01.2021&SelectedTypologies\[0\]=HR_GDETYP2012](https://www.agvchapp.bfs.admin.ch/de/typologies/results?SnapshotDate=01.01.2021&SelectedTypologies[0]=HR_GDETYP2012) (zuletzt besucht am 12.01.2021).

Abb. 1: Alter der Nutzerinnen und Nutzer von engage.ch

Quelle: Eigene Berechnungen

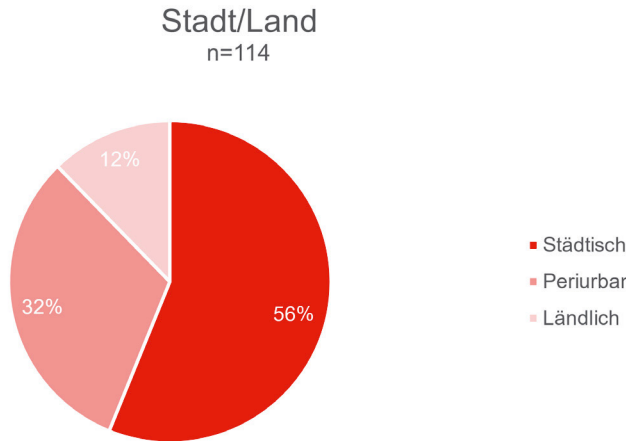
Die Auswertung des Geschlechts der Nutzerinnen und Nutzer von engage.ch zeigt, dass sich 59% als männlich bezeichnen, 40% als weiblich und 1% machte keine Angabe zum Geschlecht. Dieses eine Prozent beinhaltet nicht die Personen, die das Feld leer gelassen haben, sondern explizit jene, die «Keine Angabe» gewählt haben.

Abb. 2: Geschlecht der Nutzerinnen und Nutzer von engage.ch

Quelle: Eigene Berechnungen

Als Nächstes wird betrachtet, ob eher Jugendliche von der Stadt oder vom Land engage.ch genutzt haben.

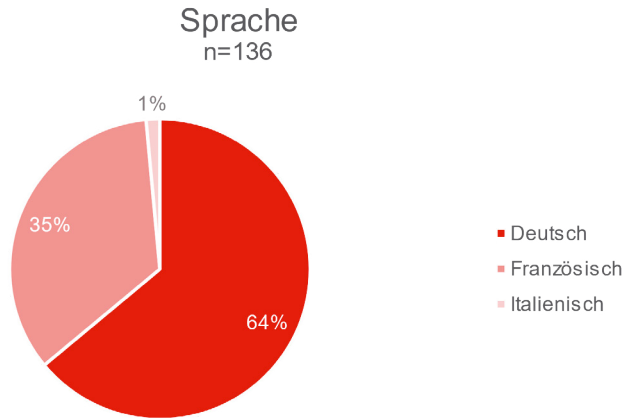
Abb. 3: Stadt/Land-Zugehörigkeit der Nutzerinnen und Nutzer



Quelle: Eigene Berechnungen

Es zeigt sich, dass 56% der Nutzerinnen und Nutzer aus städtischen, 32% aus periurbanen und 12% aus ländlichen Gemeinden kommen. Zum Vergleich: 2015 lebten 62% der ständigen Wohnbevölkerung in städtischen, 22% in periurbanen und 15% in ländlichen Gemeinden (Bundesamt für Statistik 2017: 3).

Die Betrachtung der Sprache zeigt, dass 64% der Befragten Deutsch sowie 35% Französisch sprechen und 1% Italienisch spricht. Wiederum zum Vergleich: 2018 sprachen 62% der Bevölkerung Deutsch oder Schweizerdeutsch, 23% Französisch, 8% Italienisch und 0.5% Rätoromanisch.

Abb. 4: Sprache der Nutzerinnen und Nutzer von engage.ch

Quelle: Eigene Berechnungen

Die deskriptive Betrachtung der Profile der Nutzerinnen und Nutzer der nationalen Kampagnen von engage.ch liefert erste Hinweise darauf, ob gewisse Gruppen die Plattform eher nutzen als andere. Die nationalen Kampagnen scheinen 14- und 15-Jährige sowie 17- bis 21-Jährige tendenziell mehr anzusprechen, wobei hier jedoch nur von kleinen Unterschieden die Rede sein kann.

Weiter gab es ein wenig mehr Nutzer als Nutzerinnen. Übervertreten sind des Weiteren die französischsprachigen Nutzerinnen und Nutzer sowie die Personen aus periurbanen Gemeinden. Um zu untersuchen, ob es tatsächlich signifikante Unterschiede in der Partizipationswahrscheinlichkeit zwischen diesen Gruppen gibt, müssen die Regressionsanalysen in Kapitel 7.1.3 betrachtet werden.

7.1.3. Regressionsanalysen

Die unterschiedlichen Kampagnenarten von engage.ch ermöglichen unterschiedliche Datenauswertungen. Im Vergleich zu den nationalen Daten, die die Grundlage für die deskriptive Auswertung in Kapitel 7.1.2 bilden, ist bei den Daten der Jugendumfragen ein Vergleich der Personen, welche am Ende der Umfrage ein Anliegen eingereicht haben, mit denen, die auf das Einreichen eines Anliegens verzichtet haben, möglich. Somit kann eine Regressionsanalyse mit der abhängigen Variable «Anliegen eingereicht» durchgeführt werden. Von den 540 Personen, die an den Jugendumfragen teilgenommen haben, haben je nach Modell 430 bis 487 Personen die nötigen Angaben für die Regressionsanalyse gemacht. Die Anzahl Fälle pro Modell schwankt also zwischen 430 und 487.

Bei den Daten handelt es sich um hierarchische Daten. Es gibt zwei Ebenen: Auf der ersten Ebene sind Jugendliche und junge Erwachsene angesiedelt, auf der zweiten Ebene die Gemeinden bzw. die Kampagnen. Um der Struktur der Daten gerecht zu werden, werden zwei Analysen durchgeführt: In einem ersten Schritt werden logistische Regressionen gerechnet, wobei die Kampagnenzugehörigkeit als unabhängige Dummy-Variable miteinbezogen wird (Bell und Jones 2014). In einem zweiten Schritt werden Mehrebenenanalysen durchgeführt.

Verschiedene Beispiele zeigen, dass auch nicht hierarchische Regressionsmodelle mit robusten Standardfehlern für geklumpete Daten verwendet werden können. Oftmals führen beide Methoden zu den gleichen Resultaten, wobei die nicht hierarchischen Modelle sparsamer und einfacher zu interpretieren sind (Claessens 2012: 269, Huang 2017: 267). Für diese Analyse werden beide Modellarten gerechnet, da so einerseits im Sinne einer doppelten Beweisführung ein Vergleich zwischen den Modellen ermöglicht wird. Andererseits können bei den logistischen Regressionen, durch den Einbezug der Kampagne als Dummy, die Sprache sowie die Zugehörigkeit zur Stadt oder zum Land aufgrund von Multikollinearität nicht in die Analyse miteinbezogen werden.

Als Erstes werden die Resultate der logistischen Regressionen betrachtet. Diese sind in Tabelle 3 dargestellt. Aufgeführt sind die Odds Ratio und der p-Wert in Klammern. Zu Beginn wurden nur das Geschlecht und das Alter als unabhängige Variable aufgenommen. Das Modell wurde in einem zweiten Schritt

um das Bildungsniveau und den Migrationshintergrund erweitert. Signifikante Unterschiede finden sich beim Geschlecht und beim Alter. Die Jungs oder jungen Männer haben je nach Modell im Vergleich zu den Mädchen oder jungen Frauen eine um 1.67 bis 1.7-fache höhere Chance, ein Anliegen einzureichen. Die Chance, als 14-Jährige oder 14-Jähriger ein Anliegen einzureichen, ist je nach Modell um 1.96 bis 2.24 höher als bei den anderen Altersgruppen. Bei den 15-Jährigen hingegen sind die Chancen beim zweiten Modell um 0.49 tiefer als bei den anderen Altersgruppen. Da die Kampagne nur als Kontrollvariable aufgenommen wurde, wird auf eine Interpretation verzichtet. In diesen Modellen gibt es keine Evidenz für einen statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen Bildungsniveau oder Migrationshintergrund und der Partizipationsbereitschaft.

Als Nächstes werden die Mehrebenenanalysen betrachtet. Die Resultate sind in Tabelle 4 dargestellt, wiederum mit der Odds Ratio und dem p-Wert in Klammern. Der Modellaufbau gestaltet sich wie folgt: Im ersten Modell werden das Geschlecht und das Alter als unabhängige Variablen einbezogen. Danach erfolgt die schrittweise Erweiterung um das Bildungsniveau und den Migrationshintergrund im zweiten Modell und schliesslich die Stadt-/Land-Zugehörigkeit sowie die Sprache im dritten Modell.

Die Resultate unterscheiden sich kaum von den logistischen Regressionen. Auch hier gibt es beim Geschlecht und bei den 14-Jährigen in jedem Modell signifikante Unterschiede und die Chance, dass die Umfrageteilnehmer ein Anliegen einreichen, ist um 1.59 bis 1.67 höher als für die Umfrageteilnehmerinnen. Das Gleiche gilt für die 14-Jährigen, deren Chance, ein Anliegen einzureichen, um 2.01 bis 2.39 höher ist als für die anderen Altersklassen. Die 15-Jährigen weisen im zweiten Modell wiederum eine schwach signifikant tiefere Chance auf, ein Anliegen einzureichen. Beim Bildungsniveau, dem Migrationshintergrund, der Stadt-/Land-Zugehörigkeit sowie der Sprache finden sich keine signifikanten Effekte.

Tab. 3: Logistische Regressionen

	-1- Geschlecht & Alter	-2- +Bildungs- und Migrations- hintergrund
Geschlecht (weiblich)
Geschlecht (männlich)	1.707** (0.008)	1.669* (0.023)
Alter (bis 12)	0.335 (0.358)	1.454 (0.836)
Alter (13)	0.606 (0.132)	0.677 (0.292)
Alter (14)	1.955* (0.012)	2.240** (0.008)
Alter (15)	0.679 (0.206)	0.488* (0.04)
Alter (ab 16)	1.053 (0.455)	1.271 (0.1)
Bildungsniveau (Primarschule)		4.448 (0.197)
Bildungsniveau (Gymnasium)		2.866 (0.157)
Bildungsniveau (Sek A)		1.849 (0.081)
Bildungsniveau (Sek B)		1.01 (0.98)
Bildungsniveau (Sek C)		. .
Bildungsniveau (Berufslehre (mit BM))		3.494 (0.161)
Bildungsniveau (Berufstätig, FH, Uni)		0.292 (0.273)

Migrationshintergrund (Kein MH)		1.045 (0.897)
Migrationshintergrund (1. Generation)		. .
Migrationshintergrund (2. Generation)		1.663 (0.205)
Migrationshintergrund (Kein MH oder 2. Gen.)		1.728 (0.153)
Kampagne 1
Kampagne 2	0.273* (0.02)	0.108** (0.008)
Kampagne 3	0.0540* (0.016)	0.0104** (0.002)
Kampagne 4	5.609 (0.136)	2.969 (0.406)
Kampagne 5	0.716 (0.546)	0.317 (0.165)
Kampagne 6	0.356 (0.121)	0.0777** (0.009)
Kampagne 7	0.303 (0.069)	0.104* (0.013)
Kampagne 8	0.315 (0.064)	0.753 (0.834)
Kampagne 9	2.244 (0.261)	0.675 (0.667)
Kampagne 10	0.521 (0.275)	0.174* (0.04)
N	487	433

Quelle: Eigene Berechnungen

Exponentiated coefficients; p-values in parentheses

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Tab. 4: Mehrebenenanalysen

	-1-	-2-	-3-
	Geschlecht & Alter	+BH & MH	+ Sprache & Stadt/ Land
Geschlecht (weiblich)	.	.	.
Geschlecht (männlich)	1.670* (0.01)	1.626* (0.028)	1.586* (0.037)
Alter (bis 12)	0.324 (0.345)	1.257 (0.898)	1.107 (0.955)
Alter (13)	0.604 (0.127)	0.646 (0.237)	0.652 (0.247)
Alter (14)	2.014** (0.009)	2.358** (0.005)	2.387** (0.004)
Alter (15)	0.712 (0.261)	0.509* (0.05)	0.526 (0.061)
Alter (ab 16)	1.069 (0.311)	1.237 (0.12)	1.221 (0.159)
Bildungsniveau (Primarschule)		3.07 (0.297)	3.361 (0.254)
Bildungsniveau (Gymnasium)		2.873 (0.123)	3.21 (0.09)
Bildungsniveau (Sek A)		1.882 (0.071)	1.931 (0.061)
Bildungsniveau (Sek B)		1.149 (0.731)	1.262 (0.568)
Bildungsniveau (Sek C)		.	.
Bildungsniveau (Berufslehre (mit BM))		3.101 (0.182)	3.381 (0.151)
Bildungsniveau (Berufstätig, FH, Uni)		0.476 (0.479)	0.505 (0.534)

Migrationshintergrund (Kein MH)		1.084 (0.809)	1.074 (0.829)
Migrationshintergrund (1. Generation)		.	.
Migrationshintergrund (2. Generation)		1.665 (0.194)	1.669 (0.192)
Migrationshintergrund (Kein MH oder 2. Gen.)		1.83 (0.111)	1.818 (0.113)
Stadt/Land (städtisch)			.
Stadt/Land (periurban)			0.425 (0.126)
Stadt/Land (ländlich)			0.652 (0.711)
Sprache (Deutsch)			.
Sprache (Französisch)			5.966 (0.083)
N	487	433	430

Quelle: Eigene Berechnungen

Exponentiated coefficients; p-values in parentheses

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

7.1.4. Zwischenfazit zur Frage 1: Profil der Nutzerinnen und Nutzer

Anhand einer deskriptiven Analyse der Daten der Nutzerinnen und Nutzer der nationalen Umfragen von engage.ch im Jahr 2020 sowie von Regressionsanalysen anhand der Jugendumfragen von engage.ch wurde untersucht, wer eigentlich digital partizipiert. Im Fokus standen dabei das Alter, das Geschlecht, der Bildungs- und Migrationshintergrund, die Zugehörigkeit zur Stadt oder dem Land sowie die Sprachregion. Die deskriptive Analyse zeigte erste schwache Tendenzen auf: So partizipierten an den nationalen Umfragen 2020 eher mehr 14- sowie 18- bis 21-Jährige und es gab mehr Nutzer als Nutzerinnen. Zudem gab es verhältnismässig viele Teilnahmen aus dem französischsprachigen sowie dem periurbanen Raum. Die Regressionsanalysen konnten jedoch nur zwei dieser Trends bestätigen. So zeigte sich, dass die Umfrageteilnehmer konstant in allen gerechneten Modellen eher ein Anliegen auf engage.ch einreichen als die Umfrageteilnehmerinnen. Zudem sind die 14-Jährigen besonders partizipationsfreudig. Das könnte darin begründet werden, dass im Zyklus 3 des Lehrplans, also von der 7. bis zur 9. Klasse, verschiedene fachliche und überfachliche Kompetenzen in Bezug auf die politische Bildung vorgesehen sind. Die 14-Jährigen, also im Schnitt die Achtklässlerinnen und Achtklässler, hatten schon ein Jahr Zeit, sich diese Kompetenzen anzueignen, und partizipieren daher eher als die jüngeren Personen. Viele der 15-Jährigen hingegen sind schon stark von der Berufswahl absorbiert, weshalb sie sich möglicherweise weniger stark politisch beteiligen möchten. Bei den älteren Jugendlichen, vor allem den über 18-Jährigen, ist es des Weiteren schwieriger, sie zu erreichen, da die Kampagnen mehrheitlich über die Jugendarbeit und die Schulen beworben werden. Und die jüngeren Kinder verstehen möglicherweise weniger, wie das Anliegen-Einreichen genau funktioniert und was das genau bedeuten würde. Eine eindeutige Erklärung für diese Unterschiede beim Alter gibt es jedoch nicht. Möglich ist auch, dass es bei den betrachteten Jugendumfragen besonders motivierte Lehrkräfte gab, welche mehrheitlich 14-jährige Schülerinnen und Schüler unterrichteten und diese erfolgreich dazu anregten, ein Anliegen einzureichen.¹⁵

¹⁵ Es muss beachtet werden, dass die Stichprobe, welche die Grundlage für die quantitative Datenanalyse bildet, nicht repräsentativ ist. Dies, weil keine systematische Stichprobenziehung erfolgte, sondern mit den Daten gearbeitet wurde, die im Rahmen der engage-Prozesse gesammelt wurden.

7.2. Anforderungen an digitale Partizipationsplattformen

Die Frage, was die Anforderungen und Erwartungen junger Menschen an digitale Partizipationsplattformen sind, wird einerseits anhand der Jugendumfragen beantwortet, andererseits anhand der Gruppendiskussionen mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus der deutsch- und der französischsprachigen Schweiz.

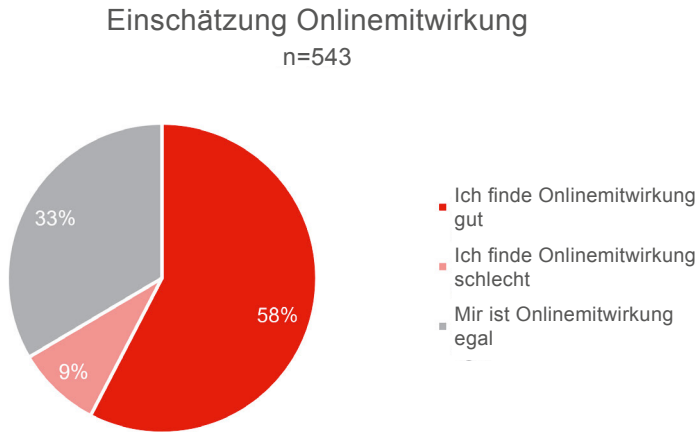
Die Resultate beider Teiluntersuchungen werden in Kapitel 7.2.1 dargestellt, wobei jeweils zuerst die Umfragedaten und anschliessend die Vertiefung aus den Gruppendiskussionen dargestellt werden. Die Resultate aus den Gruppendiskussionen stammen aus der qualitativen Teilstudie von MA Yvonne Herzig Gainsford und Prof. Dr. Amina Ovcina Cajacob vom Institut für Multimedia Production der Fachhochschule Graubünden FHGR, welche vom DSJ für diese Arbeit in Auftrag gegeben wurde (vgl. Kapitel 6.2). Nach der Präsentation der Resultate folgt ein Zwischenfazit in Kapitel 7.2.2.

7.2.1. Resultate der Jugendumfragen und Gruppendiskussionen

In der Jugendumfrage wurden die Jugendlichen und jungen Erwachsenen einleitend um eine generelle Einschätzung der Onlinemitwirkung gebeten. Basierend auf ihrer Antwort wurden sie in einem zweiten Schritt gefragt, weshalb sie Onlinemitwirkung positiv oder negativ bewerten.

Die Daten zeigen, dass über die Hälfte der Befragten, genauer gesagt 58%, der Onlinemitwirkung positiv gegenüberstehen. Ein Drittel der Befragten findet, dass ihnen die Onlinemitwirkung egal ist, und lediglich 9% stehen ihr kritisch gegenüber.

Die beiden wichtigsten Gründe, die gemäss der Jugendumfragen gegen Onlinemitwirkung sprechen, sind Bedenken bzgl. des Datenschutzes sowie die Ansicht, dass persönlicher Kontakt den Befragten wichtiger ist.

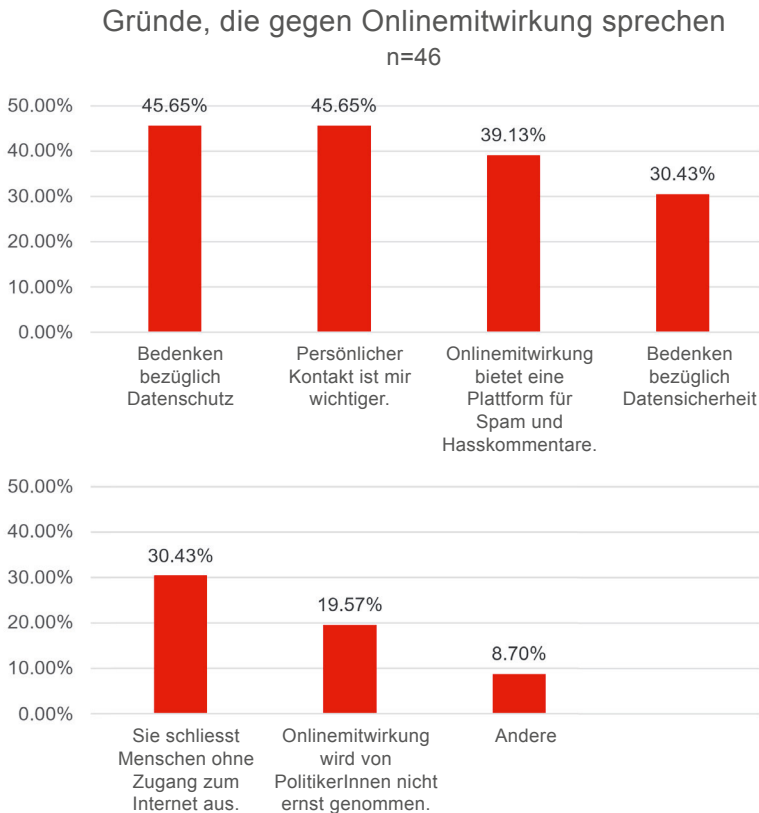
Abb. 5: Einschätzung Onlinemitwirkung

Quelle: Eigene Berechnungen

Diesen Aussagen stimmen jeweils 45.65% der Onlinemitwirkungs-skeptikerinnen und -skeptiker zu. Die Befürchtung von Spam und Hasskommentaren steht mit 39.13% an zweiter Stelle. Den dritten Platz teilen sich mit jeweils 30.43% Zustimmung die Bedenken bzgl. Datensicherheit sowie die Ansicht, dass die digitale Mitwirkung Menschen ohne Zugang zum Internet ausschliesst.

Die Befürchtung, dass Onlinemitwirkung von Politikerinnen und Politikern nicht ernst genommen werde, teilt knapp ein Fünftel der Befragten. Zu beachten ist bei dieser Auswertung die tiefe Fallzahl: Da nur 9% der Jugendlichen und jungen Erwachsenen Onlinemitwirkung schlecht finden, konnten sich auch nur 46 Personen zu den Gründen für diese Einschätzung äussern.

Obwohl sich alle Teilnehmenden an den Gruppendiskussionen zur Gruppe der Befürworterinnen und Befürworter von Onlinepartizipation zählen, sind die negativen Aspekte der digitalen Teilhabe auch in den Diskussionen Thema.

Abb. 6: Gründe, die gegen Onlinemitwirkung sprechen

Quelle: Eigene Berechnungen

Die Bedenken bzgl. Datenschutz sind nicht nur einer der beiden wichtigsten Gründe, die gegen Onlinemitwirkung spricht, sondern der Datenschutz und auch die Datensicherheit beschäftigen die jungen Menschen einerseits auf individueller, andererseits auf gesellschaftlicher Ebene. Individuell ist es die Unsicherheit darüber, was mit den eigenen Daten geschieht, und das Bedürfnis zu wissen, wer hinter einer digitalen Partizipationsplattform steht. Im schlimmsten Fall kann das Personen auch davon abhalten, eine Website zu nutzen. So erzählt

eine Teilnehmerin, dass sie ihre Mailadresse lieber nicht angebe, wenn sie der Meinung sei, dass eine Website nicht sicher sei. Bei einer obligatorischen Angabe der Mailadresse bedeutet dies, dass die Teilnehmerin die Seite nicht nutzen kann. Gesellschaftlich wird die Möglichkeit von Hacker-Angriffen bei Onlineabstimmungen thematisiert sowie die Cybersecurity des Bundes kritisiert.

Il faudrait faire attention et regarder si c'est un site sérieux ou si c'est juste une récolte des données. Il faut s'assurer que ce serait fiable. Mais sur l'internet on n'est jamais sûre à 100% que c'est vraiment fiable. (Int. 2, 00:22:46, Evguénia)

Gleich oft genannt wie die Bedenken bezüglich des Datenschutzes wurde in den Jugendumfragen der Grund, dass den jungen Menschen der persönliche Kontakt wichtiger sei. Es besteht also eine gewisse Skepsis gegenüber digitalen Lösungen in Bezug auf den **Verlust persönlicher Kontakte**. In den Diskussionen wird angemerkt, dass die reale Diskussionskultur durch digitale Partizipation beeinträchtigt werde und dass der soziale Aspekt der Politik unter der digitalen Beteiligung leide. Dies ist ein Punkt, der im Zuge der Corona-Pandemie an Relevanz gewonnen haben könnte. So erscheint die digitale politische Partizipation möglicherweise angesichts des aktuellen Alltags mit Home-Office, Home-Schooling, Vereinssitzungen per Zoom etc. weniger attraktiv.

Peut-être que cela enlève un peu la culture de débat en réel avec un groupe de personne autour d'un verre. Les liens sur les réseaux sociaux sont en tout cas renforcés, c'est sûr, mais est-ce que ça ne serait finalement pas un peu au détriment du débat face à face avec des personnes, des amis ou autre ? (Int. 2, 00:21:11, Loïc)

Die Gefahr von **Spam und Hasskommentaren** sehen auch die Diskussions teilnehmenden. So sei der anonyme Onlinediskurs «oftmals respektlos» und Onlineforen bieten Raum für Hetze und Rassismus.

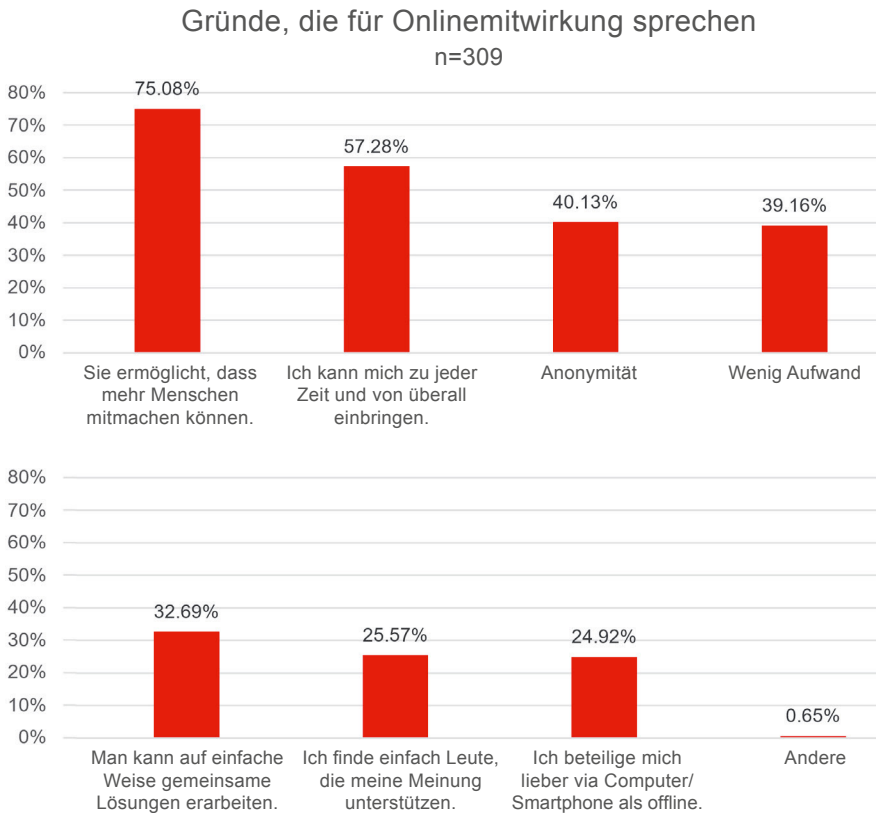
Ich finde, der ungefilterte, anonyme Onlinediskurs ist oftmals dermassen respektlos und schockierend. Ich habe das Gefühl, die Leute verlieren teilweise ihre Hemmungen. Wenn man das proportional auf die Bevölkerung übertragen würde, dann wären wir keine Demokratie, sondern sehr viele Menschen würden eine Diktatur bevorzugen. (Int. 1, 00:57:48, Anna)

Als Lösung für dieses Problem wird vorgeschlagen, dass man sich für die Nutzung einer Plattform identifizieren müsse, was einen respektvolleren Umgang ermöglichen würde. Die Aufhebung der Anonymität ist jedoch ein Thema, das die Gemüter spaltet. Darauf wird später noch detaillierter eingegangen.

Weiter wird in den Gruppendiskussionen thematisiert, dass **ältere Generationen** der digitalen Partizipation gegenüber eher kritisch eingestellt sein könnten. Dieser Diskurs knüpft an die Befürchtung an, dass Menschen ohne Zugang zum Internet ausgeschlossen werden könnten. Die Diskussionsteilnehmenden finden daher, dass die digitale Partizipation traditionelle Beteiligung nicht ersetzen, sondern ergänzen solle, so dass man den unterschiedlichen Bedürfnissen verschiedener Zielgruppen gerecht werde.

Für die Älteren ist wichtig, dass die verschiedenen Möglichkeiten, die bisherigen, persönlichen Möglichkeiten zur Partizipation weiterhin bestehen bleiben. Es ist wichtig, dass nicht eines Tages alles auf online umgestellt wird, sondern dass für verschiedene Zielgruppen verschiedene Möglichkeiten zur politischen Partizipation bestehen bleiben. (Int. 1, 01:04:36, Kristina)

Als Nächstes werden die Gründe, die für Onlinemitwirkung sprechen, betrachtet. Das Argument, dass mehr Menschen durch Onlinemitwirkung mitmachen können, erhält die meiste Zustimmung unter den Onlinemitwirkungsbefürworterinnen und -befürwortern: 75.08% stimmen dieser Aussage zu. Über die Hälfte sieht einen Vorteil darin, dass man sich zu jeder Zeit und von überall einbringen könne, genauer gesagt 57.28%. Weiter schätzen 40.13% der Befragten die Anonymität und 39.16% den geringen Aufwand digitaler Mitwirkung. Knapp ein Drittel der Befragten, nämlich 32.69%, findet, dass man digital auf einfache Weise gemeinsame Lösungen erarbeiten könne. Schliesslich ist jeweils rund ein Viertel der Befragten der Meinung, dass man digital einfach Leute finde, die die eigene Meinung unterstützen (25.57%), oder dass sie sich schlichtweg lieber via Computer oder Smartphone beteiligen als offline (24.92%).

Abb. 7: Gründe, die für Onlinemitwirkung sprechen

Quelle: Eigene Berechnungen

Das Argument, dass sich durch digitale Partizipation mehr Menschen beteiligen können, ist angesichts des Alters der Umfrage- sowie der Diskussionsteilnehmenden von besonderer Relevanz. In den Gruppendiskussionen bemängelt eine minderjährige Diskussionsteilnehmerin, dass sie sich nicht über konventionelle Partizipationsformen einbringen könne, obwohl sie das politische Geschehen verfolgen. Generell ist man sich in den Gruppendiskussionen einig, dass digitale Plattformen eine gute Möglichkeit darstellen, die **jüngere Generation**

abzuholen und für das Thema Politik zu interessieren. Es wird darauf hingewiesen, dass das Internet den Jungen viel näher sei. So könnten auch Menschen, die sonst nicht politisch aktiv seien, Position beziehen und partizipieren.

Ich finde Onlinepartizipation etwas sehr Wertvolles, das auch in Zukunft immer weiter ausgebaut werden sollte. Ich sehe auch eine Chance darin, die jüngere Generationen mitzureissen. (Int. 1, 00:56:24, Kristina).

C'est sûr qu'avec internet la politique se rapproche un peu plus des jeunes, par exemple pour signer des pétitions. Il y a aussi les plateformes comme easyvote ou engage.ch où l'on reçoit par exemple des informations dans le fil d'actualité sur Facebook. Par rapport à la pandémie, nous avons vu la présence de la politique sur les réseaux sociaux, avec par exemple les live Instagram d'Alain Berset. Je pense que cela enlève un peu la sacralisation qui est autour de la politique et que cela aide vraiment à rapprocher la population de la politique. (Int. 2, 00:18:38, Loïc)

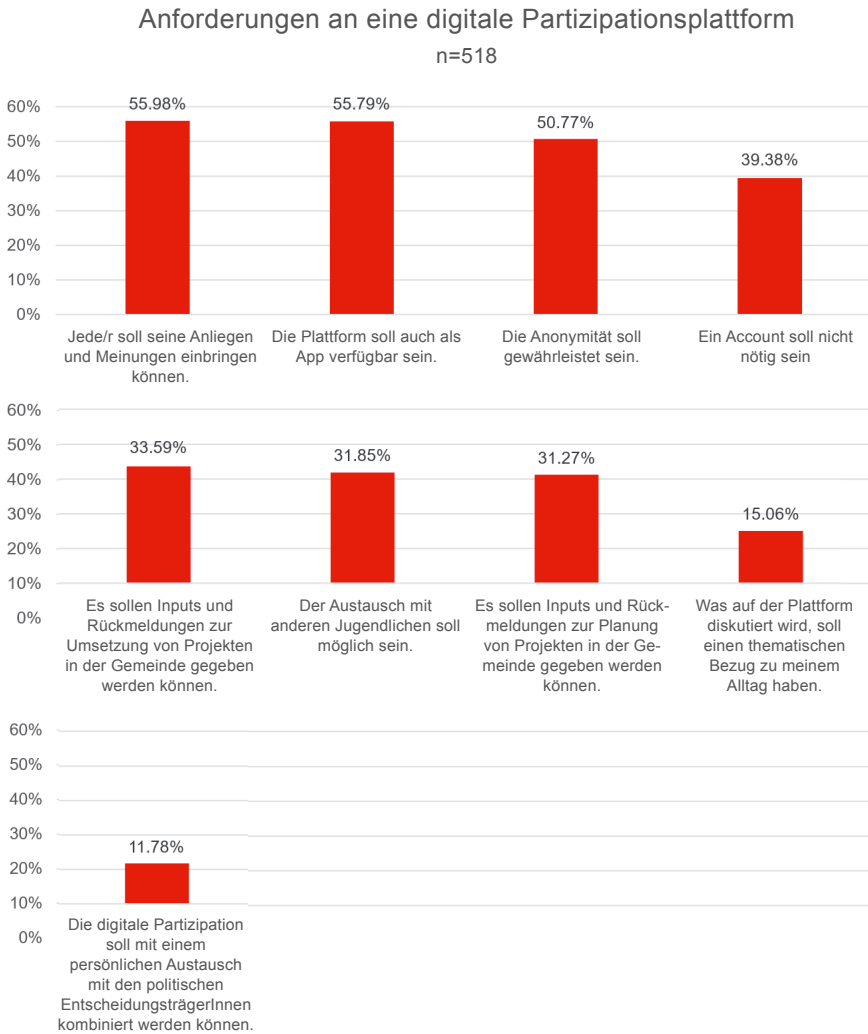
Auch in den Gruppendiskussionen wird geschätzt, dass man sich digital von **überall und jederzeit** einbringen könne. Als Beispiel nennen die Diskussions teilnehmenden die Onlinepetitionen, etwas, das besonders in dieser Zeit, in der die Pandemie persönliche Kontakte erschwert, sehr geschätzt wird. Wichtig ist hierbei eine Optimierung für den Gebrauch per Smartphone beispielsweise als App; ein Punkt, der später noch im Detail behandelt wird.

Ich habe meinen Laptop nicht immer dabei, das Handy aber schon. Mit einem App ist es einfacher, dass man von überall darauf zugreifen kann, egal ob man im Zug sitzt, zu Hause oder in der Pause beim Arbeiten, je nachdem, wann man gerade Zeit hat. (Int. 1, 01:12.15, Diego)

Abschliessend wurden sämtliche Jugendliche, also unabhängig von ihrer Einstellung zur Onlinemitwirkung, gefragt, was ihre Anforderungen an eine digitale Partizipationsplattform sind. Konsistent mit dem wichtigsten Grund, der für Onlinemitwirkung spricht, ist es den Befragten wichtig, dass alle ihre Anliegen und Meinungen einbringen können. Das finden 55.98% der Befragten. 55.79% sind der Meinung, dass die Plattform auch als App verfügbar sein solle. Die Anonymität spaltet die Befragten: Ziemlich genau die Hälfte der jungen Menschen, nämlich 50.77%, findet, dass die Anonymität gewährleistet sein sollte. Weiter sind 39.38% der Befragten der Meinung, dass ein Account nicht nötig sein sollte und jeweils rund ein Drittel möchte Inputs und Rückmeldungen zur Umsetzung (33.59%) bzw. zur Planung (31.27%) von Projekten in der Gemeinde geben können und wünscht sich einen Austausch mit anderen Jugendlichen (31.85%).

Verhältnismässig weniger wichtig eingeschätzt werden der Alltagsbezug der Inhalte einer Plattform (15.06% Zustimmung) und die Kombination der digitalen Partizipation mit einem analogen Austausch mit politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern (11.78%).

Abb. 8: Anforderungen an eine digitale Partizipationsplattform



Quelle: Eigene Berechnungen

In den Gruppendiskussionen wurde zuerst generell über die Anforderungen an digitale Partizipationsplattformen gesprochen. Ein zentraler Diskussionspunkt ist die **Handhabung**. Im Zentrum einer jeder Plattform solle eine hohe Benutzerfreundlichkeit stehen. Ästhetische Aspekte werden als sekundär beurteilt. Es solle einfach sein, die relevanten Informationen zu finden und es brauche klare Anweisungen, wie man beispielsweise ein Formular ausfüllen müsse.

Ich finde bei einer politischen Plattform ist die Benutzerfreundlichkeit wichtiger als wie es aussieht. Klar, wenn es jetzt total daneben aussieht oder total chaotisch und man nichts findet, ist das nicht förderlich. Aber ich finde, im Vordergrund sollte stehen, dass es einfach ist, dass man die Sachen findet, die wichtig sind. Wenn man jetzt etwas ausfüllt, dass relativ klar gesagt wird, wo und was man ausfüllen muss und nicht, dass es noch drei Seiten und bei jeder Seite hat es noch Unterpunkte, die man übersieht. (Int. 1, 01:11:37, Diego)

Weiter wird kritisiert, dass es insgesamt **zu wenig Wissen über Partizipationsplattformen** gebe. Neben engage.ch war nur easyvote breiter bekannt als Civic-Tech-Angebot. Angesichts der Vielzahl von Plattformen in der Schweiz besteht also noch Potenzial in der Bekanntmachung von Civic-Tech-Angeboten. Erwähnt wird zudem die Plattform change.org. Vorgeschlagen wird, dass digitale Partizipationsplattformen stärker beworben werden. Es wird angeregt, dass vor allem auch an Schulen über solche Plattformen informiert werden solle. Die Funktionsweise dieser Plattformen sollte stärker vermittelt werden.

Vielleicht sollte man über Schulen gehen, dass es Infotage gibt oder Flyer, oder dass man die Schulleitungen von der Primarschule bis zu Kantonsschulen informiert und dass sie es weiterleiten. Denn wie sollte man es denn sonst wissen? (Int. 1, 01:15:14, Anna)

Wichtig dabei ist, dass die **Sprache** den jungen Menschen angepasst wird. So müsse die Politik generell junge Menschen nicht nur thematisch, sondern auch sprachlich, abholen – ein Bereich, in welchem die Diskussionsteilnehmenden noch Verbesserungspotenzial sehen. Videos werden dabei als gutes Medium gesehen, um Inhalte verständlich zu vermitteln. Wichtig ist jedoch, dass zusätzlich die Möglichkeit besteht, sich vertieft zu informieren. Eine Kombination von kurzen Texten bzw. Videos als Einstieg mit längeren Texten für die Vertiefung wird vorgeschlagen. Zudem wird angemerkt, dass auch Gespräche in der analogen Welt wichtig seien, um bestimmte Dinge zu erklären.

Beim Bund oder kantonal auch jetzt, in den letzten zwei bis drei Jahren haben sie angefangen, Videos zu drehen, die zwei bis drei Minuten gehen und kurz erklären, um was es überhaupt geht. Ich denke, das ist schon mal ein super Einstieg, um überhaupt eine Idee zu bekommen, um was es geht. Aber die anderen Texte, die von einigen als eher kompliziert eingestuft werden, sollten dennoch existieren, wenn man sich wirklich damit befassen will und ins Detail gehen will. Es sollte beides koexistieren. Das Einfache zum Einstieg und dann kann man sich langsam vertiefen in das Thema. (Int. 1, 01:43:11, Mohamed)

Weiter geht es in den Diskussionen konkret um eine Beurteilung von engage.ch, da alle Jugendlichen schon Erfahrungen mit dieser Plattform gesammelt haben. Auch hier ist die **Handhabung** wieder Thema – im Falle von engage.ch wird sie mehrheitlich als einfach beurteilt. Geschätzt wird, dass die Plattform **nicht zu textlastig** sei und dass es eine **Kommentar- sowie eine Like-Funktion** gebe. Vorgeschlagen wird auch, dass ein Anliegen eine gewisse Anzahl Likes aufweisen müsse, was die Nutzerinnen und Nutzer einer Plattform motiviere, in den sozialen Medien Werbung für das eigene Anliegen zu machen. Das sei wiederum etwas, was die Visibilität des Anliegens und auch der Plattform selbst erhöhe. Jedoch sollen nicht nur die Ideen weiterverfolgt werden, die die meisten Likes erhalten, sondern auch andere Projekte, die vielleicht gut sind, die aber nur wenige Likes generieren. Dies ist bei engage.ch heute bereits der Fall.

Il faut que le site soit assez cohérent et assez simple à utiliser, parce que s'il faut commence à entrer en plein des détails, s'il faut lire plein des choses, la plupart ils ne vont pas tout lire, mais il y a sûrement des choses importantes. (Int. 2, 00:26:29, Elodie)

Pour moi c'est bien qu'il y a aussi une barre de commentaire si on veut commenter, et aussi qu'il y a le bouton « Like ». Ces deux fonctions je trouve important de les avoir. (Int. 2, 00:31:04, Evguénia)

C'est bien d'encourager la fonction de « Like » encore plus. En demandant un certain nombre de « Like » cela peut encourager le partage des idées déposées sur engage.ch sur les réseaux sociaux et donc améliorer la visibilité de la plateforme et des souhaits, ce qui est une bonne chose. (Int. 2, 00:29:02, Loïc)

Auch als positiv bewertet wird die Tatsache, dass bei engage.ch ein **direkter Kontakt mit Politikerinnen und Politikern** ermöglicht wird. Hierbei muss jedoch nochmals auf die Jugendumfrage verwiesen werden: Dieser letzte Punkt wird in den Jugendumfragen nur von 11.78% als wichtig eingestuft. Ein Grund für diese Uneinigkeit könnte sein, dass es sich bei den Teilnehmenden an den Gruppendiskussionen um besonders engagierte junge Menschen handelt, die entsprechend auch einen persönlichen Austausch mit Politikerinnen und Politikern, also eine Aktivität, die über das einfache Posten eines Anliegens hinausgeht, besonders schätzen.

Wie 55.79% der Jugendlichen in den Jugendumfragen finden auch jene in den Gruppendiskussionen, dass eine Plattform als **App** verfügbar sein sollte. Apps scheinen den Jugendlichen und jungen Erwachsenen näher zu sein als Websites. Da engage.ch nicht als App zur Verfügung stehe, habe man die Plattform viel weniger präsent.

Ich finde es bei easyvote beispielsweise megacool, dass man es auch auf dem Handy haben kann und so eine Übersicht hat. Ich gehe schon auf Webseiten am Computer, für mich braucht es aber mehr einen Anlass, dass ich Webseiten zum Thema öffne und durchgehe. Wenn ich aber eine App auf dem Handy habe, dann gehe ich viel öfter dort drauf und schaue es durch, gibt es Neuigkeiten usw. Beispielsweise auch wenn ich die Zeitung lese, lese ich sie eher auf der App, als dass ich sie über die Webseite anschau. Auch wenn es vielleicht sogar praktischer wäre auf der Website, da es einen grösseren Bildschirm hat. Ich fände es megacool, wenn es so eine App gäbe, wo man auch diskutieren kann oder informiert wird. Es holt das Ganze viel mehr in den Alltag, ins tägliche Leben. (Int. 1, 01:09:45, Anna)

Ein letzter Punkt ist die **Anonymität**. Wie bereits erwähnt, hat diese ihre Vor- und Nachteile. Für gewisse Diskussionsteilnehmende ist Anonymität im Kontext politischer Diskussionen im Internet ein grosses Bedürfnis. Es wird befürchtet, dass sich die eigene Meinung vielleicht im Verlaufe der Zeit ändere oder dass man im Nachhinein feststellen müsse, dass man sich undifferenziert geäussert habe. Aus diesen Gründen möchten manche Personen nicht mit vollem Namen auf einer öffentlichen Website politische Diskussionen führen. Andere hingegen finden, dass Anonymität im politischen Bereich nicht wichtig oder gar nicht wünschenswert sei. So ist die Hoffnung, dass es weniger Hassposts gäbe, wenn Äusserungen nicht anonym stattfänden. Als Fazit aus den Diskussionen zum Thema Anonymität lässt sich ziehen, dass die Anonymität vom

Kontext abhängig ist. Für politische Diskussionen ist sie bei Einzelnen ein grosses Bedürfnis, für das Einreichen von Anliegen hingegen weniger. Anonymität muss also nicht um jeden Preis gewährleistet werden.

Ich finde, wenn man im politischen Bereich eine Meinung hat oder eine Idee, dann ist es nicht wichtig, dass es anonym ist. Wenn man so etwas sagt oder macht, dann sollte man auch dazu stehen. Für mich ist es kein Problem, wenn jeder sieht, dass das meine Idee oder meine Meinung ist. (...) Auch was Hass-Posts angeht: Sobald irgendwo der Name steht, ist es einfach so, dass die Leute so etwas viel weniger machen. (Int. 1, 01:16:17, Diego)

Ich persönlich würde nicht mit meinem vollen Namen auf einer öffentlichen Website politische Diskussionen führen. Dabei wäre mir unwohl. Es kann auch sein, dass ich meine Meinung ändere, dass ich mich einmal etwas undifferenziert äussere oder dass man sieht, dass man einmal nicht so gut informiert war. Eine politische Diskussion würde ich daher online nicht mit meinem ganzen Namen führen. Ein Anliegen posten ist aber etwas anderes. (Int. 1, 01:18:38, Anna)

7.2.2. Zwischenfazit zur Frage 2: Anforderungen an digitale Partizipationsplattformen

Die Anforderungen und Erwartungen junger Menschen an digitale Partizipationsplattformen sind divers. Die Ergebnisse der Jugendumfragen sowie der Gruppendiskussionen lassen sich zu fünf Hauptbereichen zusammenfassen:

Inklusion: Den Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist es ein grosses Anliegen, dass die digitale Partizipation offen für alle ist und ein besonderer Aufwand betrieben wird, um möglichst alle Gruppen einzubeziehen. Das zeigt sich in verschiedenster Weise: In den Jugendumfragen ist die wichtigste Anforderung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen an digitale Partizipationsplattformen, dass jede und jeder ihre bzw. seine Ideen und Anliegen einbringen kann. Weiter ist es mit einer Zustimmung von drei Viertel der Befragten der wichtigste Grund, der für die Onlinemitwirkung spricht. Gleichzeitig ist es von knapp einem Drittel der Onlinemitwirkungs-skeptiker und -skeptikerinnen eine Befürchtung, dass Menschen ohne Zugang zum Internet ausgeschlossen werden. In den Gruppendiskussionen werden diese Punkte aufgenommen und es wird festgehalten,

dass digitale Partizipation die analoge Beteiligung nicht ersetzen, sondern nur ergänzen darf, gerade auch um ältere Generationen, die weniger technikaffin sind, nicht auszuschliessen. Wird die digitale Partizipation aber als Ergänzung genutzt, bietet sie die Chance, mehr Menschen, besonders auch junge Menschen, die bisher noch nicht politisch aktiv waren, abzuholen. Das bedingt jedoch, dass erstens eine jugendgerechte Sprache verwendet wird und zweitens ausreichend für die digitalen Partizipationsmöglichkeiten geworben wird. Bei der Informationsvermittlung wird den Schulen eine wichtige Rolle zugeschrieben.

Handhabung: Dieser Punkt geht mit der Inklusion einher. Eine einfache Handhabung digitaler Partizipationsplattformen ist den Jugendlichen ein grosses Anliegen. Ist das Zielpublikum jung, müssen hier gewisse Punkte besonders beachtet werden. Neben der bereits erwähnten Sprache muss man auch bei der Vermittlung der Inhalte den verschiedenen Bedürfnissen der jungen Menschen gerecht werden. Denkbar ist eine zweistufige Kommunikation anhand von Videos oder einfachen Texten für jüngere Nutzerinnen und Nutzer oder solche, die sich weniger in die Materie vertiefen wollen, sowie längeren Texten für jene jungen Menschen, die mehr Informationen wünschen und sich auch die Zeit nehmen wollen, sich in gewisse Dinge einzulesen. Hinzu kommt der Wunsch von knapp 40% der Jugendlichen, dass ein Account nicht nötig sein soll und dass rund 40% der Befürworterinnen und Befürworter von Onlinemitwirkung finden, dass ein geringer Aufwand für die Onlinemitwirkung spricht. Das alles deutet darauf hin, dass die Nutzung einer digitalen Partizipationsplattform mit möglichst wenig Klicks und einem möglichst geringen administrativen Aufwand möglich sein soll.

Applikation: Knapp 56% der Jugendlichen wünschen sich, dass digitale Partizipationsplattformen als App verfügbar sind. Auf diese Weise gehen die Plattformen weniger vergessen und sie sind einfacher in den Alltag einzubinden.

Anonymität: Die Frage, ob eine digitale Partizipationsplattform anonym genutzt werden soll, spaltet die jungen Gemüter: Ziemlich genau die Hälfte der Jugendlichen findet Ja, die andere Nein. Ein Vorteil der Anonymität ist es, dass so eine Hemmschwelle für die Partizipation abgebaut werden kann und sich die jungen Menschen eher trauen, sich auf einer digitalen Partizipationsplattform zu äussern. Gleichzeitig bietet eine anonyme Teilnahme Menschen die Möglichkeit, unerkant Spam und Hasskommentare auf solchen Plattformen zu verbreiten. Basierend auf den Jugendumfragen und den Gruppendiskussionen lässt sich also bzgl. Anonymität noch keine eindeutige Antwort formulieren. Es zeichnet sich jedoch ab, dass es nicht eine Musterlösung gibt, denn dafür sind die Bedürf-

nisse der jungen Menschen zu divers: Die einen möchten nicht mit ihrem richtigen Namen hinter einer politischen Äusserung im Internet stehen, die anderen wünschen sich eine einfache Verknüpfung einer digitalen Partizipationsplattform mit den sozialen Medien, damit ein einfaches Teilen der eigenen Aktivitäten auf der Plattform mit der digitalen Community möglich ist.

Datensicherheit/Datenschutz: Fragen rund um die Datensicherheit und den Datenschutz beschäftigen die jungen Menschen. Bedenken bezüglich des Datenschutzes gehören zu den meistgenannten Gründen, der für die Skeptikerinnen und Skeptiker gegen die Onlinemitwirkung spricht. Zudem beschäftigt auch die Datensicherheit rund ein Drittel der Personen, die der Onlinemitwirkung kritisch gegenüberstehen. Die Gruppendiskussionen zeigen, dass oftmals Unsicherheit in Bezug auf die Sicherheit von Websites herrscht und Informationen dazu fehlen, ob eine Website seriös ist. Im schlimmsten Fall hält dies die jungen Menschen davon ab, eine Plattform überhaupt zu nutzen. Neben der persönlichen Ebene beschäftigt die Sicherheit die Nutzerinnen und Nutzer von engage.ch auch auf gesellschaftlicher Ebene, namentlich in Form der Cybersecurity-Strategie des Bundes.

7.3. Verbesserung der Zugänglichkeit

Die dritte Fragestellung dieser Studie nach einer möglichst guten Zugänglichkeit digitaler Partizipationsplattformen wurde anhand einer Diskussionsrunde mit Expertinnen und Experten erörtert. Die Resultate aus dieser Diskussionsrunde stammen ebenfalls aus der qualitativen Teilstudie von MA Yvonne Herzig Gainsford und Prof. Dr. Amina Ovcina Cajacob vom Institut für Multimedia Production der Fachhochschule Graubünden FHGR, welche vom DSJ für diese Arbeit in Auftrag gegeben wurde (vgl. Kapitel 6.2). In Kapitel 7.3.1 werden zuerst die Befunde der Diskussion dargestellt und in Kapitel 7.3.2 folgt ein erneutes Zwischenfazit sowie eine Verknüpfung mit den Resultaten aus den Diskussionen mit den Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

7.3.1. Resultate aus der Diskussion mit den Expertinnen und Experten

Zuerst wurde generell über digitale Partizipation gesprochen. Wie es sich bereits in den Jugendumfragen und den Gruppendiskussionen mit engage-Nutzerinnen und -Nutzern herauskristallisierte, sind sich auch die Expertinnen und Experten

einig, dass digitale politische Partizipation ein grosses Potenzial aufweise. Sie ermögliche einen niederschweligen Zugang und schaffe kurze Wege. Jedoch finden auch die Expertinnen und Experten, dass die **Brücke zur analogen Welt** geschlagen werden müsse. In der Unverbindlichkeit des Digitalen wird eine potenzielle Gefahr gesehen. Es müsse daher gut überlegt werden, was digital und was analog sein soll. Das «wirkliche Mitmachen» müsse in die reale Welt gezogen werden. Gerade, wenn die Zielgruppe der digitalen Partizipation junge Menschen seien, brauche es jemanden, der oder die die Partizipationsmöglichkeiten begleite und die Jugendlichen an die Hand nehme. Dies können entweder Jugendliche selbst sein oder jemand, der oder die das professionell macht.

Ich denke, und das gilt nicht nur für die digitale Partizipation mit Jugendlichen, sondern generell für die digitale Partizipation, besonders, wenn es den Raum, oder den öffentlichen Raum betrifft, dass sie nur funktioniert, wenn sie auch Anknüpfungspunkte ins Physische schafft, also wenn man auch vor Ort ist und insbesondere wahrscheinlich bei Jugendlichen, sie auch an die Hand nimmt und informiert. Wenn man nur eine digitale Partizipation fährt, dann wird es schwierig durchzuführen. Man muss Verknüpfungspunkte schaffen in den echten Raum zurück. (Int. 3, 00:20:53, Lars Kaiser)

Das Problem bei der Digitalisierung ist die Unverbindlichkeit. Und wenn man es nicht schafft, diese Brücke zu schlagen, dann geht eben auch wieder sehr viel verloren. Ich habe einfach aus unseren Erfahrungen das Beispiel, wenn es darum geht, jetzt wirklich was anzupacken oder zu helfen, dann braucht es die analoge Begegnung. Sonst interessiert es einen vielleicht, oder man gibt ein Like ab oder irgend sowas. Aber das wirkliche Mitmachen muss in die reale Welt gezogen werden. (00:22:49, Int. 3, Maximiliane Basile)

Ich glaube auch, dass digitale Partizipation sehr niederschwellig sein kann und für Jugendliche sehr geeignet. Aber ich denke, es braucht trotzdem jemanden, der den Lead hat, der die Partizipation oder die Partizipationsmöglichkeiten auch begleitet. Das können Jugendliche selbst sein, aber vielleicht braucht es je nachdem auch jemanden, der das professionell macht und die Jugendlichen immer wieder darauf aufmerksam macht, dass sie jetzt eben die Möglichkeit haben, wieder ihre Meinung einzubringen. (Int. 3, 00:21:54, Florentin Jäggi)

Die **Anonymität** beschäftigt auch die Expertinnen und Experten und auch in dieser Diskussion zeigt sich, dass die Frage nach der Anonymität eine Frage des Kontexts ist. Klar ist für die Expertinnen und Experten, dass die Daten vorhanden sein müssen, wenn beispielsweise ein physisches Treffen das Ziel sei. Wenn es hingegen um eine reine Meinungsäußerung gehe, sei man gerne anonym. So wurde schon die Erfahrung gemacht, dass es Jugendliche teilweise bereits als Hemmschwelle sehen, wenn sie lediglich einen Vornamen angeben mussten, sogar wenn ein frei erfundener Name möglich gewesen wäre. Um das Risiko des Missbrauchs zu minimieren, werden Hosts vorgeschlagen, die die Qualität von Diskussionen sicherstellen, obwohl auch angemerkt wird, dass das Missbrauchspotenzial zumindest bei engage.ch nicht allzu gross sei. Problematisch werde es eher bei Diskussionsplattformen. Denkbar sei, dass verschiedene Optionen in die Plattform eingebaut werden könnten und man sich je nach Bedarf für oder gegen die Anonymisierung entscheiden könnte. Ein weiterer Vorschlag ist, dass man mit einer anonymen Teilnahme starten und erst später mit dem richtigen Namen auftreten könnte.

Wir haben Anliegen entgegengenommen, anonym, aber man musste trotzdem noch einen Vornamen angeben. Er hätte auch erfunden sein können, aber es stand da Vorname. Und das hat die Hemmschwelle erhöht. Einige Jugendliche hatten Angst, dass es dann doch auf sie zurückfällt. Sie konnten direkt die Stadträte anfragen, und da hatten sie dann Angst, das zu tun. Sehr viel häufiger, als wir erwartet hätten. (...) Die nächste Ausgabe wird komplett anonym sein. (...) Wir schreiben noch deutlicher hin, dass man wirklich komplett anonym bleibt. Das hat natürlich ein gewisses Risiko, es könnte auch missbraucht werden. Aber in unserer Erfahrung passiert das eigentlich selten. Und dafür erreicht man mehr Leute, die eben Angst haben, sich da zu exponieren. (Int. 3, 00:25:17, Rafael Freuler)

Ich denke, dass es am Anfang immer so ist, dass die Jugendlichen gerne anonym bleiben würden. Wenn dann aber mit der Zeit das Vertrauen kommt, sind sie offen, auch als Einzelperson hinter einem Anliegen zu stehen und mit dem richtigen Namen Vorschläge zu machen. (Int. 3, 00:29:14, Cédric Bonnébault)

Diskutiert wird von den Expertinnen und Experten auch die Frage, ob die digitale Partizipation **soziodemografische Gräben** in der Partizipationsbereitschaft vertiefen oder überbrücken kann – die Frage, welche auch im Zentrum der ersten Fragestellung dieser Studie steht. Hierbei sind zwei Punkte von Bedeutung:

Einerseits sei es wichtig, dass Partizipationsmöglichkeiten über unterschiedliche Kanäle zur Verfügung gestellt werden. Je mehr Kanäle es gebe, desto mehr Zielgruppen könne man erreichen. Damit sprechen die Expertinnen und Experten ein Thema an, dass auch die Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Gruppendiskussionen beschäftigt hat. Während sie vor allem mögliche Gefahren darin sahen, dass ältere Menschen durch digitale Partizipation abgehängt werden, so diskutierten die Expertinnen und Experten, dass es auch Jugendliche gäbe, die sich lieber analog als digital äussern würden. Zudem gebe es Familien, die beispielsweise keine Laptops haben. Hier kommen die Schulen ins Spiel: Sie müssten Kinder und Jugendliche dabei unterstützen, überhaupt an digitale Mittel zu kommen, damit sie politisch partizipieren können.

Je mehr Kanäle man nutzen kann, desto mehr Zielgruppen erreicht man. Gerade jetzt, in einer Transformationsphase, denke ich, ist es wichtig, wirklich die verschiedenen Kanäle zu nutzen. Ich denke, die Digitalisierung ist einfach nur eine Partizipationsform mehr, aber sie ist nicht das Alleinige, das zählt, niemals. (Int.3, 00:38:29, Maximiliane Basile)

Digitale Mittel stellen eine gute Möglichkeit dar, um den Kontakt junger Menschen zur Politik herzustellen. Das Problem ist, und das haben wir auch in der Corona-Zeit bemerkt, dass die Kinder oder Jugendlichen nicht immer Zugang zu technischen Mitteln haben. Vor allem für Kinder oder Jugendliche aus grossen Familien oder Familien mit ökonomischen Problemen stellt das ein Problem dar. Daher könnte man einen solchen Prozess mit der Schule begleiten. (Int. 3, 00:36:51, Cédric Bonnébault)

Il y a des gens qui ne s'expriment peut-être pas volontiers en présentiel, quand on se voit, mais qui osent dire quelque chose quand c'est via un écran, en numérique, et inversement. Il y a des gens qui parlent très volontiers quand on se retrouve en présentiel et puis qui sont plus frileux, qui parlent moins volontiers quand c'est en numérique. (Int. 3, 00:34:34, Anna Mrazek)

Nach einer allgemeinen Diskussion über digitale politische Partizipation wurde konkret über die Plattform engage.ch gesprochen. Dies dient nicht nur der Evaluation von engage.ch selbst, sondern liefert auch wichtige Anhaltspunkte für die (Weiter-)Entwicklung von anderen digitalen Partizipationsplattformen.

Kritisiert wird, dass auf der Startseite von engage.ch **zu viele Informationen** aufgeführt würden, was Benutzerinnen und Benutzer abschrecken könnte.

Wenn ich auf die Startseite komme, dann gibt es einfach gleich sehr viele Informationen. Und wenn ich jetzt einfach nur eine Idee habe, die ich vielleicht eingeben will im Rahmen eines Projekts, dann bin ich vielleicht zuerst einfach mal überfordert. Wo soll das dann reingehen und ich muss mich dann zuerst zurechtfinden. Und das könnte schon bereits eine Hürde sein und dann Leute wieder eher irgendwie abschrecken. (Int. 3, 00:42:36, Lars Kaiser)

Weiter wurde diskutiert, wie ein digitaler Partizipationsprozess am besten begonnen werden sollte. Es wurde überlegt, wie ein **sanfter Einstieg** gewährleistet werden könne. Auch hier wird die Wichtigkeit einer Verknüpfung mit der Offline-welt betont. Der Einbezug von Jugendlichen könnte besser funktionieren, wenn man am Anfang mit Workshops oder einem kreativen Brainstorming arbeiten kann. Die Zusammenarbeit mit den Schulen sei dabei enorm wichtig. Auch möglich wäre, dass auf der Plattform zu Beginn mehr Anhaltspunkte gegeben würden, wie ein Prozess genau ablaufe und was die Themen seien. Zudem könnten, wenn möglich, Umsetzungsversprechen in irgendeiner Form aufgenommen werden. Im Kontext von engage.ch würde das bedeuten, dass besser aufgezeigt werden sollte, was konkret mit einem engage-Prozess erreicht werden könne. Man sähe zwar, dass 140 Projekte umgesetzt wurden, aber was das im Detail bedeute, könnte noch weiter ausgeführt werden. Das würde auch gleich einen Rahmen setzen, um welche Wünsche oder Ideen es gehen könnte.

Wir haben gemerkt, dass wir sehr angewiesen sind auf eine gute Zusammenarbeit mit der Schule, damit wir in einem ersten Schritt möglichst viele erreichen. Wir haben auch noch andere Mittel genutzt, also wir haben auch Briefe geschrieben und andere Altersgruppen angeschrieben. Aber da war der Rücklauf nicht so gut. Also so das Einstiegsportal war schon über die Schule. (Int. 3, 00:48:47, Cosima Oesch)

Aus unserer Erfahrung mit nextzuerich, einer Plattform, bei der es darum ging, Wünsche für die Stadt Zürich zu formulieren, zeigt sich, dass es fast nie funktioniert, einfach zu fragen: «Was wollt ihr eigentlich?». Das ist extrem schwierig zu beantworten. Da braucht es gewisse Anhaltspunkte, seien das vielleicht thematische Punkte oder auch Umsetzungsversprechen, dass man sich gemeinsam anschaut, was auf der Plattform schon umgesetzt wurde. Das wäre vielleicht auch noch ein Input. Ich sehe zwar, dass auf engage 140 Projekte umgesetzt wurden, aber vielleicht sollten

die auch stärker in den Fokus gerückt werden. Damit man gleich sieht, was durch diese Plattform erreicht werden kann. Das setzt dann auch schon ein bisschen den Rahmen, in welchem Bereich sich Ideen oder Wünsche definieren lassen. (00:54:25, Int. 3, Lars Kaiser)

In Bezug auf digitale Partizipationsplattformen in der Schweiz sei es wichtig, dass der unterschiedlichen Terminologie in den **verschiedenen Sprachgebieten** Rechnung getragen werde. In der Deutschschweiz spreche man eher von politischen Prozessen, in der Romandie hingegen von staatsbürgerschaftlichen Konzepten und von demokratischen Prozessen. Zudem entspreche die Art, wie ein Projekt auf engage.ch ablaufe, möglicherweise weniger der Vorstellung französischsprachiger Jugendlicher von politischer Partizipation. Ausserdem decken sie sich möglicherweise stärker mit den visuellen und praktischen Gewohnheiten der Deutschschweizerinnen und Deutschschweizer.

On a un projet engage.ch qui est en cours dans une commune chez nous dans le canton de Vaud. Ça n'a pas vraiment bien marché, on est tout au début du processus, ça a été lancé en novembre. Donc ce n'est peut-être pas la bonne période, on ne sait pas trop pourquoi cela ne fonctionne pas. C'est peut-être aussi que les romands voient les choses différemment que les suisses allemands. Une plateforme qui correspond visuellement et pratiquement à un suisse allemand, ne correspond pas au standard romand peut-être. Et puis, c'est vrai, en terme de terminologie, en Suisse allemande vous parlez plus de démarche politique, vous êtes vraiment plus dans une vision politique. En Suisse romande, on parle de citoyenneté, de processus démocratique, on est plus dans ces terminologies-là. Et du coup c'est vrai que le projet engage.ch avec tous les questionnaires très politisés qui finissent sur une démarche de souhait sur la plateforme engage.ch, ne correspond peut-être pas à la terminologie, à la vision qu'on a de la participation citoyenne sur le canton de Vaud. (Int. 3, 00:44:41, Anna Mrazek)

Schliesslich wurde noch ein Punkt diskutiert, der nicht direkt die Zugänglichkeit verbessert, der jedoch die Attraktivität der Plattform für junge Menschen steigern kann. So sehen die Expertinnen und Experten Entwicklungspotenzial darin, dass **Vernetzungsmöglichkeiten** in die Plattform eingebaut werden könnten. Es wird argumentiert, dass sich die Jungen von einer Plattform Vernetzungs- und Kommunikationsmöglichkeiten wünschen, wie sie auch ihre Social-Media-Kanäle aufweisen. Gestützt wird dieses Argument von immerhin ungefähr einem Drittel der Befragten der Jugendumfragen, welche finden, dass ein Austausch

mit anderen Jugendlichen möglich sein sollte. Zudem geht es in eine ähnliche Richtung wie das Bedürfnis der jungen Menschen in den Gruppendiskussionen, die sich eine einfache Anbindung an ihre Social-Media-Kanäle wünschen.

Wenn man ein Projekt hat, möchte man das einfach teilen und weiterverbreiten, es vielleicht noch bestücken mit eigenen Kommentaren und es so versenden. Also dieses ganze Posten, «ich bin da dabei», «ich werde mithelfen», «schau mal, hier gibt es was Cooles, wo ich auch gerne mit dabei bin». Inhalte weiterverbreiten, vernetzen und personalisieren. Das ist ein riesiges Anliegen von Jungen. (Int. 3, Maximiliane Basile, 00:40:49)

7.3.2. Zwischenfazit zur Frage 3: Verbesserung der Zugänglichkeit

Die Diskussion der Expertinnen und Experten zeigt: Damit eine möglichst gute Zugänglichkeit digitaler Partizipationsplattformen gewährleistet werden kann, sind verschiedene Punkte zu beachten. Diese werden im Folgenden zusammengefasst.

Kombination analog/digital: Die Diskussion der Expertinnen und Experten zeigt, dass die Verbindung des Digitalen mit dem Analogen, besonders bei digitalen Partizipationsprozessen, die auf junge Menschen abzielen, von grosser Wichtigkeit ist. Hierbei wird den Schulen eine besondere Rolle zugeschrieben. Erstens kommen die Expertinnen und Experten wie auch die Jugendlichen in den Jugendumfragen und den Gruppendiskussionen zum Schluss, dass den Gruppen, welche weniger technikaffin sind, besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Im Unterschied zu den Gruppendiskussionsteilnehmenden halten die Expertinnen und Experten dabei aber fest, dass es auch unter den Jugendlichen Personen gibt, welche lieber analog partizipieren. Diese Personen dürfen nicht vernachlässigt werden. Hinzu kommt, dass nicht alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen den gleichen Zugang zu Laptops oder Handys haben. Damit trotzdem ein Einbezug möglichst aller Jugendlicher und junger Erwachsener ermöglicht wird, ist es erstens zentral, dass Partizipation immer über mehrere Kanäle möglich ist, also nicht nur über eine digitale Partizipationsplattform, sondern auch über analoge Wege. Weiter können Schulen sicherstellen, dass auch Jugendliche, die in der Familie beispielsweise über keinen Computer verfügen, über die Schule Zugang zu einem digitalen Partizipationsprozess erhalten. Die Schulen ermöglichen des Weiteren einen «sanften» Einstieg in den Partizipationsprozess: Anstatt dass die Jugend-

lichen nur über eine digitale Partizipationsplattform informiert werden, können sie anhand eines Workshops oder eines kreativen Brainstormings an den Prozess herangeführt und der Partizipationsprozess kann kontextuell eingebettet werden. Generell ist die Begleitung eines digitalen Partizipationsprozesses für junge Menschen wichtig, sei es durch Menschen, die das professionell machen, oder durch andere Jugendliche.

Anonymität: Die Anonymität ist auch bei den Expertinnen und Experten ein wichtiger Diskussionspunkt, da eine fehlende Möglichkeit zur Anonymität eine Hemmschwelle für junge Menschen darstellen kann. Die Expertinnen und Experten schlagen vor, dass die Anonymität dort gewährleistet wird, wo sie möglich ist. Um Spam oder Hasskommentare zu vermeiden, wird eine Moderation der Plattform vorgeschlagen. Und braucht es einen Verzicht auf Anonymität, könnte ein Stufenmodell zum Einsatz kommen. Das heisst, dass man mit einer anonymen Teilnahme starten kann und man erst im Verlauf eines Partizipationsprozesses mit dem richtigen Namen auftritt. Zudem sehen auch die Expertinnen und Experten ein Bedürfnis der Jugend nach Vernetzungsmöglichkeiten und Verknüpfungen mit sozialen Netzwerken. Wer also mit seinem Namen partizipieren möchte, soll das tun können und er oder sie soll auch über andere soziale Netzwerke darüber berichten können.

Sprachregionen: In der Schweiz kommt den unterschiedlichen Sprachregionen eine wichtige Rolle zu. Digitale Partizipationsplattformen müssen den unterschiedlichen Terminologien in den verschiedenen Sprachregionen sowie den unterschiedlichen Verständnissen politischer Partizipation Rechnung tragen. Andernfalls besteht die Gefahr, dass gewisse Sprachregionen weniger von gewissen Plattformen profitieren können als andere.

8. Diskussion

In diesem Kapitel werden die Erkenntnisse der Analyse, welche in Kapitel 7 dargestellt wurden, diskutiert und in den theoretischen Kontext eingeordnet. Genauso wie die Analyse, wird die Diskussion entlang der drei Fragestellungen dieser Studie aufgebaut.

8.1. Frage 1: Profil der Nutzerinnen und Nutzer

Ausgangslage der Frage nach dem Profil der Nutzerinnen und Nutzer digitaler Partizipationsplattformen war die Beobachtung bisheriger Partizipationsforschung, die besagt, dass es bei der politischen Partizipation typische Gräben entlang soziodemografischer Merkmale gibt. So zeigt die bestehende Forschung, dass vor allem besser gebildete, ältere Männer mit hohem Einkommen partizipieren (Schlozman et al. 2010: 486, Pfanzelt und Spies 2019: 34, Schöttle 2019: 41). Ob die digitale Partizipation diese Gräben schliessen kann, ist in der Literatur umstritten. Während die «cyber-optimists» eine Chance zur Überwindung dieser bestehenden Partizipationsmuster sehen, befürchten die «cyber pessimists» eine Verstärkung derselbigen (Norris 2001: 11). Empirische Erkenntnisse finden sich in der Forschung zu beiden Sichtweisen, wobei es Hinweise darauf gibt, dass das Setting, in welchem digitale Partizipationsprozesse stattfinden, entscheidend dafür ist, wer durch einen Partizipationsprozess mobilisiert werden kann. So kann sich eine Zusammenarbeit mit Schulen oder eine anderweitige Begleitung eines Partizipationsprozesses in inhaltlicher oder technischer Hinsicht positiv auf eine breite Mobilisierung auswirken.

Bei der Durchführung von engage-Kampagnen wird viel Wert auf ein passendes Setting gelegt, sei es über eine Begleitung eines Partizipationsprozesses durch die lokale Jugendarbeit, die Verwaltung, ein lokales Jugendparlament oder aber über analoge Workshops zur Mobilisierung junger Menschen. Aus diesem Grund wurde erwartet, dass engage.ch von allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit gleich hoher Wahrscheinlichkeit genutzt wird, unabhängig ihres Alters, Geschlechts, Bildungsniveaus, Migrationshintergrunds, ihrer Sprache und ihres Wohnsitzes (Stadt/Land).

Die Analyse zeigt, dass sich diese Erwartung nur teilweise bewahrheitet. Für zwei Merkmale finden sich trotz des Settings von engage.ch Unterschiede in den Partizipationswahrscheinlichkeiten der jungen Menschen: Zum einen partizipieren Jungs und junge Männer eher als Mädchen und junge Frauen. Das zeigt sich in der deskriptiven Analyse der Daten der Nutzerinnen und Nutzer der nationalen Kampagnen und wird durch die Regressionsanalysen noch bestätigt: Es gibt einen signifikanten Unterschied zwischen den Geschlechtern. Die Plattform engage.ch schafft es also nicht, den «Gender Gap», der in der politischen Partizipation häufig zu beobachten ist (Pfanzelt und Spies 2019: 34), zu überwinden. Typische Gründe für diesen Gender Gap sind unterschiedliche zeitliche Ressourcen, unterschiedliche sozioökonomische Merkmale (z.B. Bildung oder Einkommen) oder die Sozialisierung (Pfanzelt und Spies 2019: 34). Es ist anzunehmen, dass bei engage.ch vor allem letztere eine Rolle spielt, da die unterschiedlichen zeitlichen Ressourcen sowie Unterschiede im sozioökonomischen Status vor allem im Verlaufe des Eintritts ins Berufsleben und während der Familiengründung und der damit anfallenden Zunahme der Care-Arbeit entstehen. Verschiedene Studien zeigen, dass die politische Sozialisation das Interesse von Menschen an Politik schon ab der frühen Kindheit beeinflusst. Am wichtigsten ist hierbei der familiäre Kontext. Aber auch ein regelmässiger Austausch mit politisch aktiven Freundinnen und Freunden, die politische Bildung oder Möglichkeiten für ein Engagement in der Schule sowie gewisse Freizeitaktivitäten, beispielsweise das Ausüben einer kompetitiven Sportart, beeinflussen die politische Sozialisation. Die Unterschiede zwischen dem politischen Verhalten der Geschlechter entstehen beispielsweise dadurch, dass mit Söhnen eher über Politik gesprochen wird als mit Töchtern, dass sich Eltern mehr Sorgen um ihre Töchter machen oder diese strenger beaufsichtigen, dass Mädchen weniger ermuntert werden, eine berufliche oder politische Karriere anzustreben oder dass es weniger weibliche Vorbilder in der Politik gibt (Pfanzelt und Spies 2018: 38). Dies sind jedoch lediglich mögliche Erklärungsansätze. Um herauszufinden, welche Mechanismen dem Gender Gap bei der Nutzung von engage.ch zugrunde liegen, braucht es weitere Untersuchungen.

Neben dem Unterschied zwischen den Geschlechtern gibt es auch gewisse Unterschiede beim Alter: 14-Jährige partizipieren in jedem Modell signifikant eher als die anderen Altersgruppen. Zudem finden sich leichte Hinweise darauf, dass die 15-Jährigen sich weniger beteiligen. Dieser Effekt ist jedoch nicht durchgehend signifikant. Diese Beobachtung ist basierend auf der Literatur schwierig zu begründen. So befassen sich bestehende Studien vor allem mit dem Unterschied zwischen den Generationen und es wird keine Unter-

scheidung innerhalb der Gruppe von 12- bis 25-Jährigen gemacht. Denkbar ist jedoch, dass es für unter 14-Jährige schwieriger ist, einen digitalen Partizipationsprozess zu verstehen. Zwar kommen auch im ersten und zweiten Zyklus des Lehrplans 21 schon gewisse Kompetenzen vor, die auch für die politische Bildung relevant sind. Doch wirklich konkret wird es erst im dritten Zyklus, also ab der siebten Klasse und somit ungefähr ab dem Alter von 13 Jahren. Auch die 13-Jährigen haben aber im Vergleich zu den 14-Jährigen erst maximal ein Jahr politische Bildung in der Schule behandelt, sind also mit der politischen Beteiligung vielleicht noch weniger vertraut als die 14-Jährigen. Ab 15 Jahren, also ungefähr ab der 9. Klasse, könnten die jungen Menschen schon zu stark durch ihre Berufswahl absorbiert sein, als dass sie sich noch politisch beteiligen möchten. Und die jungen Erwachsenen über 18 Jahre können durch die Jugendumfragen in den Gemeinden schwieriger erreicht werden. Zudem ist es möglich, dass es spezifisch in den befragten Gemeinden bei den 14-Jährigen mehr Lehrkräfte gab, die es schafften, die Jugendlichen zur Eingabe eines Anliegens zu motivieren – beispielsweise durch eine gelungene Einbettung des engage-Prozesses in den Unterricht. Dies wäre wiederum ein Hinweis darauf, dass das Setting eine entscheidende Rolle spielt. Jedoch handelt es sich hierbei lediglich um eine Spekulation, welche genauer untersucht werden müsste.

Diese Studie reiht sich mit ihren Erkenntnissen also in die Reihe der Arbeiten ein, welche sowohl mobilisierende Effekte (vor allem in Hinblick auf das Bildungsniveau und den Migrationshintergrund) wie auch verstärkende Effekte (vor allem in Hinblick auf das Geschlecht) beobachtet (Best und Krueger 2005, Schlozman et al. 2010, Hirzalla, van Zoonen und de Ridder 2011, Carlisle und Patton 2013, Jensen 2013, Oser, Hooghe und Marien 2013, Feezell 2016, Hoffman und Lutz 2019).

8.2. Frage 2: Anforderungen an digitale Partizipationsplattformen

Der Frage nach den Anforderungen und Erwartungen an digitale Partizipationsplattformen liegen nicht, wie der ersten Frage, theoretische Erwartungen zugrunde. Es wurde ein empiriegeleitetes Vorgehen gewählt, sprich, ausgehend von den gesammelten Daten werden die wichtigsten Anforderungen abgebildet. Die Jugendumfragen sowie Gruppendiskussionen mit Nutzerinnen und Nutzern von engage.ch zeigen, dass es fünf Hauptbereiche gibt, in die sich die

Anforderungen junger Menschen an digitale Partizipationsplattformen gliedern lassen: Inklusion, Handhabung, Applikation, Anonymität und Datensicherheit/Datenschutz. Die fünf Hauptbereiche werden im Folgenden vorgestellt und in die bestehende Forschung eingebettet.

Inklusion: Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen der Jugendumfragen sowie der Gruppendiskussionen finden, dass digitale Partizipationsprozesse für alle zugänglich sein müssen. Mit der richtigen Ausgestaltung bieten sie die Möglichkeit, besonders auch junge Menschen, die bisher kaum oder gar nicht politisch aktiv waren, für die Politik oder zumindest den jeweiligen Partizipationsprozess zu begeistern. Damit knüpft diese Studie an die bestehende Forschung an, welche besagt, dass das Setting den Erfolg eines digitalen Partizipationsprozesses beeinflussen kann (Zimmermann 2016: 7, Rexhepi et al. 2017: 2, van den Berg et al. 2020). Massnahmen für eine möglichst grosse Inklusion sind gemäss den jungen Menschen, welche für diese Studie befragt wurden, die Kombination digitaler und analoger Beteiligungsformen (damit auch weniger technikaffine Menschen nicht abgehängt werden), eine jugendgerechte Sprache und ausreichend Informationen über digitale Partizipationsmöglichkeiten. Besonders der letzte Punkt wurde, mit einer Ausnahme (Rathenau Institut 2020: 5), in der bisherigen Forschung eher vernachlässigt. Bei der Streuung der Informationen über Plattformen wird den Schulen eine wichtige Rolle zugeschrieben. Mit dieser Kombination des Digitalen und des Analoges schliesst sich diese Studie bereits bestehenden Arbeiten an, die aufzeigen, dass Onlinepartizipation von jungen Menschen oftmals nicht als separate Sphäre verstanden wird, sondern eine Ergänzung zur Offlinepartizipation darstellt. Beispielsweise kann das Internet als Hilfe zur Mobilisierung für Offlineaktivitäten genutzt werden (Raynes-Goldie und Walker 2008: 171, Banaji und Buckingham 2010: 20, Rathenau Institut 2020: 6). So wird auch dem Anspruch der Jugendlichen und jungen Erwachsenen gerecht, dass Politik auch analoge Diskussionen und Begegnungen beinhalten sollte, etwas, was die digitale Partizipation nicht bieten kann.

Handhabung und App (zwei Bereiche): Eine einfache Handhabung digitaler Partizipationsplattformen ist zentral, darin gehen die Jugendlichen aus den Jugendumfragen und den Gruppendiskussionen mit bereits bestehenden Studien einig (Raynes-Goldie und Walker 2008: 176, Banaji und Buckingham 2019: 20). Besonders bei einem jungen Zielpublikum ist neben der jugendgerechten Sprache eine angemessene Wahl der Kommunikationsform zu beachten. Die Vermittlung von Inhalten muss den verschiedenen Bedürfnissen

junger Menschen (kurze Texte/Videos vs. lange Erklärungen mit Hintergrundinformationen) gerecht werden. Auch das ist ein Punkt, den die bestehende Forschung schon gezeigt hat (Pietilä 2019: 468–469). Zudem schätzen die jungen Menschen den geringeren Aufwand von Onlinemitwirkung. Eine digitale Partizipationsplattform sollte daher mit möglichst wenig Klicks und einem möglichst geringen administrativen Aufwand möglich sein. In diese Richtung geht auch die Anwendung via App: Eine Mehrheit der jungen Menschen wünscht sich, dass eine digitale Partizipationsplattform via App verfügbar ist. Das würde nicht nur bedeuten, dass das Aufrufen eines Browsers und das Eintippen der Website entfallen würde, sondern mit einer App wäre die Plattform auch präsenter und einfacher in den Alltag einzubinden.

Anonymität: Ob die Teilnahme an digitalen Partizipationsprozessen anonym erfolgen soll oder nicht, muss in jedem Fall sorgfältig abgewogen werden. Bietet man einen anonymen Zugang, so kann dies die Verbreitung von Spam und Hasskommentaren fördern, eine Sorge, die nicht nur die Jugendlichen und jungen Erwachsenen in dieser Studie beschäftigt (Banaji und Buckingham 2010: 19, Pietilä et al. 2019: 468). Ist der Zugang aber anonym, trauen sich Jugendliche und junge Erwachsene vielleicht eher, sich im Internet politisch zu äussern, denn durch die Anonymität verlieren soziodemografische Merkmale wie das Geschlecht, der soziale Status, der Bildungsstand und eben auch das Alter an Wichtigkeit (Norris 2001: 218, Jensen 2013: 3–4). Wünschenswert ist, dass den Nutzerinnen und Nutzern digitaler Partizipationsplattformen die Wahl gelassen wird, ob sie sich anonym beteiligen oder nicht. Auch hier sind nämlich die Bedürfnisse divers: Während sich die einen durch fehlende Anonymität abschrecken lassen, wünschen sich andere eine einfache Verknüpfung digitaler Partizipationsplattformen mit den sozialen Medien, damit die eigenen Beiträge der Plattform geteilt werden können.

Datensicherheit/Datenschutz: Ein Punkt, den die bestehende Forschung bisher kaum thematisiert, sind die Bedenken junger Nutzerinnen und Nutzer von digitalen Partizipationsplattformen in Bezug auf die Datensicherheit und den Datenschutz. Den jungen Menschen ist es wichtig zu wissen, was mit den eigenen Daten geschieht und wer hinter einer Website steht. Wenn das Vertrauen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in eine Website fehlt, hält sie das im schlimmsten Fall davon ab, die Plattform zu nutzen. Es ist daher wichtig, dass die Betreiberinnen und Betreiber einer digitalen Partizipationsplattform transparent darüber informieren, wer hinter einer Plattform steht und wie mit den Daten auf einer Plattform umgegangen wird. Ein Beispiel, wie das funktionieren kann,

liefert easyvote, ein weiteres Angebot des DSJ. Der Bereich easyvote ist nach dem Datenschutz-Gütesiegel GoodPriv@cy zertifiziert. Auf der Website von easyvote wird über den Umgang mit Daten informiert und das Datenschutzzertifikat kann eingesehen werden.

8.3. Frage 3: Verbesserung der Zugänglichkeit

Nachdem geklärt wurde, wer digital partizipiert und was die Anforderungen und Erwartungen junger Menschen an digitale Partizipationsplattformen sind, bleibt noch zu diskutieren, wie digitale Partizipationsplattformen möglichst zugänglich gestaltet werden können.

Kombination analog/digital: Ein wichtiger Faktor für eine möglichst gute Zugänglichkeit gemäss den Expertinnen und Experten ist deckungsgleich mit der bestehenden Forschung (Raynes-Goldie und Walker 2008: 171, Banaji und Buckingham 2010: 20, Rathenau Institut 2020: 6) sowie den Anforderungen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen an digitale Partizipationsplattformen. Ein Partizipationsprozess sollte nicht ausschliesslich digital stattfinden. Dies hat verschiedene Gründe: Erstens muss bedacht werden, dass es sowohl unter Jugendlichen wie auch generell in der Bevölkerung Menschen gibt, die entweder keinen Zugang zu modernen Technologien haben (Kluft erster Ordnung) oder aber im Umgang damit nicht geübt sind (Kluft zweiter Ordnung). Diese Klüfte erster und zweiter Ordnung werden auch in der Literatur thematisiert (Elliott und Earl 2018: 702). Findet ein Partizipationsprozess rein digital statt, so werden diese Menschen von dem Prozess ausgeschlossen, die auf der falschen Seite einer oder beider dieser Klüfte stehen. Neben der analogen Teilnahme ist auch die analoge Begleitung eines digitalen Partizipationsprozesses ein wichtiger Erfolgsfaktor, besonders auch, wenn junge Menschen angesprochen werden sollen. Diese Begleitung kann beispielsweise durch eine breite Information über die Schulen oder einen Einstieg in den Partizipationsprozess anhand eines kreativen Brainstormings oder eines Workshops erfolgen. Ansprechpersonen können Erwachsene, aber auch andere Jugendliche sein – etwas, was sich vor allem auch im Rahmen von engage-Prozessen bewährt hat. Diese werden durch Jugendliche und junge Erwachsene begleitet. Zudem wurde in der Bewerbung der Kampagne «Verändere die Schweiz!» auf sogenannte engage-Ambassadors gesetzt. Das sind Jungpolitikerinnen und -politiker, Jugendparlamentarierinnen und -parlamentarier sowie ehemalige Teilnehmende und weitere interessierte junge Menschen, die in ihrem Umfeld

auf die Kampagne aufmerksam gemacht haben, ihre persönlichen Instagram Accounts genutzt und Inhalte von engage.ch gepusht und geteilt haben. Auch diese Zusammenarbeit hat sich bewährt. Weiter bewahrt eine Kombination mehrerer digitaler Massnahmen einen Prozess auch davor, im reinen «Slackivism» zu enden, also dem im Kapitel 2.3 beschriebenen Aktivismus für Faulenzerinnen und Faulenzer. Dieser vermittelt zwar den Anschein, dass die eigenen Onlineaktivitäten, wie das Liken oder Teilen eines Anliegens, eine Wirkung haben, aber diese Aktivitäten haben tatsächlich kaum oder gar keine Wirkung. Ist die Partizipation rein digital, könnte die Unverbindlichkeit des Digitalen zum Problem werden. Schliesslich kann mit einer analogen Komponente auch sichergestellt werden, dass trotzdem noch reale Diskussionen und Begegnungen stattfinden, ein Punkt, der den Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowohl in der Jugendumfrage wie auch in der Fokusgruppendifkussion am Herzen lag.

Anonymität: Die Anonymität ist ein Faktor, der auch gemäss den Expertinnen und Experten die Zugänglichkeit von digitalen Partizipationsplattformen massgeblich beeinflusst. Empfohlen wird, dass man Anonymität wo immer möglich erlaubt, um die Hemmschwelle für die Teilnahme an einem digitalen Partizipationsprozess so tief wie möglich zu halten. Wenn es zu Spam und Hasskommentaren kommen würde, sollen Hosts eingesetzt werden, die Diskussionen o.Ä. moderieren – ein Vorschlag, der auch in der bisherigen Literatur gemacht wird (Pietilä et al. 2019: 468). Erst, wenn es der Prozess voraussetzt, dass die Anonymität aufgegeben wird, beispielsweise wenn es um ein physisches Treffen geht, soll der echte Name angegeben werden müssen. Eine Teilnahme unter echtem Namen soll aber nach Wunsch in jedem Fall möglich sein, da junge Menschen, die sich auch über digitale Partizipationsplattformen vernetzen und in sozialen Netzwerken über ihre Aktivitäten berichten möchten, dies tun können sollen. Dies ist nämlich ein Bedürfnis, das auch andere Studien als solches identifiziert haben (Raynes-Goldie und Walker 2008: 170). Generell muss angemerkt werden, dass die Erfahrungen mit engage.ch zeigen, dass Anonymität nicht per se zu Spam führt. Die Plattform ist anonym und es müssen kaum Hasskommentare gelöscht werden. Es ist davon auszugehen – und das zeigen sowohl die Gespräche mit den Expertinnen und Experten wie auch mit den engage-Nutzerinnen und -Nutzern –, dass Plattformen, auf denen der politische Diskurs im Zentrum steht, eher Missbrauch ausgesetzt sind als Plattformen wie engage.ch, wo Anliegen, Ideen oder Ähnliches gepostet werden können.

Sprachregionen: In der Schweiz ist es von Nöten, dass man der Sprache und den unterschiedlichen Auffassungen von politischer Partizipation in den verschiedenen Sprachregionen gerecht wird. Es empfiehlt sich, bei der Ent-

wicklung einer Plattform die Expertise von Expertinnen und Experten aller Sprachregionen einzubeziehen. Andernfalls besteht die Gefahr, dass gewisse Sprachregionen weniger von gewissen Plattformen profitieren können als andere.

8.4. Handlungsempfehlungen

Sowohl die bisherige Forschung wie auch die Untersuchung dieser Studie zeigen, dass digitale Partizipationsplattformen das Potenzial aufweisen, auch Menschen, die sich erwartungsgemäss weniger politisch beteiligen, für die politische Partizipation zu mobilisieren. Diese Mobilisierung wird durch verschiedene Faktoren begünstigt. Die Resultate der vorliegenden Untersuchung werden im Folgenden zu Handlungsempfehlungen kondensiert, welche bei der Entwicklung und Betreuung digitaler Partizipationsplattformen für Jugendliche und junge Erwachsene beachtet werden sollten. Anschliessend wird in einer kritischen Selbstreflexion die Rolle des DSJ als Plattformbetreiber diskutiert.

8.4.1. Empfehlungen für Plattformbetreiberinnen und -betreiber

- Ein digitaler Partizipationsprozess, insbesondere für Jugendliche, sollte immer auch eine analoge Komponente aufweisen. Beispiele für eine analoge Komponente sind die Möglichkeit, auch analog an einem Partizipationsprozess teilzunehmen, die Werbung für eine Plattform per Brief oder Plakat oder die Heranführung von Nutzerinnen und Nutzern an eine Plattform im Rahmen eines Workshops.
- Eine Zusammenarbeit mit Schulen ist bei einem digitalen Partizipationsprozess mit jungen Menschen wünschenswert: Sie ermöglicht, dass eine grosse Zahl junger Menschen erreicht und ein Prozess inhaltlich und technisch begleitet werden kann.
- Eine digitale Partizipationsplattform sollte einfach zu handhaben sein.
- Digitale Partizipationsplattformen sollten sich einer einfachen Sprache bedienen und verschiedene Informationsfüllen zur Verfügung stellen (kurze Texte als Einstieg, lange Texte für die Hintergrundinformationen).
- Eine digitale Partizipationsplattform sollte als App verfügbar sein.

- Es sollte wenn immer möglich den Nutzerinnen und Nutzern überlassen werden, eine digitale Partizipationsplattform anonym zu nutzen. Besteht die Gefahr von Spam oder Hasskommentaren, sollte ein Host zur Moderation eingesetzt werden.
- Die Bewerbung einer digitalen Partizipationsplattform ist von grosser Bedeutung. Es muss klar werden, was man auf der Plattform genau erreichen kann. Zudem sollte auch hier eine einfache Sprache verwendet werden.
- Die Betreiberinnen und Betreiber einer digitalen Partizipationsplattform sollten transparent darüber informieren, wer hinter einer Plattform steht und wie mit den Daten auf einer Plattform umgegangen wird.
- Die unterschiedlichen Auffassungen von politischer Partizipation in den verschiedenen Sprachregionen der Schweiz sollten bei der Entwicklung und Bewerbung einer digitalen Partizipationsplattform beachtet werden.

Die Handlungsempfehlungen basieren zu einem grossen Teil auf der Befragung von Nutzerinnen und Nutzern von engage.ch, also einer digitalen Partizipationsplattform mit einem jungen Zielpublikum, deren Nutzung immer auch in einen begleiteten Partizipationsprozess eingebettet ist. Aber auch Plattformen mit einem älteren Zielpublikum und ohne diesen Kontext können sich an einem Grossteil dieser Handlungsempfehlungen orientieren, wenn sie ihre Zugänglichkeit verbessern möchten. Das zeigt sich auch an den Diskussionsbeiträgen der Expertinnen und Experten, die noch nicht enger mit engage.ch zusammengearbeitet und eher Erfahrungen mit einem älteren Zielpublikum gemacht haben. Möchte man Gruppen für die politische Partizipation mobilisieren, die sich tendenziell weniger politisch beteiligen, ist naheliegend, dass man auch dafür eine einfache Handhabung wählt, eine einfache Sprache nutzt, Anonymität ermöglicht und eine Plattform breit bewirbt. Was die analoge Komponente betrifft, gilt auch bei einem älteren Zielpublikum, dass beispielsweise durch Workshops Menschen an eine digitale Partizipationsplattform herangeführt werden können, die von sich aus diesen Zugang nicht suchen würden. Zudem bestehen die Klüfte der Zugänglichkeit zu moderner Technik sowie der Fähigkeiten im Umgang mit derselbigen im Rest der Bevölkerung genauso wie bei der jungen Generation, was ebenfalls für eine analoge Komponente eines digitalen Partizipationsprozesses spricht. Und schliesslich bestehen auch bei einer älteren Zielgruppe Unterschiede zwischen den Sprachregionen was die Terminologie und Ausgestaltung digitaler Partizipationsplattformen angeht.

Dass diese Empfehlungen auch auf andere Altersgruppen übertragen werden können, wird dadurch untermauert, dass viele der Empfehlungen auch in einer Studie, in der es nicht spezifisch um die junge Generation geht, auftauchen, so beispielsweise die Kombination von digitalen und analogen Massnahmen, die richtige Bewerbung digitaler Partizipationsplattformen oder die Notwendigkeit einer ausreichenden Expertise in Bezug auf IT-Sicherheit (Rathenau Institut 2020: 5–7).

8.4.2. Selbstreflexion

Der DSJ ist nicht nur Autor dieser Studie, sondern betreibt mit engage.ch selbst eine digitale Partizipationsplattform. Die Resultate dieser Studie sind somit für den DSJ von besonderer Relevanz, insbesondere die Erkenntnis aus dem ersten Teil der Studie, dass beim Einbezug der Geschlechter bei engage.ch noch keine Gleichheit besteht.

Die Möglichkeiten für die digitale Mitbestimmung entwickeln sich mit dem Fortschreiten der Digitalisierung stetig weiter. Entsprechend sollten bestehende Werkzeuge einer digitalen Demokratie ständig kritisch reflektiert werden – das gilt für digitale Partizipationsplattformen genauso wie für andere Civic-Tech-Tools (Rathenau Institut 2020: 6). Dem zufolge sollten sich die Betreiberinnen und Betreiber in einem ständigen Prozess der Selbstreflexion und des Lernens befinden. Wie anfangs erwähnt, ist digitale politische Partizipation sehr vielschichtig. Studien wie die vorliegende helfen dabei, einzelne Aspekte der digitalen Partizipation genauer zu beleuchten und dienen als Ausgangspunkt für diesen Reflexionsprozess der Betreiberinnen und Betreiber und deren digitalen Demokratietools.

Der DSJ als Plattformbetreiber zieht verschiedene Erkenntnisse aus dieser Studie. Einerseits bestätigt die Studie, dass sich die Kombination analoger und digitaler Elemente, wie sie im Rahmen von engage-Prozessen schon heute erfolgt, bewährt. Weiter wird die Möglichkeit zur anonymen Teilnahme beibehalten, insbesondere angesichts der Tatsache, dass engage.ch kaum mit Spam oder Hasskommentaren konfrontiert ist. Auch in Bezug auf die Transparenz und den Datenschutz wird der bestehende Kurs beibehalten, da in den Gesprächen keine Kritik am Umgang von engage.ch mit Datenschutz und Datensicherheit geäußert wurde. Die Zusammenarbeit mit Schulen wird heute bereits in vielen Gemeindeprozessen umgesetzt. Die Erkenntnisse der Studie

zeigen jedoch, dass es sich lohnen kann, den Partnergemeinden eine solche Zusammenarbeit stärker anzuraten und Wege zu suchen, wie eine Schule eingebunden werden kann, welche Jugendliche aus unterschiedlichen Gemeinden unterrichtet, die nicht alle an dem engage-Prozess teilnehmen.

Den grössten Handlungsbedarf sieht der DSJ beim Gender Gap, der in dieser Studie festgestellt wurde. Dieser Geschlechterunterschied, der sich sowohl in der deskriptiven Auswertung der nationalen Kampagne wie auch in den Regressionsanalysen der Jugendumfragen gezeigt hat, soll aktiver angegangen werden. Ziel wird es sein, gemeinsam mit der Zielgruppe, also Mädchen und jungen Frauen, aber auch mit Expertinnen und Experten, die Onlineplattform und die Kommunikation der Kampagnen zu überprüfen und Verbesserungsmöglichkeiten auszuarbeiten, die dabei helfen sollen, den Gender Gap zu schliessen. Weiter wird überprüft, ob die Plattform noch besser beworben werden kann. Hier wird einerseits untersucht, inwiefern die Visibilität der Plattform verbessert werden kann, andererseits, ob mit der Werbung die richtigen Botschaften transportiert werden. Beispielsweise könnte besser hervorgehoben werden, was Jugendliche mit engage.ch erreichen können. Ausserdem könnten auch hier die Schulen als Multiplikatoren stärker eingebunden werden. Bezüglich der konkreten Ausgestaltung und Handhabung der Plattform sieht der DSJ Handlungsbedarf bei der Bereitstellung der Plattform als App – eine Entwicklung, wo eine Zusammenarbeit mit der Jugendapp von jugendarbeit.digital angestrebt wird. Mit der Stadt Winterthur wurde diese Option erfolgreich getestet und wird nun auch anderen Gemeinden, welche die Jugendapp besitzen, zugänglich gemacht. Schliesslich bleibt noch die Sensibilität in Bezug auf die Bedürfnisse der unterschiedlichen Sprachregionen der Schweiz, welche es zu beachten gibt. Die momentan stärkere Nutzung durch Jugendliche aus der Romandie lässt keinen akuten Handlungsbedarf vermuten, bei der Weiterentwicklung der Webseite ist es jedoch von Bedeutung die unterschiedlichen Sprachkontexte zu beachten. So sollte zum Beispiel eine Diskussion zum Geschlechterunterschied mit einer mehrsprachigen Gruppe geführt werden.

9. Fazit

Im November 2019 startete das interdisziplinäre Projekt der Stiftung für Technologiefolgen-Abschätzung TA-SWISS zur digitalen Demokratie. Drei Projektgruppen untersuchten vom November 2019 bis im April 2021 unterschiedliche Aspekte dieses Themengebiets. Der DSJ untersucht mit der vorliegenden Studie das digitale Partizipationsverhalten Jugendlicher und junger Erwachsener anhand der eigenen Onlineplattform engage.ch. Genauer gesagt, betrachtet der DSJ drei Forschungsfragen:

1. Wer partizipiert digital? (Alter, Geschlecht, Bildungs- und Migrationshintergrund, Stadt/Land, Sprachregion)
2. Welche Anforderungen und Erwartungen stellen Jugendliche und junge Erwachsene an digitale Partizipationsplattformen?
3. Wie können digitale Partizipationsplattformen zugänglicher gestaltet werden, um möglichst viele Nutzerinnen und Nutzer anzusprechen?

Die drei Fragestellungen dieser Studie wurden anhand eines Mixed Methods-Designs beantwortet. Das heisst, die quantitativen Resultate aus der ersten Phase des Forschungsprozesses wurden durch qualitative Methoden vertieft. Zur Beantwortung der ersten Fragestellung wurden die Daten der Nutzerinnen und Nutzer der digitalen Partizipationsplattform engage.ch analysiert. Die zweite Fragestellung wurde einerseits durch die Auswertung der engage-Jugendumfragen, sowie durch zwei Gruppendiskussionen mit Nutzerinnen und Nutzern von engage.ch beantwortet. Zur Beantwortung der dritten Fragestellung wurde schliesslich eine Gruppendiskussion mit Expertinnen und Experten aus der Jugendarbeit und aus dem Bereich Civic Tech geführt.

Die Studie hat gezeigt, dass die Antwort auf die Frage danach, wer digital partizipiert, stark kontextabhängig ist. Sie variiert je nach Funktionsweise und Ausgestaltung einer digitalen Partizipationsform oder eines digitalen Partizipationsprozesses. Entsprechend ist die bestehende Forschung zweigeteilt: Manche Studien stellen fest, dass durch digitale Partizipation teilweise Gruppen mobilisiert werden können, welche erfahrungsgemäss weniger politisch aktiv sind. Dazu gehören junge Menschen, Frauen sowie Menschen mit tieferem Einkommen oder tieferem Bildungsniveau (Schlozman et al. 2010: 486, Pfanzelt und Spies 2019: 34, Schöttle 2019: 41). Andere Arbeiten zeigen, dass bestehende

Gräben entlang soziodemografischer Faktoren auch bei der digitalen Partizipation bestehen bleiben (Norris 2001, Banaji und Buckingham 2010, Büchi und Vogler 2017). Im Kontext der digitalen Partizipationsplattform engage.ch lautet die Antwort auf die Frage, wer digital partizipiert, dass Jungs und junge Männer eher ein Anliegen auf engage.ch einreichen als Mädchen und junge Frauen. Der sogenannte Gender Gap wird also auch bei der Nutzung von engage.ch repliziert. Zudem gibt es gewisse Unterschiede beim Alter der engage-Nutzerinnen und -Nutzer. Abgesehen davon sind jedoch keine Unterschiede in Bezug auf das Bildungsniveau, den Migrationshintergrund, die Stadt/Land-Zugehörigkeit oder die Sprachregion festzustellen. Das spricht dafür, dass die Plattform engage.ch zumindest teilweise eine mobilisierende Wirkung hat. Die bestehende Forschung lässt vermuten, dass diese mobilisierende Wirkung mit der Setzung der richtigen Rahmenbedingungen noch verstärkt und auch auf das Geschlecht und das Alter ausgedehnt werden könnte.

Diese Rahmenbedingungen standen bei der Beantwortung der zweiten und der dritten Fragestellung im Fokus. Erstens hat die Studie gezeigt, dass sich die Anforderungen und Erwartungen Jugendlicher und junger Erwachsener an digitale Partizipationsplattformen in fünf Hauptbereiche gliedern lassen: Sie müssen inklusiv, einfach zu handhaben sowie als App verfügbar sein. Zudem sollte eine anonyme Teilnahme möglich, jedoch nicht zwingend sein und der Datenschutz und die Datensicherheit müssen gewährleistet werden. Zweitens hat die Diskussion der Expertinnen und Experten über die Zugänglichkeit digitaler Partizipationsplattformen gezeigt, dass die Zugänglichkeit durch drei Hauptfaktoren bestimmt wird: Auch sie schätzen Anonymität als wichtigen Faktor ein für eine möglichst zugängliche digitale politische Partizipation. Weiter halten sie fest, dass ein digitaler Partizipationsprozess nicht ausschliesslich online stattfinden sollte. Schliesslich sollte den verschiedenen Sprachregionen der Schweiz und möglichen unterschiedlichen Verständnissen von politischer Partizipation sowie unterschiedlichen visuellen und praktischen Gewohnheiten Rechnung getragen werden.

Die verschiedenen Anliegen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie der Expertinnen und Experten wurden zu neun Handlungsempfehlungen zusammengefasst, welche bei der (Weiter-)Entwicklung digitaler Partizipationsplattformen beachtet werden sollten – mit einem jungen oder auch einem älteren Zielpublikum. Die Handlungsempfehlungen wurden zwar ausgehend von der Plattform engage.ch formuliert, also einer digitalen Partizipationsplattform mit einem jungen Zielpublikum, deren Nutzung grundsätzlich in einen begleiteten

Partizipationsprozess eingebettet ist. Trotzdem ist auch eine Übertragung auf andere Plattformen möglich. Das zeigt sich einerseits darin, dass die Expertinnen und Experten, die noch nicht enger mit engage.ch zusammengearbeitet und eher Erfahrungen mit einem älteren Zielpublikum gemacht haben, ähnliche Empfehlungen formulierten, wie die Personen aus der Jugendarbeit, die schon engage-Prozesse begleitet haben. Hinzu kommt, dass man für die Überwindung bestehender Gräben in der Partizipationsbereitschaft Menschen mobilisieren muss, die erst wenig Erfahrung mit politischen Aktivitäten haben – eine Eigenschaft, die auch auf junge Menschen zutrifft. Es ist daher anzunehmen, dass bei der Mobilisierung dieser Gruppen ähnliche Mechanismen zum Tragen kommen, wie bei jungen Menschen. Dass diese Empfehlungen auch auf andere Altersgruppen übertragen werden können, wird zudem dadurch untermauert, dass viele der Empfehlungen auch in einer Studie, in der es nicht spezifisch um die junge Generation geht, auftauchen, so beispielsweise die Kombination von digitalen und analogen Massnahmen, die richtige Bewerbung digitaler Partizipationsplattformen oder die Notwendigkeit einer ausreichenden Expertise in Bezug auf IT-Sicherheit (Rathenau Institut 2020: 5–7).

Mit den genannten Erkenntnissen liefert diese Studie ein weiteres Puzzleteil für die Forschung im Bereich Civic Tech im Allgemeinen und digitaler Partizipationsplattformen im Speziellen. Somit leistet sie einen Beitrag zur Weiterentwicklung des zukunftssträchtigen Bereiches Civic Tech und der Erarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen für die Digitalisierung der Schweizer Demokratie. Die Möglichkeiten für die digitale Mitbestimmung entwickeln sich mit dem Fortschreiten der Digitalisierung stetig weiter. Entsprechend sollten bestehende Werkzeuge einer digitalen Demokratie ständig kritisch reflektiert werden – das gilt für digitale Partizipationsplattformen genauso wie für andere Civic-Tech-Tools (Rathenau Institut 2020: 6). Dem zufolge sollten sich die Betreiberinnen und Betreiber in einem ständigen Prozess der Selbstreflexion und des Lernens befinden.

Digitale politische Partizipation ist sehr vielschichtig. Studien wie diese helfen dabei, einzelne Aspekte der digitalen Partizipation genauer zu beleuchten und dienen als Ausgangspunkt für den Reflexionsprozess der Betreiberinnen und Betreiber und deren digitalen Demokratietools. Besondere Beachtung sollte in diesem Prozess der Frage zukommen, ob das digitale Partizipationstool eine möglichst grosse Vielfalt an Nutzerinnen und Nutzern erreicht – sofern natürlich eine Plattform gewisse demokratische Ansprüche an sich stellt bzw. nicht spezifische Minderheiten als Zielgruppe nennt. Die Erkenntnisse dieses Projekts helfen dabei, digitale Partizipationsplattformen inklusiver zu gestalten und

für neue Gruppen von Nutzerinnen und Nutzern zu öffnen, womit die politische Partizipation von jungen Erwachsenen aller gesellschaftlichen Schichten und kultureller Hintergründe gefördert werden kann. Wünschenswert ist dies vor dem Hintergrund der noch immer bestehenden Ungleichheit der politischen Partizipation zwischen verschiedenen Gruppen, beispielsweise Menschen unterschiedlichen Geschlechts, Bildungshintergrundes oder Einkommens. Dies widerspricht dem Grundpfeiler einer Demokratie, gemäss dessen sich alle Menschen gleich beteiligen sollten. Diese Studie zeigt, dass die digitale Welt das Potenzial hat, solche bestehenden Ungleichheiten zu überwinden.

Annex

Verwendete Variablen

Variable	Ausprägungen	Quelle
Geschlecht	1 weiblich 2 männlich	Jugendumfrage engage.ch
Alter (Splines)		
Alter bis 12	10-jährig oder jünger 11-jährig 12-jährig	Jugendumfrage engage.ch
Alter 13	13-jährig	
Alter 14	14-jährig	
Alter 15	15-jährig	
Alter ab 16	16- bis 25-jährig	
Bildungshintergrund	1 Primarschule 2 Gymnasium 3 Sek A 4 Sek B 5 Sek C/Real 6 Berufslehre (mit BM) 7 Berufstätig, FH, Uni	Jugendumfrage engage.ch

Migrationshintergrund	1 Kein Migrationshintergrund 2 MH erste Generation 3 MH zweite Generation 4 Kein MH oder zweite Generation	Jugendumfrage engage.ch, gruppiert nach dem Schema des BFS ¹⁶
Stadt/Land	1 städtisch 2 periurban 3 ländlich	Jugendumfrage engage.ch, gruppiert nach der Gemeindetypologie des BFS ¹⁷
Sprache	1 Deutsch 2 Französisch	Jugendumfrage engage.ch

¹⁶ Website des Bundesamtes für Statistik. Bevölkerung nach Migrationsstatus. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/migration-integration/nach-migrationsstatuts.html> (zuletzt besucht am 14.01.2021).

¹⁷ Website des Bundesamtes für Statistik. Applikation der Schweizer Gemeinden. [https://www.agvchapp.bfs.admin.ch/de/typologies/results?SnapshotDate=01.01.2021&SelectedTypologies\[0\]=HR_GDETYP2012](https://www.agvchapp.bfs.admin.ch/de/typologies/results?SnapshotDate=01.01.2021&SelectedTypologies[0]=HR_GDETYP2012) (zuletzt besucht am 12.01.2021).

Fragebogen

An dieser Stelle werden lediglich die Teile der Jugendumfrage aufgenommen, welche für dieses Projekt relevant sind. Dies sind die Kapitel 4: *Digitale Partizipation*, 7: *Welche konkreten Anliegen und Ideen hast du*, und 8: *Persönliche Angaben*.

4 Digitale Partizipation

12a. Das Internet verändert unser Leben und unsere Politik. Nicht nur Wählen und Abstimmen könnte künftig über das Internet geschehen. Indem du beispielsweise am Ende dieser Umfrage eine Idee für XX eingibst, beteiligst du dich ebenfalls übers Internet an der Politik in XX. Findest du Onlinemitwirkung gut? Sprich, wenn du dich im Internet zu politischen Themen äussern und wenn du über Plattformen wie engage.ch mitwirken kannst? (Auswahl)

- Ich finde Onlinemitwirkung schlecht.
- Mir ist Onlinemitwirkung egal.
- Ich finde Onlinemitwirkung gut.
- Ich verstehe die Frage nicht.

12b. Wieso findest du Onlinemitwirkung schlecht? (Filter, wenn bei 12a Option Schlecht, Mehrfachauswahl)

- Bedenken bezüglich Datenschutz (was geschieht mit meinen persönlichen Daten, wo werden diese gespeichert – in der Schweiz oder im Ausland?)
- Bedenken bezüglich Datensicherheit (ist die Plattform sicher und vor unbefugtem Zugriff geschützt?)
- Persönlicher Kontakt ist mir wichtiger.
- Sie schliesst Menschen ohne Zugang zum Internet aus.
- Onlinemitwirkung bietet eine Plattform für Spam und Hasskommentare.
- Onlinemitwirkung wird von PolitikerInnen nicht ernst genommen.

- Andere (Textfeld)
- Ich verstehe die Frage nicht.

12c. Wieso findest du Onlinemitwirkung gut? (Filter, wenn bei 12a Option Gut, Mehrfachauswahl)

- Sie ermöglicht, dass mehr Menschen mitmachen können.
- Ich kann mich zu jeder Zeit und von überall einbringen.
- Ich finde einfach Leute, die meine Meinung unterstützen.
- Man kann auf einfache Weise gemeinsame Lösungen erarbeiten.
- Ich beteilige mich lieber via Computer/Smartphone als offline.
- Anonymität
- Wenig Aufwand
- Andere (Textfeld)
- Ich verstehe die Frage nicht.

13. engage.ch ist eine Internetseite, auf der du dich übers Internet an der Politik in XX beteiligen kannst. Solche Internetseiten gibt es nicht nur für die politische Beteiligung, sondern auch für andere Themen. Beispielsweise kannst du über die Seite bikeable.ch melden, wenn du findest, dass an einem Ort ein Velostreifen oder Veloparkplätze fehlen. Oder wenn du in Zürich unterwegs bist und siehst, dass beispielsweise eine Sitzbank, ein Abfalleimer oder ein Strassenschild kaputt sind, kannst du den Schaden auf zueriwieneu.ch posten. Der Schaden wird dann behoben. Das sind drei Beispiele für Onlinebeteiligungsplattformen. Was ist dir bei so einer Plattform wichtig? (Mehrfachauswahl)

- Die Plattform soll auch als App verfügbar sein.
- Die Anonymität soll gewährleistet sein.

- Der Austausch mit anderen Jugendlichen soll möglich sein.
- Jede/r soll seine Anliegen und Meinungen einbringen können.
- Es sollen Inputs und Rückmeldungen zur Planung von Projekten in der Gemeinde gegeben werden können.
- Es sollen Inputs und Rückmeldung zur Umsetzung von Projekten in der Gemeinde gegeben werden können.
- Ein Account soll nicht nötig sein.
- Die digitale Partizipation soll mit einem persönlichen Austausch mit den politischen EntscheidungsträgerInnen kombiniert werden (von Angesicht zu Angesicht).
- Was auf der Plattform diskutiert wird, soll einen thematischen Bezug zu meinem Alltag haben.
- Anderes (Textfeld)
- Ich verstehe die Frage nicht.

7 Welche konkreten Anliegen und Ideen hast du?

19a Was stört dich oder fehlt dir in xx?

Die Onlineplattform engage.ch bietet dir die Möglichkeit, deine Anliegen und Ideen für deine Gemeinde auf einfachem Weg einzubringen und so die Zukunft deiner Gemeinde mitzugestalten. Sage jetzt, was dich in deiner Gemeinde stört oder was dir fehlt. Dein Anliegen wird dann, wenn du das möchtest, auf engage.ch publiziert und möglicherweise schon bald umgesetzt.

19b Welchen Titel willst du deinem Anliegen geben?

19c Beschreibe dein Anliegen.

19d Begründung.

8 Persönliche Angaben

20. Wie alt bist du? (Dropdown-Liste)

- Jünger als 10
- Von 10–25 jede Zahl
- Älter als 25

21. Welches Geschlecht hast du? (Auswahl)

- Männlich
- Weiblich
- Andere
- Keine Angabe

22. Kreuze an, was auf dich zutrifft (Mehrfachauswahl):

- Ich bin in der Schweiz geboren.
- Ich habe einen Schweizer Pass.
- Ich hatte nicht von Geburt an einen Schweizer Pass.
- Mein Vater und/oder meine Mutter ist nicht in der Schweiz geboren.

23. Welche Staatsangehörigkeit(en) hast du? Das heisst, von welchem Land/ von welchen Ländern hast du einen Pass? (Zwei Felder mit Dropdown)

24. Was für eine Ausbildung machst du? (Auswahl) (Welche Begriffe werden normalerweise genutzt für die Frage nach der Ausbildung? → Nach Gemeinde anpassen)

- Primarschule
- Sekundarschule A
- Sekundarschule B
- Sekundarschule C
- Gymnasium
- Berufslehre (Filter: +16)
- Berufslehre mit Berufsmaturität (Filter: +16)
- Handelsschule
- Fachhochschule (Filter: +18)
- Universität (Filter: +18)
- Ausbildung abgeschlossen (berufstätig) (Filter: +18)
- Andere (Textfeld)

25. In welcher Ortschaft wohnst du? (Textfelder)

- PLZ:
- Ort:

26a. Ich war bei den Fragen die meiste Zeit (Auswahl):

- Unkonzentriert
- Eher unkonzentriert
- Mittel
- Eher konzentriert
- Konzentriert

26b. Ich war bei der Beantwortung die meiste Zeit (Schieberegler mit 5 Optionen):

- Müde
- Eher müde
- Mittel
- Eher wach
- Wach

Literatur

Aichholzer, G. & Rose, G. (2020). Experience with Digital Tools, in Different Types of e-Participation. In: Hennen, L., van Keulen, I., Korthagen, I., Aichholzer, G., Lindner, R. & Nielsen, R. Ø. Nielsen (Hg.). *European E-Democracy in Practice* (93–142). Springer International Publishing.

Allaste, A. & Saari, K. (2019). Social Media and Participation in Different Socio-political Contexts: Cases of Estonia and Finland. *YOUNG* 28(2), 138–156.

Althaus, S. & Tewksbury, D. (2000). Patterns of Internet and Traditional News Media Use in a Networked Community. *Political Communication*, 17(1), 21–45.

Banaji, S. & Buckingham, D. (2010). Young People, the Internet, and Civic Participation: An Overview of Key Findings from the CivicWeb Project. *International Journal of Learning and Media*, 2(1), 15–24.

Bell, A. & Jones, K. (2014). Explaining Fixed Effects: Random Effects Modeling of Time-Series Cross-Sectional and Panel Data. *Political Science Research and Methods*, 1–12.

Bernath, J., Suter, L., Waller, G., Külling, C., Willemse, I. & Süss, D. (2020). *James – Jugend, Aktivitäten, Medien – Erhebung Schweiz*. Zürich: Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften.

Best, S.J. & Krueger, B.S. (2005). Analyzing the Representativeness of Internet Political Participation. *Political Behavior*, 27(2), 183–216.

Boulianne, S. (2009). Does Internet Use Affect Engagement? A Meta-Analysis of Research. *Political Communication*, 26(2), 193–211.

Brady, H., Verba, S. & Schlozman, K. (1995). Beyond Ses: A Resource Model of Political Participation. *The American Political Science Review*, 89(2), 271–294.

Bundesamt für Statistik. (2017). BFS Aktuell. 21. Nachhaltige Entwicklung, regionale und internationale Disparitäten. Neuchâtel: BFS.

Büchi, M. & Vogler, F. (2017). Testing a Digital Inequality Model for Online Political Participation. *Socius: Sociological Research for a Dynamic World* 3, 1–13.

- Cajacob, A.O. (2014).** *Scoop it 2.0. Studie zur Mediennutzung und zur politischen Partizipation von Jugendlichen in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein.* Chur: HTW Chur. Verfügbar unter <https://www.fhgr.ch/fhgr/angewandte-zukunftstechnologien/institut-fuer-multimedia-production-imp/projekte/scoop-it-20/> (zuletzt heruntergeladen am 25.11.2020).
- Carlisle, J.E. & Patton, R.C. (2013).** Is Social Media Changing How We Understand Political Engagement? An Analysis of Facebook and the 2008 Presidential Election. *Political Research Quarterly* 66(4), 883–895.
- Chadwick, A. & Anstead, N. (2009).** Parties, Election Campaigning, and the Internet: Toward a Comparative Institutional Approach. In: Chadwick, Andrew und Philip N. Howard (Hg.). *Routledge Handbook of Internet Politics* (56–71). London: Routledge.
- Claessens, A. (2012).** Kindergarten child care experiences and child achievement and socioemotional skills. *Early Childhood Research Quarterly* 27, 365–375.
- Creswell, J.W., Plano Clark, V.L., Gutmann, M.L. & Hanson, W.E. (2003).** Advanced Mixed Methods Research Designs. In: Tashakkori, A. und C. Teddlie (Hg.). *Handbook of Mixed Methods in Social & Behavioral Research* (209–240). Thousand Oaks, Calif: SAGE Publications.
- Dahlberg, L. (2011).** Re-constructing digital democracy: An outline of four ‘positions’. *New media & society*, 1–18.
- Delborne, J.A., Anderson, A.A., Kleinman, D.L., Colin, M. & Powell, M. (2011).** Virtual deliberation? Prospects and challenges for integrating the Internet in consensus conferences. *Public Understand. Sci.* 20(3), 367–384
- Di Gennaro, C. & Dutton, W. (2006).** The Internet and the Public: Online and Offline Political Participation in the United Kingdom. *Parliamentary Affairs* 59(2), 299–313.
- Ekström, M. & Sveningsson, M. (2017).** Young people’s experiences of political membership: from political parties to Facebook groups. *Information, Communication & Society*, 22(2), 155–171.
- Elliott, T. & Earl, J. (2018).** Online protest participation and the digital divide: Modeling the effect of the digital divide on online petition-signing. *new media & society* 20(2), 69–719.

Feezell, J.T. (2016). Predicting Online Political Participation: The Importance of Selection Bias and Selective Exposure in the Online Setting. *Political Research Quarterly* 69(3), 495–509.

Graf, D. & M. Stern. (2018). Agenda für eine digitale Demokratie. Chancen, Gefahren, Szenarien. Zürich: NZZ Libro.

Hirzalla, F., van Zoonen, L. & de Ridder, J. (2011). Internet Use and Political Participation: Reflections on the Mobilization/Normalization Controversy. *The Information Society* 27: 1–15.

Hoffman, C.P. & Lutz, C. (2019). Digital Divides in Political Participation: The Mediating Role of Social Media Self-Efficacy and Privacy Concerns. *Policy and Internet*.

Huang, F.L. (2017). Multilevel Modeling and Ordinary Least Squares Regression: How Comparable Are They? *The Journal of Experimental Education* 86(2), 265–281.

Hug, B. & Piersantelli, N. (2015). „Wenn Jugendliche mit Politikern...“ *Jugendpartizipation in Gemeinden*. Handbuch für Jugendpartizipation in Gemeinden. O.O.: Alpenstadt des Jahres. Verfügbar unter <https://docplayer.org/54448690-Wenn-jugendliche-mit-politikern-jugendpartizipation-in-gemeinden.html> (zuletzt heruntergeladen am 03.03.2021).

Jensen, J.L. (2013). Political Participation Online: The Replacement and the Mobilisation Hypotheses Revisited. *Scandinavian Political Studies* 36(4), 1–18.

Kim, Y., Russo, S. und Amnå, E. (2016). The longitudinal relation between online and offline political participation among youth at two different developmental stages. *new media & society*, 1–19.

Krell, C., Meyer, T. & Mörschel T. (2012). Demokratie in Deutschland. Wandel, aktuelle Herausforderungen, normative Grundlagen und Perspektiven. In: Mörschel, T. & Krell, C. (Hg.) *Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven* (S. 9–30). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Künzler, M. & Herzig, Y. (2015). „Ich finde es wichtig, dass man abstimmen geht!“. Studie zum politischen Interesse von Jugendlichen mit Empfehlungen für die Praxis. Teilstudie II im Rahmen von „scoop-it 2.0!“ – Ein interdisziplinäres Projekt zur Förderung der politischen Partizipation bei Jugendlichen: Empfehlungen. Bericht vom Januar 2015 z.H. der Stiftung Mercator Schweiz und des Dachverbands Schweizer Jugendparlamente. Institut für Multimedia Production, HTW Chur, Chur.

- Lewandowsky, S., Smillie, L., Garcia, D., Hertwig, R., Weatherall, J., Egidy, S., Robertson, R.E., O'Connor, C., Kozyreva, A., Lorenz-Spreen, P., Blaschke, Y. & Leiser, M. (2020).** *Technology and Democracy: Understanding the influence of online technologies on political behaviour and decision-making*, EUR 30422 EN, Publications Office of the European Union, Luxembourg.
- Leyva, R. (2016).** Exploring UK Millennials' Social Media Consumption Patterns and Participation in Elections, Activism, and „Slacktivism“. *Social Science Computer Review*, 1–18.
- Loader, B.D., Vromen, A. & Xenos, M.A.** The networked young citizen: social media, political participation and civic engagement. *Information, Communication & Society* 17(2), 143–150.
- Mahmood, Q.K., Bhutta, M.H. & ul Haq, M.A. (2018).** Effects of sociodemographic variables and Facebook group membership on students political participation. *Education and Information Technologies* 23(2).
- Mustapha, L.K. & Omar, B. (2020).** Do social media matter? Examining social media use and youths' political participation during the 2019 Nigerian general elections. *Round Table*, 109(4), 441–457
- Nam, T. (2012).** Dual effects of the internet on political activism: Reinforcing and mobilizing. *Government Information Quarterly* 29, S90–S97.
- Nentwig-Gesemann, I. (2010).** Das Gruppendiskussionsverfahren. In: Bock, K. & Miethe, I. (Hg.). *Handbuch qualitative Methoden in der Sozialen Arbeit* (S. 259–268). Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Norris, P. (2001).** *Digital Divide: Civic Engagement, Information Poverty, and the Internet Worldwide* (Communication, Society and Politics). Cambridge: Cambridge University Press.
- Oser, J., Hooghe, M. & Marien, S. (2013).** Is Online Participation Distinct from Offline Participation? A Latent Class Analysis of Participation Types and Their Stratification. *Political Research Quarterly* 66(1), 91–101.
- Pietilä I., Varsaluoma, J. & Väänänen K. (2019).** Understanding the Digital and Non-digital Participation by the Gaming Youth. In: Lamas, D., Loizides, F., Nacke, L., Petrie, H., Winckler, M., Zaphiris, P. (Hg). *Human-Computer Interaction – INTERACT 2019. 17th IFIP TC 13 International Conference Paphos, Cyprus, September 2–6, 2019. Proceedings, Part II.* (454–471). Cham: Springer.

- Pfanzelt, H. & Spies, D.C. (2018).** The Gender Gap in Youth Political Participation: Evidence from Germany. *Political Research Quarterly* 72(1), 34–48.
- Rathenau Instituut. (2020).** *Initiatives supporting digital democracy at national level – An international comparison*. The Hague (Jong, R. de, Jansen, J., Faasse, P. & Diederens, P.).
- Raynes-Goldie, K. & Walker, L. (2008).** Our Space: Online Civic Engagement Tools for Youth. In: Bennet, Lance (Hg.). *Civic Life Online. Learning How Digital Media Can Engage Youth* (161–188). Cambridge, MA: The MIT Press.
- Rexhepi, A., Filiposka, S. & Trajkovik, V. (2017).** Youth e-participation as a pillar of sustainable societies, *Journal of Cleaner Production*, 1–15.
- Rothenbühler, M, Ehrler, F & Kissau, K. (2012).** *CH@Youpart. Politische Partizipation junger Erwachsener in der Schweiz*. Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation, Bern.
- Schlozman, K., Verba, S. & Brady, H. (2010).** Weapon of the Strong? Participatory Inequality and the Internet. *Perspectives on Politics*, 8(2), 487–509.
- Schöttle, S. (2019).** *Politische Online-Partizipation und soziale Ungleichheit: Eine empirische Studie mit Gender-Fokus*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schubert, K. (2002).** Agenda/Agenda setting. In: Nohlen, D. und Schultze, R. (Hg.). *Lexikon der Politikwissenschaft*. Band 1 A-M (5-6). München: C.H. Beck.
- Schweizerischer Bundesrat. (2020).** *Civic Tech und Vereinfachung des Vernehmlassungsverfahrens: Entwicklungen und Massnahmen*. Bericht des Bundesrates in Erfüllung der Postulate 17.3149 Hausammann und 17.4017 Müller Damian. Bericht vom 8. Mai 2020, Bern.
- Sloam, J. (2014).** ‘The outraged young’: young Europeans, civic engagement and the new media in a time of crisis. *Information, Communication & Society* 17(2), 217–231.
- Smith, G., John, P., Sturgis, P. und Nomura, H. (2009).** *Deliberation and Internet Engagement: Initial Findings from a Randomized Controlled Trial Evaluating the Impact of Facilitated Internet Forums*. Paper presented at the ECPR General Conference, Potsdam, Germany.

- Theocharis, Y. (2015).** The Conceptualization of Digitally Networked Participation. *Social Media + Society*, 1–14.
- van den Berg, A.C., Giest, S.N., Groeneveld, S.M. & Kraaij, W. (2020).** Inclusivity in Online Platforms: Recruitment Strategies for Improving Participation of Diverse Sociodemographic Groups. *Public Administration Review* 00(00), 1–12.
- van Deth, J.W. (2014).** A conceptual map of political participation. *Acta Politica* 49(3), 349–367.
- Vromen, A. (2007).** Australian young people's participatory practices and internet use. *Information, Communication & Society*, 10(1), 48–68.
- Vissers, S., Hooghe, M., Stolle, D. & Mahéo, V. (2012).** The Impact of Mobilization Media on Off-Line and Online Participation: Are Mobilization Effects Medium-Specific? *Social Science Computer Review* 30(2), 152–169.
- Vissers, S. & Stolle, D. (2014).** The Internet and new modes of political participation: online versus offline participation. *Information, Communication & Society* 17(8), 937–955.
- Zimmermann, H. (2016).** Youth e-participation: Lessons Learned from an Ongoing Project in Switzerland. In: Versendaal, J.; Kittl, Chr.; Pucihar, A.; Kljajic Borstnar, M. (Hg.). *Proceedings of the 29th Bled eConference* (588–596), 19.–22. June 2016, Bled, Slovenia.

Begleitgruppe

Moritz Leuenberger	Präsident der Begleitgruppe, Präsident des Leitungsausschusses von TA-SWISS
Dr. Bruno Baeriswyl	Datenschutzexperte, Mitglied des Leitungsausschusses von TA-SWISS
Alenka Bonnard	staatslabor
Prof. Dr. Florian Evéquoz	Appel Citoyen
Prof. Dr. Fabrizio Gilardi	Institut für Politikwissenschaft, Universität Zürich
Prof. Dr. Olivier Glassey	Sozial- und Politikwissenschaftliche Fakultät SSP, Universität Lausanne, Mitglied des Leitungsausschusses von TA-SWISS
Jürg Halter	Schriftsteller
Thomas Müller	Redaktor, Schweizer Radio und Fernsehen (SRF), Mitglied des Leitungsausschusses von TA-SWISS
Barbara Perriard	Schweizerische Bundeskanzlei
Prof. Dr. Reinhard Riedl	Berner Fachhochschule (BFH), Mitglied des Leitungsausschusses von TA-SWISS
Cédric Roy	E-Government Schweiz
Lara Tarantolo	Leiterin easyvote
Prof. Dr. Anke Tresch	FORS / Universität Lausanne
Prof. Dr. Monika Waldis	Zentrum für Demokratie Aarau

TA-SWISS

Dr. rer. soc. Elisabeth Ehrensperger	Geschäftsführung
--------------------------------------	------------------

Dr. Bénédicte Bonnet-Eymard	Projektleitung
-----------------------------	----------------

Dr. Catherine Pugin	Projektleitung (bis 12.2019)
---------------------	------------------------------

Fabian Schlupe	Kommunikation
----------------	---------------

Christine D'Anna-Huber	Externe Mitarbeit (Kurzfassung)
------------------------	---------------------------------

Wie stark sich Jugendliche an politischen Prozessen oder Diskussionen beteiligen, hängt von verschiedenen Faktoren wie beispielsweise dem Geschlecht oder dem Bildungshintergrund ab. Das steht dem Prinzip der Demokratie entgegen, wonach sich alle gleichberechtigt einbringen können sollen. Der Dachverband der Schweizer Jugendparlamente DSJ geht in dieser Studie der Frage nach, wie zugänglich digitale Partizipationsplattformen heute sind und wie diese ausgestaltet sein müssten, um möglichst alle jungen Menschen zu erreichen.

Die Studie ist eine von insgesamt drei Studien, die im Rahmen des Projekts «Bürger und Institutionen angesichts der Digitalisierung der Demokratie in der Schweiz» im Auftrag von TA-SWISS erarbeitet worden sind. Sie beleuchten die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Demokratie aus unterschiedlichen Blickwinkeln: Während der DSJ die Voraussetzungen für die digitale Partizipation junger Menschen untersucht, entwickelt das Dezentrum drei mit spekulativen Objekten illustrierte Zukunftsszenarien. Diese regen zum Nachdenken über wünschenswerte wie auch unerwünschte Formen der digitalen Demokratie in der Zukunft an. gfs.bern hingegen betrachtet den gesamten demokratischen Prozess und legt dabei den Schwerpunkt auf die Meinungsbildung und deren Beeinflussung durch digitale Medien.



v/d/f

TA-SWISS 76/2021

ISBN 978-3-7281-4080-7 (Printversion)

ISBN 978-3-7281-4081-4 (E-Book)

DOI-Nr. 10.3218/4081-4